Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Juli 2017

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion
PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss
30. Juni 2017

Druck
Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

Bildnachweis
Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Susie Knoll (S. 2), Blumentritt/BMWi (S. 5), nmann77 – Fotolia (S. 6), Koreanisches Ministerium für Vereinigung (S. 7), mayrum – iStock (S. 10), Gerhard Seybert – Fotolia (S. 13), piranka – iStock (S. 15), milanvirijevic – iStock (S. 20), Marco_Piunti – iStock (S. 22), mattjeacock – iStock (S. 23), Mimi Potter – Fotolia (S. 24), spainter_vfx – iStock (S. 25), yoh4nn – iStock (S. 26), DragonImages – iStock (S. 27)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.

Zertifikat seit 2002
audit berufundfamilie

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
Paper from responsible sources
FSC® C003425

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial 2

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen 4

Auf einen Blick 5

Überblick über die wirtschaftliche Lage 11

Zur Diskussion 13

Wie reagieren Betriebe auf Fachkräfteverknappung? 15

Safety und Security bei Mittelstand-Digital: Sicherheit in kleinen und mittleren Unternehmen 22

II. Wirtschaftliche Lage 29

Internationale Wirtschaftsentwicklung 30

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 32

III. Übersichten und Grafiken 43

1. Gesamtwirtschaft 44
2. Produzierendes Gewerbe 52
3. Privater Konsum 60
4. Außenwirtschaft 62
5. Arbeitsmarkt 64
6. Preise 66
7. Monetäre Entwicklung 70

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse 72

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben 74

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Deutschland kann die Digitalisierung gestalten – das war die klare Botschaft des Digital-Gipfels 2017. Die Dynamik der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung ist hoch. Umso wichtiger ist es, dass Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft eng zusammenarbeiten. Wir wollen den digitalen Wandel zu einer Erfolgsgeschichte für alle machen!

Der Digital-Gipfel, der am 12. und 13. Juni 2017 in der Metropolregion Rhein-Neckar stattfand, war auch in diesem Jahr zentraler Impulsgeber. Die Themen waren dabei noch vielfältiger als in den Vorjahren. Die Bandbreite reichte von der intelligenten Vernetzung über die digitale Bildung bis hin zu neuen Entwicklungen in der Gesundheitswirtschaft. Diese Vielfalt spiegelt auch der neue Name „Digital-Gipfel“ wider, der die vorige Bezeichnung „Nationaler IT-Gipfel“ abgelöst hat.

Bereits auf dem letztjährigen Gipfel war der Startschuss für die Digital-Hub-Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums gefallen. Digital Hubs sind Standorte, in denen wir gezielt etablierte Unternehmen mit Start-ups zusammenbringen. Mittlerweile haben deutschlandweit zwölf Hubs ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Schwerpunkte reichen von Chemie über Gesundheit bis hin zu künstlicher Intelligenz. Sie werden dem Gründerstandort Deutschland weiteren Aufwind verleihen.

Auch bei der Finanzierung von Start-ups konnten wir große Fortschritte erreichen. Hier stehen in den nächsten Jahren zwei Milliarden Euro an frischen öffentlichen Mitteln zu Verfügung. Darüber hinaus werden wir das Volumen an Wagniskapital in den kommenden Jahren durch gemeinsame Anstrengungen von Privatwirtschaft, öffentlicher Hand, KfW und unter Einbeziehung europäischer Finanzpartner weiter deutlich erhöhen.

Gerade auch im Mittelstand muss der digitale Wandel weiter vorangehen. Deshalb haben mich die Ergebnisse unseres Monitoring-Reports Wirtschaft DIGITAL 2017 besonders gefreut. Er zeigt: Die kleinen und mittleren Betriebe nutzen die Chancen der Digitalisierung besser, als dies noch ein Jahr zuvor der Fall war.

Diese Entwicklung unterstützen wir mit den mittlerweile zehn Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren und dem Kompetenzzentrum „Digitales Handwerk“. Die Resonanz ist so gut, dass wir in diesem Jahr noch bis zu 13 weitere Kompetenzzentren starten werden.

Die Gestaltung der Digitalisierung wird aber auch in Zukunft die zentrale Aufgabe bleiben. Eine bessere digitale Infrastruktur, ein intelligenter Ordnungsrahmen für die Plattformökonomie und die Wahrung der digitalen Souveränität und Sicherheit werden auch in der nächsten Legislaturperiode zu den wesentlichen Handlungsfeldern zählen.

Welche Sicherheitsrisiken mit der zunehmenden Digitalisierung und Vernetzung der Produktionsprozesse verbunden sind und auf welche Unterstützung Unternehmen bereits heute zurückgreifen können, schildert ein Artikel der vorliegenden Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“. Darüber hinaus berichtet die Ausgabe über weitere aktuelle wirtschaftspolitische Themen, etwa über Reaktionen deutscher Unternehmen auf den zunehmenden Mangel an Fachkräften. In der Rubrik „Zur Diskussion“ greifen wir schließlich die Frage auf, ob eine Senkung des Umsatzsteuersatzes den deutschen Leistungsbilanzüberschuss senken würde.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Brigitte Zypries
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

I.
Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Expertenworkshop zur Gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage in der EU

Abteilungsleiter Dr. Philipp Steinberg (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, rechts) in der Diskussion mit Prof. Dr. Lars Feld (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mitte) und Prof. Dr. Christoph Spengel (Universität Mannheim/ Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, links)

Am 1. Juni 2017 waren Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Gewerkschaft in das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eingeladen, um den neuen Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer Gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage in der EU im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Effekte zu diskutieren.

Einheitliche Gewinnermittlungsvorschriften

Bislang bestehen in den EU-Staaten jeweils national unterschiedliche Vorschriften zur Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns für Kapitalgesellschaften. Mit einer Gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKB) würden in der EU einheitliche Gewinnermittlungsvorschriften gelten. Es müssten dann nur die Vorschriften eines einzigen EU-Körperschaftsteuersystems anstelle von vielen unterschiedlichen nationalen Regelungen befolgt werden. Dadurch würden Steuervermeidungs- und -gestaltungsmöglichkeiten reduziert werden. Der aktuelle Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission sieht die Anwendung der GKB ab 2019 vorerst für große Konzerne vor.

Neuauflage des Projekts

Ein bereits 2011 vorgelegter Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission zur Einführung einer Gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage in der EU war nach vierjähriger Diskussion im Ministerrat gescheitert. Im Oktober 2016 hat die Europäische Kommission nun einen neuen Schritt unternommen. Ob die Umsetzung in diesem zweiten Versuch gelingt, bleibt aufgrund der kritischen Diskussion zwischen den Mitgliedstaaten aber weiterhin fraglich und wurde auch im Workshop kontrovers diskutiert. Im Unterschied zum Entwurf von 2011 ist aktuell ein zweistufiges Verfahren vorgesehen. In einem ersten Schritt soll eine Gemeinsame Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage verabschiedet werden. Erst in einer zweiten Richtlinie soll die Konsolidierung im Sinne einer dann Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB) beschlossen werden. Konsolidierung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Gewinne eines EU-Unternehmens aus allen seinen Wirtschaftsaktivitäten innerhalb der EU zunächst zusammengerechnet werden, um sie dann mithilfe eines Verteilungsschlüssels auf die Tätigkeitsstaaten zu verteilen. Bislang wird der Gewinn für jeden Tätigkeits-

staat einzeln ermittelt. Besteuerungsrechte an grenzüberschreitenden Aktivitäten müssen über Konzernverrechnungspreise und Doppelbesteuerungsabkommen aufgeteilt werden. Durch die Konsolidierung müsste für Unternehmen, die in mehreren EU-Staaten aktiv sind, nur noch eine einzige Körperschaftsteuererklärung in der EU abgegeben werden.

Neue „wirtschaftspolitische“ Elemente

Neu sind neben dieser Trennung der Konsolidierung von der eigentlichen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage darüber hinaus die Elemente einer steuerlichen Zinsbereinigung des Eigenkapitals sowie eines erhöhten Betriebsausgabenabzugs für Forschungs- und Entwicklungskosten. Insbesondere diese beiden neuen Richtlinienelemente waren Teil der konstruktiven, aber gleichwohl kontroversen Diskussion im Workshop. Das BMWi wird diese Vorschläge intensiv prüfen und in geeigneter Form weiterverfolgen.

Erhöhter Betriebsausgabenabzug für Forschungs- und Entwicklungsaufwand

Im geltenden deutschen Körperschaftsteuerrecht können Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) regelmäßig nur in der tatsächlich angefallenen Höhe (100 Prozent) als Betriebsausgabe steuerlich geltend gemacht werden. Der GKB-Richtlinienvorschlag sieht einen erhöhten steuerlichen Abzug für Forschungs- und Entwicklungsaufwand vor: Bis zu einer Höhe des FuE-Aufwands von 20 Millionen Euro sollen 150 Prozent dieser Aufwendungen steuerlich abzugsfähig sein (also 30 Millionen Euro). Für darüber hinausgehende Beträge ist ein Abzug in Höhe von 125 Prozent vorgesehen. Für Start-ups bzw. junge Unternehmen (Alter < fünf Jahre, nicht börsennotiert, Mitarbeiterzahl < 50, Jahresumsatz < zehn Millionen Euro) soll eine Sonderregelung eingeführt werden, die anstelle des oben genannten 150-Prozent-Abzugs sogar 200 Prozent der FuE-Aufwendungen zum Abzug zulässt (also 40 Millionen Euro).

Zinsbereinigung des Eigenkapitals

Zentrales Merkmal einer zinsbereinigten Besteuerung ist, dass kalkulatorische Zinsen auf das Eigenkapital die steuerliche Bemessungsgrundlage mindern. Der kalkulatorische Zinsabzug soll bewirken, dass die Mindestrendite einer Investition nicht besteuert wird. Der Abzug ergibt sich durch Multiplikation des Eigenkapitals mit einem festgelegten Zinssatz. Hintergrund dieses Ansatzes ist die korrespondierende steuerliche Abzugsmöglichkeit für Fremdkapitalzinsen, die gewinn- und damit steuermindernd wirkt.

Kontakt: Dr. Antje Fellinger
Referat: Steuerpolitik

Zur aktuellen Situation auf der koreanischen Halbinsel und zu den Lehren aus der Deutschen Einheit

Siebtes Treffen des Deutsch-Koreanischen Konsultationsgremiums für Vereinigungsfragen in Seoul

In den letzten Monaten häuften sich in den deutschen Medien die Berichte über politische Spannungen auf der koreanischen Halbinsel. Insbesondere die jüngsten Raketentests Nordkoreas, die Installation des Raketenabwehrsystems Terminal High Altitude Area Defense auf südkoreanischem Boden und die Verlagerung des Flugzeugträgers USS Carl Vinson vor die Küste Koreas durch die neue US-Administration erregten öffentliches Interesse. Es gab vielfältige Spekulationen über politische und möglicherweise sogar militärische Auseinandersetzungen. Zusätzlich wurden die Medienberichte durch die innenpolitische Lage Südkoreas befördert. Präsidentin Park Geun-hye von der konservativen Saenuri-Partei wurde nach heftigen Protesten der Bevölkerung aufgrund von Korruptionsvorwürfen am 9. Dezember 2016 vom Amt suspendiert und am 10. März 2017 durch das Verfassungsgericht ihres Amtes enthoben. Am 9. Mai 2017 wurde Moon Jae-in von der sozialliberalen Minju-Partei zum 12. Präsidenten der Republik Südkorea gewählt. Moon, Menschenrechtsanwalt, hat im Wahlkampf angekündigt, die Beziehungen zu Nordkorea verbessern zu wollen. Diese hatten sich unter der Präsidentschaft Parks vor dem Hintergrund nordkoreanischer Atomwaffentests deutlich verschlechtert. Unter anderem hat Südkorea die nordkoreanische Sonderwirtschaftszone Kaesong, in der südkoreanische Unternehmen aktiv waren, im Februar 2016 aufgegeben.

In diesem außen- und innenpolitischen Umfeld tagte das deutsch-koreanische Konsultationsgremium für Vereinigungsfragen vom 3. bis 5. Mai 2017 in Seoul zum bereits siebten Mal. Den gemeinsamen Vorsitz führten Kim Hyung Suk, südkoreanischer Vizeminister für Wiedervereinigung, und Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Im Gegensatz zu den deutschen Medienberichten bewerteten die koreanischen Tagungsteilnehmer die Lage auf der koreanischen Halbinsel als relativ normal. Zwar ginge von der Regierungsübernahme Trumps eine gewisse Unsicherheit aus, doch weiche die faktische US-Politik auf der koreanischen Halbinsel unter Präsident Trump bislang nicht von der Politik unter Präsident Obama ab. Zum Beispiel liege seit längerem ein Flugzeugträger der USA in den Gewässern vor Korea: Der normalerweise dort stationierte Flugzeugträger befinde sich derzeit im Trockendock, weshalb die USS Carl Vinson in die koreanischen Gewässer abkommandiert worden sei. Zudem habe Nordkorea im vergangenen Jahr deutlich mehr Raketentests durchgeführt als in den ersten Monaten dieses Jahres. Die Lage sei somit im Jahr 2016 bedrohlicher gewesen als zu Beginn des aktuellen Jahres.

Inhaltlich tauschten sich die Teilnehmer der diesjährigen Konsultationen schwerpunktmäßig zu den Themen „Vereinigung der Parteiensysteme“ sowie „Umwelt“ aus.

Im Themenfeld „Vereinigung der Parteiensysteme“ erörterte das Gremium die Arbeit der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (UKPV). Diese – vom 1. Juni 1990 bis 15. Dezember 2006 tätige Kommission – hatte die Aufgabe, das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR zu ermitteln und nach den gesetzlichen Vorgaben zu ordnen. Durch die Arbeit der UKPV wurden die teilweise beträchtlichen Vermögensverschiebungen im Zuge der Wiedervereinigung weitgehend aufgeklärt und die finanzielle Chancengleichheit der politischen Parteien hergestellt. Allerdings weist die UKPV in ihrem Bericht auch darauf hin, dass insbesondere ihre Ermittlungen zu vermutlich ins Ausland verbrachtem Vermögen ihrer Einschätzung nach nur begrenzt erfolgreich waren und insofern von einer nicht quantifizierbaren Dunkelziffer an unentdecktem Parteivermögen auszugehen sei. Die Mitglieder des Konsultationsgremiums folgerten angesichts der deutschen Erfahrungen mit Verschleierungen des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen, dass im Fall einer Wiedervereinigung Koreas vorbereitende Erhebungen und Analysen sowie ein frühzeitiger Einsatz eines schlagkräftigen und effektiven Apparates zur Identifizierung und Sicherung von Vermögenswerten empfehlenswert seien.

Zum Thema „Parteiensysteme“ analysierten die Teilnehmer des Weiteren das auch heute noch unterschiedliche Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland. Dieses wurde zum einen auf die Erfahrungen mit der Diktatur der DDR und zum anderen auf den Transformationsprozess zurückgeführt. Wie in Deutschland – so schlossen die Mitglieder des Gremiums – seien auch in Korea nach einer Wiedervereinigung unterschiedliche Interessen und Befindlichkeiten in der zuvor geteilten Bevölkerung zu erwarten, die sich auch im Wahlverhalten niederschlagen dürften.

Im Themenfeld „Umwelt“ thematisierte das Gremium zunächst die Bedeutung der Umweltbewegung der DDR für die friedliche Revolution, unter anderem am Beispiel des „Kirchlichen Umweltkreises Ronneburg“. Dieser befasst sich bis heute mit dem Uran-Abbau und seinen Umwelteinwirkungen. Obwohl die Umweltbewegung von der DDR als relativ unpolitisch eingestuft worden sei, sei ihr Einfluss auf die Umweltpolitik der DDR-Regierung deutlich erkennbar. Im Prozess des Umbruchs habe die Umweltbewegung wichtige Beiträge zur Konstituierung und Durchführung von Dialogen sowie runden Tischen gehabt und sei kompetenter Ansprechpartner für Bürger, Journalisten und staatliche Vertreter gewesen. Über persönliche Kontakte hätten Beziehungen zu anderen Oppositionsgruppen in der DDR bestanden.

Darüber hinaus befassten sich die Teilnehmer mit der Umweltpolitik der letzten Regierung der DDR unter Ministerpräsident Lothar de Maizière: Es habe sich die Chance geboten, Naturschutz aus dem Schattendasein herauszuführen. Verbliebene naturbelassene Flächen seien in großen Schutzgebieten zusammengeführt worden. Ansätze wie das Nationalparkprogramm seien später auch im Westen Deutschlands implementiert worden.

Zum Themenkomplex „Umwelt“ griff das Gremium auch die Themen Umweltsanierung und Umweltmanagement am Beispiel der ostdeutschen Braunkohlenindustrie auf. Deutlich wurde, dass die umfassende Sanierung von Industriestandorten ein langandauernder Prozess ist, an dem vielfältige Akteure auf verschiedenen Ebenen beteiligt sind. Auch im Falle einer Vereinigung auf der koreanischen Halbinsel werde die Umweltsanierung eine wichtige Aufgabe, da eine erhebliche Umweltbelastung im Nordteil der Halbinsel zu erwarten ist. Das deutsche Beispiel der Umweltsanierung im Vereinigungsprozess könne insofern einige Anregungen für zukünftige koreanische Aufgaben bereithalten.

Einstimmig wiesen die deutschen Mitglieder des Deutsch-Koreanischen Konsultationsgremiums für Vereinigungsfragen auf die Bedeutung der Entspannungspolitik und des grenzüberschreitenden Austauschs für die Deutsche Einheit hin. In einer solchen Entspannungspolitik sehen sie auch eine Chance für eine friedliche Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel.

Grundlage des Austauschs zwischen Deutschland und Südkorea im Konsultationsgremium ist ein im Jahr 2010 abgeschlossenes Memorandum of Understanding. In diesem erklärt sich die Bundesregierung bereit, Erfahrungen und Informationen zur Wiedervereinigung Deutschlands und zum inneren Einigungsprozess zu vermitteln. Die Sitzungen des Gremiums finden jährlich im Wechsel zwischen Südkorea und Deutschland statt. Das nächste Zusammentreffen ist für das Jahr 2018 in Deutschland geplant.

Kontakt: Prof. Dr. Gottfried Konzendorf
Referat: Politische Koordinierung, Bildung, Forschung und Wissenschaft

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Juli 2017	
06.07.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Mai)
07.07.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Mai)
10./11.07.	Eurogruppe/ECOFIN
13.07.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
17./18.07.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat (Telekom)
Ende Juli	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
August 2017	
04.08.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juni)
07.08.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juni)
15.08.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
Ende August	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
September 2017	
06.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
07.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
12.09.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.09.	Eurogruppe/informeller ECOFIN
20./21.09.	Informeller Rat der Energieminister/Transport (TTE)
28.09.	Evtl. Wettbewerbsfähigkeitsrat zu Binnenmarkt und Industrie
Ende September	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service

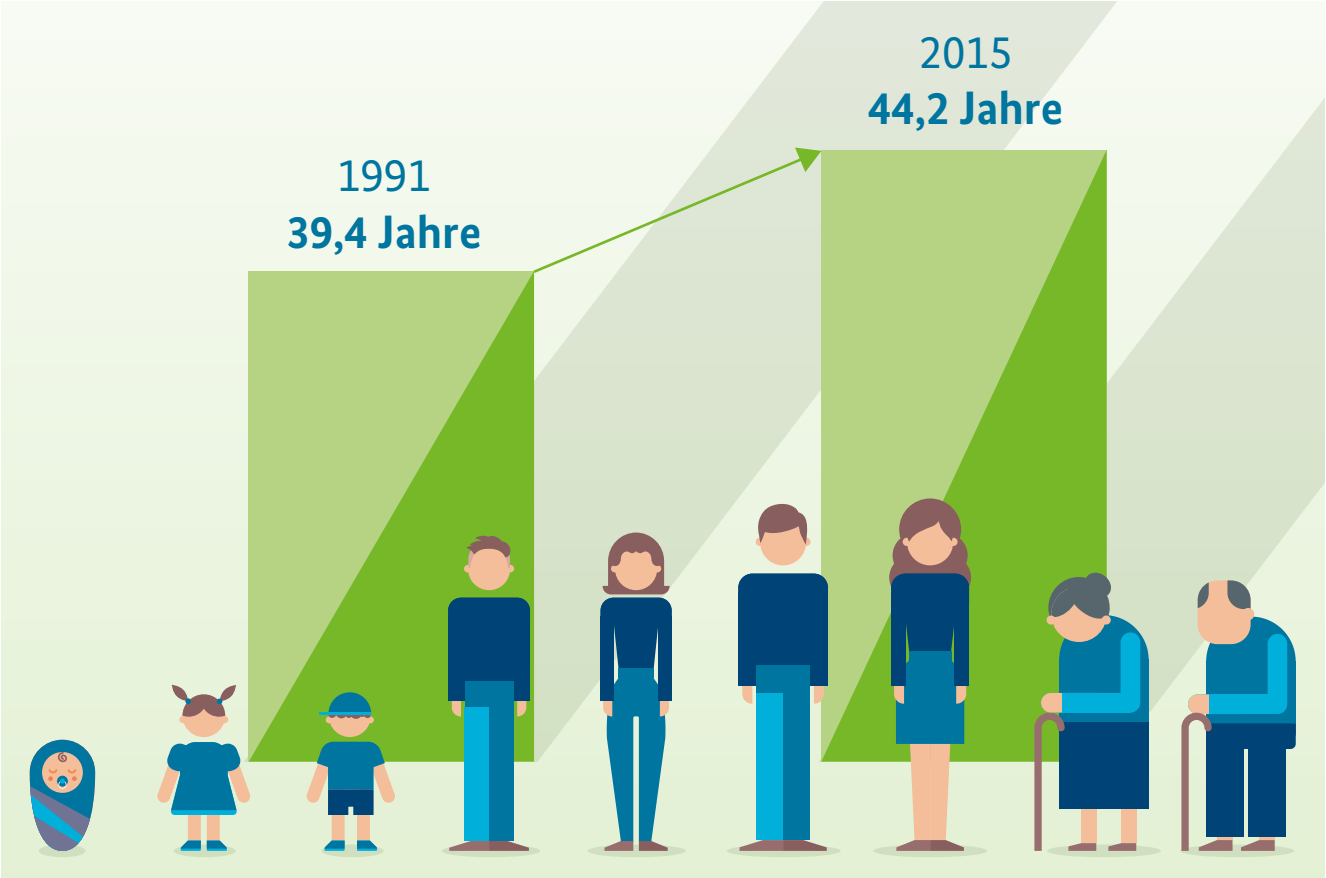
Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
www.bmwi.de/schlaglichter

Grafik des Monats

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland ...

... ist in den letzten Jahrzehnten spürbar gestiegen. Im Jahr 2015 lag es mit 44,2 Jahren fast fünf Jahre über dem Niveau des Jahres 1991 (39,4 Jahre). Allerdings ist das Durchschnittsalter hierzulande in jüngster Zeit wieder leicht gesunken. Ursache hierfür ist die starke Zuwanderung vieler junger Menschen nach Deutschland. Aufgrund der weiter steigenden Lebenserwartung und dem mittelfristig erwarteten Rückgang der Bevölkerung ist aber damit zu rechnen, dass das Durchschnittsalter auch in Zukunft wieder merklich steigen dürfte.

Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, Berichtsjahr 2015, zum Stichtag 31. Dezember des Jahres

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Aufschwung im zweiten Quartal fort.
- Die Industrie weitete die Erzeugung den vierten Monat in Folge aus. Die Erzeugung im Baugewerbe hält ihr Niveau nach den deutlichen Zuwächsen in den Vormonaten. Das Geschäftsklima in der Wirtschaft befindet sich auf Rekordniveau.
- Der Beschäftigungsaufbau setzt sich dynamisch fort. Angesichts der weiter zurückgehenden Arbeitslosigkeit verläuft die Reallohnentwicklung vergleichsweise schwach und die Zahl der atypisch Beschäftigten bleibt hoch.
- Die privaten und staatlichen Konsumausgaben nehmen auch real spürbar weiter zu.

Die deutsche Wirtschaft setzt auch im zweiten Vierteljahr 2017 ihren Aufschwung fort.[1] Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe stieg im April erneut an und übertraf das gute Ergebnis des ersten Quartals. Die Beschäftigung nimmt weiter schwungvoll zu. In nahezu allen Wirtschaftsbereichen werden neue Stellen geschaffen. Nachfrageseitig wurde die wirtschaftliche Dynamik zuletzt vor allem von den Investitionen getragen, aber auch die privaten und staatlichen Konsumausgaben stützen weiterhin das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Die leichte weltwirtschaftliche Belebung unterstützt die Exportentwicklung und liefert bei schwächer zunehmenden Importen zusätzliche Wachstumsimpulse.

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich insgesamt etwas aufgehellt. Die weltweite Industrieproduktion ist weiter aufwärtsgerichtet, was vor allem auf die Schwellenländer zurückgeht. Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich zuletzt etwas verbessert. Trotz eines schwachen ersten Quartals 2017 dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den USA im laufenden Jahr stärker zunehmen als im Vorjahr. Das Wirtschaftswachstum in Japan bleibt moderat. Von den Schwellenländern verzeichnete China zuletzt wieder ein gleichmäßiges Wachstum, mit den anziehenden Rohstoffpreisen dürften auch Russland und Brasilien ihre Rezessionen verlassen und in diesem Jahr ein positives Wirtschaftswachstum erzielen. Insgesamt wird daher das Wachstum der Weltwirtschaft in diesem Jahr etwas höher ausfallen als im Vorjahr. Die OECD etwa erwartet in ihrer Prognose vom Juni ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5 %, wobei die Prognose seit Jahresbeginn etwas angehoben wurde.

In dem sich leicht belebenden globalen Umfeld bleiben die deutschen Ausfuhren aufwärtsgerichtet. Zwar verharrten nach den vorläufigen Ergebnissen aus der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen im April 2017 auf Vormonatsniveau, im aussagekräftigeren Dreimonatsvergleich nahmen sie aber nominal um 2,4 % zu. Die Einfuhren stiegen im April um 0,4 %. Im Dreimonatsvergleich erhöhten sie sich nominal etwas weniger stark als die Ausfuhren um 0,9 %. Der seit Mitte 2016 andauernde Trend sinkender Leistungsbilanzüberschüsse setzt sich damit weiter fort. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten weiter auf eine moderate Expansion der deutschen Ausfuhren hin.

Das Produzierende Gewerbe dehnte im April (+0,8 %) seine Produktion aus. Die Industrie (+0,4 %) produzierte den vierten Monat in Folge mehr als im Vormonat. Getragen wurde dies im April durch Produktionszuwächse bei den Herstellern von Vorleistungsgütern (+1,0 %) und Investitionsgütern (+0,3 %). Die Bauproduktion hingegen (-0,1 %) bewegte sich nach einem sehr kräftigen Zuwachs im ersten Quartal weitgehend seitlich. Insgesamt erhöhte sich auch im Dreimonatsvergleich die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe gegenüber dem Vorzeitraum kräftig um 2,3 %. Die Industrieproduktion nahm um 1,8 % und die Bauproduktion um 8,8 % zu. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe waren im April eher schwach (-2,1 %), was auf den geringen Umfang an Großaufträgen zurückgeführt werden kann. Im Dreimonatsvergleich hingegen entwickelten sich die industriellen Auftragseingänge leicht positiv (+0,8 %). Insgesamt deuten die Auftragseingänge, die nochmals verbesserten Stimmungsindikatoren sowie die Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe auf eine weiter aufwärtsgerichtete Industriekonjunktur hin. Im Baugewerbe sollte sich angesichts der unterstützenden Rahmenbedingungen, der Auftragssituation und des guten Geschäftsklimas die dynamische Konjunktur ebenfalls fortsetzen.

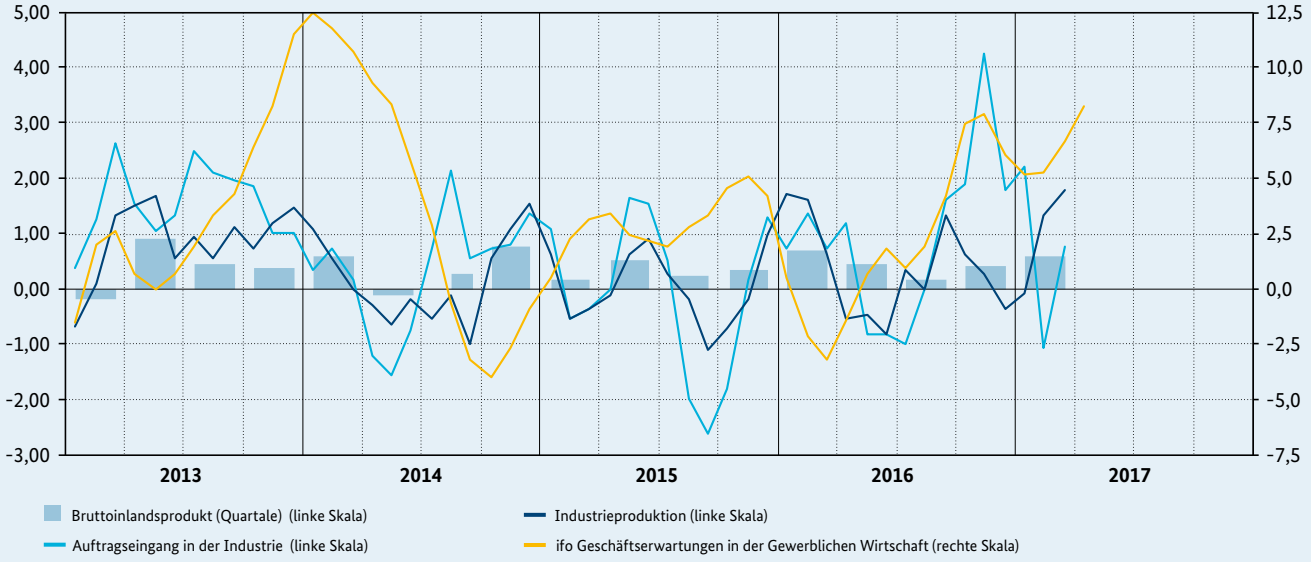
1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Juni 2017 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Der private Konsum bleibt trotz der Normalisierung bei den Verbraucherpreisen weiterhin sehr robust. Im April sind die Umsätze im Einzelhandel geringfügig gesunken, sie sind dennoch höher als im Durchschnitt des ersten Quartals und 2,6 % stärker als vor einem Jahr. Die Umsätze im Kfz-Handel entwickeln sich in der Tendenz weiter dynamisch. Nach einem sehr kräftigen Anstieg im Februar um 3,0 % sind die Umsätze mit Kfz im März nur leicht um 0,4 % gesunken. Der private Konsum sollte weiter robust expandieren. So hat sich z. B. auch die Stimmung der Verbraucher im Mai erneut verbessert.

Am Arbeitsmarkt setzte sich die positive Gesamtentwicklung fort. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen weiter kräftig zu. Im April erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland saisonbereinigt um 31.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen waren 44,0 Mio. und damit 1,5 % mehr Personen als vor einem Jahr erwerbstätig. Noch deutlicher nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu. Im März wurde der Vorjahresstand um 2,4 % überschritten. In nahezu allen Wirtschaftsbereichen entstehen derzeit zusätzliche Stellen. Die Frühindikatoren deuten weiterhin auf eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hin. Die Arbeitslosigkeit sank im Mai saisonbereinigt um 9.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen ging die Arbeitslosigkeit auf knapp 2,5 Mio. Personen zurück. Vor einem Jahr wurden im Mai noch 166.000 Arbeitslose mehr ausgewiesen. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit dürfte den Frühindikatoren zufolge in den nächsten drei Monaten weiter leicht zurückgehen.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quelle: StBA, BBk, ifo Institut

Zur Diskussion

Würde ein niedrigerer Umsatzsteuersatz den deutschen Leistungsbilanzüberschuss senken?

Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss steht vor allem international weiter in der Kritik. Die Mehrzahl der wirtschaftspolitischen Vorschläge zur Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses zielt auf eine Stärkung der Binnennachfrage durch höheren Konsum, öffentliche und private Investitionen sowie Strukturreformen. Für Aufmerksamkeit sorgte jüngst der Vorschlag des Bonner Ökonomen Carl-Christian von Weizsäcker einer „Leistungsbilanzbremse" in Form einer schuldenfinanzierten Senkung des Umsatzsteuersatzes.[1] Welche gesamtwirtschaftlichen Wirkungen hätte eine solche Maßnahme?

Diese Fragestellung wurde mit dem makroökonomischen Gleichgewichtsmodell der EU-Kommission (QUEST3-Modell, siehe Kasten) untersucht. Dabei wurde eine Absenkung der Umsatzsteuer um fünf Prozentpunkte, also von 19 auf 14 Prozent, zugrunde gelegt. Diese Größenordnung wird auch in der öffentlichen Diskussion häufig genannt.[2]

Eine solche Reduktion des regulären Umsatzsteuersatzes um fünf Prozentpunkte entspräche einer steuerlichen Entlastung der privaten Haushalte von rund 55 Milliarden Euro bzw. knapp 1,8 Prozent des BIP.[3]

DAS QUEST3-Modell

Das *Quarterly European Simulation Tool* (QUEST) ist ein von der EU-Kommission (Ratto et al. 2009) entwickeltes, bayesianisch geschätztes dynamisches, stochastisches allgemeines Gleichgewichtsmodell (DSGE-Modell). Es handelt sich dabei um ein mikrofundiertes, neu-keynesianisches Modell, in dem sich private Haushalte unter den gegebenen Rahmenbedingungen bezüglich ihrer Arbeit-Freizeit-Entscheidung nutzenoptimierend verhalten. Unternehmen unterliegen einem monopolistischen Wettbewerb (begrenzte Preissetzungsspielräume aufgrund Produktdifferenzierung) und optimieren ihren Gewinn in Abhängigkeit des Arbeitsangebots und der Reallöhne auf Basis einer CES-Produktionsfunktion. Die Geldpolitik („Taylor-Regel") und die Finanzpolitik („Verschuldungsregel") sind endogen.

Das QUEST-Modell existiert in unterschiedlichen Modifikationen und für unterschiedliche Länder (einzelne EU-MS, EU, Eurozone). In der hier verwendeten Modellversion (QUEST_RD) handelt es sich um ein für Deutschland kalibriertes Drei-Länder-Modell (D, Eurozone und Rest der Welt), das speziell zur Simulation von Politikmaßnahmen spezifiziert wurde (Varga et al. 2013). Seine Modellspezifikationen umfassen endogenen technischen Fortschritt, drei Arten von Beschäftigten (niedrig-, mittel- und hochqualifizierte), zwei Haushaltstypen (liquiditätsrestringierte, so genannte „nicht-ricardianische" Haushalte und nicht-liquiditätsrestringierte) sowie zwei Produktionssektoren (Vorleistungsgüter- und Endproduktproduzenten), die hinsichtlich ihrer F&E-Intensitäten unterschiedlich spezifiziert sind.

1 Interview mit der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Januar 2017

2 Nach der EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie 2006/112, die nur einstimmig geändert werden könnte, müsste der Normalsatz mindestens 15 Prozent betragen.

3 Nach den „Steuerpolitischen Faustformeln" des BMF führt eine Absenkung des Regelsteuersatzes der Umsatzsteuer um ein Prozentpunkt zu Steuerausfällen in Höhe von etwa elf Milliarden Euro. www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2017-03-08-datensammlung-zur-steuerpolitik-2016-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=6

Die Modellierung der Umsatzsteuersatzsenkung erfolgt im QUEST-Modell über einen „Schock“ der indirekten Steuern in der Größenordnung von dementsprechend rund 1,8 Prozent des BIP. Das QUEST-Modell wurde zusätzlich dahingehend angepasst, dass die Geld- und Fiskalpolitik kurzfristig nicht auf die expansiven Impulse reagieren bzw. diese konterkarieren.[4] Hierdurch sollen die „reinen“ Wirkungen der Maßnahmen auf die Handelsbilanz dargestellt werden.

Die Ergebnisse der Simulation sind in folgender Tabelle zusammengefasst:

Abweichung ggü. Basisszenario nach… (in Prozent bzw. Prozentpunkten)	**1 Jahr**	**5 Jahren**	**10 Jahren**	**15 Jahren**	**20 Jahren**
Reales BIP	+0,26	+0,26	+0,25	+0,21	+0,11
Realer Konsum	+0,92	+0,96	+0,99	+1,02	+1,05
Reale Exporte	-0,22	-0,23	-0,22	-0,23	-0,24
Reale Importe	+0,49	+0,62	+0,61	+0,56	+0,50
Handelsbilanzsaldo*	-0,24	-0,26	-0,25	-0,22	-0,18
Öff. Schuldenstand*	+0,7	+6,6	+14,4	+22,9	+31,9

* in Relation zum BIP in Prozentpunkten

Die Simulation mit dem QUEST-Modell zeigt, dass eine Absenkung des Umsatzsteuersatzes in Höhe von fünf Prozentpunkten vor allem – wie zu erwarten – einen deutlich spürbaren Effekt auf den realen **privaten Konsum** hat. Dieser liegt kurzfristig knapp ein Prozent über dem Basisszenario, langfristig bei knapp 1,1 Prozent.

Infolge des höheren privaten Konsums steigen auch die realen **Importe** langfristig um 0,5 Prozent. Gleichzeitig verringern sich die **Exporte** infolge einer stärkeren inländischen Verwendung und einer geringeren preislichen Wettbewerbsfähigkeit um rund ein ¼ Prozent.

Die Gesamtwirkung auf das **BIP** ist vor allem in der kurzen bis mittleren Frist mit einem Impuls von rund ¼ Prozent spürbar, längerfristig ist dieser jedoch vernachlässigbar.

Die Auswirkungen auf den **Handelsbilanzsaldo** erweisen sich mit einem Rückgang um ¼ Prozent im Verhältnis zum BIP als sehr begrenzt.

Erheblich wirkt sich die Steuersenkung dagegen auf den **öffentlichen Haushalt aus**. Der zusätzliche öffentliche Schuldenstand kumuliert sich über die betrachteten 20 Jahre um mehr als 30 Prozentpunkte in Relation zum BIP, was eine massive Verletzung der Schuldenregel bedeuten würde. Dies zeigt, dass – auf Basis dieser Simulation – keine Selbstfinanzierungseffekte der Umsatzsteuersenkung auftreten.

Fazit: Der Vorschlag einer „Leistungsbilanzbremse“ in Form einer massiven Umsatzsteuersatzsenkung trägt zwar tendenziell dazu bei, den deutschen Handelsbilanzüberschuss und damit auch den Leistungsbilanzüberschuss zu reduzieren. Allerdings wären die Effekte äußert begrenzt. Selbst wenn eine höhere marginale Importelastizität des privaten Konsums als im Modell unterstellt zugrunde gelegt würde, dürften die Effekte auf den Leistungsbilanzsaldo nur unwesentlich höher ausfallen. Allerdings ginge die Maßnahme mit einer erheblichen Belastung der öffentlichen Haushalte einher, die eine massive Verletzung der verfassungsmäßig verankerten Schuldenbremse zur Folge hätte. Diese zusätzliche Verschuldung würde zwar – und das ist auch intendiert – den Leistungsbilanzüberschuss weiter senken. Politisch würde die Umsatzsteuersatzsenkung allerdings ein – teures – Zeichen senden, dass Deutschland das Problem ernst nimmt.

Kontakt: Christoph Menzel
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

Literaturverzeichnis

Ratto, M.; W. Roeger; J. in ’t Veld (2009): „QUEST III: An Estimated Open-Economy DSGE Model of the Euro Area with Fiscal and Monetary Policy“, Economic Modelling, 26(1), 222-33, http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication12918_en.pdf.

Varga, J.; W. Roeger; J. in ’t Veld (2013): „Growth Effects of Structural Reforms in Southern Europe: The case of Greece, Italy, Spain and Portugal“, European Commission Economic Papers 511, December 2013.

Bundesministerium der Finanzen: „Datensammlung zur Steuerpolitik“; Ausgabe 2016/17

4 Die Taylor-Regel für die Zinsreaktion der Zentralbank wird für ein Jahr und die öffentliche Schuldenregel für 25 Jahre ausgeschaltet. Eine dauerhafte Aussetzung ist allerdings nicht möglich, da dann die Stabilität der Schätzung (Modellkonvergenz) nicht mehr gewährleistet wäre.

Wie reagieren Betriebe auf Fachkräfteverknappung?

Neue Studie zu den Reaktionen von Unternehmen auf die Fachkräfteverknappung

Bislang gibt es nur wenige Studien, die sich mit den Auswirkungen und Reaktionen von Betrieben auf eine zunehmende Knappheit an Fachkräften in Deutschland befassen. Eine vom BMWi in Auftrag gegebene Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zeigt nun, dass Betriebe erwarteten Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen auf verschiedene Arten und vielfach erfolgreich begegnen. Sie enthält aber auch Hinweise darauf, dass Fachkräfteverknappung tatsächlich ein Problem für den Erfolg einiger Betriebe darstellt. Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung abzielen und zu arbeitsmarktorientierter Zuwanderung führen, sind daher sinnvoll.

Kommt der Fachkräftemangel?

Im Hinblick auf die vor uns liegenden demographischen Veränderungen und technologischen Trends wird vielfach vermutet, dass in Zukunft größere Schwierigkeiten auf Deutschland zukommen, was die Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften anbelangt. Einige Studien sehen hier große Risiken (Ostwald et al., 2016), andere kommen eher zu einer optimistischeren Einschätzung (Helmrich/Zika, 2017; Vogler-Ludwig et al., 2016; Brunow/Garloff, 2011). Unabhängig von unsicheren zukünftigen Entwicklungen hat bereits die günstige konjunkturelle Entwicklung zu einer Verknappung von Fachkräften in Deutschland geführt (Burkert et al., 2011; Bundesagentur für Arbeit, 2016).

Ob und in welchem Ausmaß diese Verknappung mit signifikanten Belastungen für die Betriebe einhergeht, ist bisher nicht bekannt. In einem vom BMWi in Auftrag gegebenen Forschungsgutachten wurde daher dieser Frage und den in diesem Zusammenhang zu beobachtenden Reaktionen der Betriebe nachgegangen. Ziel war eine umfassende Bestandsaufnahme der aktuellen Entwicklung, um abschätzen zu können, ob politische Maßnahmen wünschenswert sind.

Datenkasten

Um betriebliche Reaktionen abzubilden, werden Daten benötigt, die Informationen zu den Betrieben und zum Fachkräftemangel beinhalten. Das IAB-Betriebspanel beinhaltet umfassende Informationen zu den Betrieben; allerdings werden Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen mit Fachkräften nur subjektiv und nur mit Blick auf die Zukunft erfasst. Objektive Indikatoren für den Fachkräftemangel, wie der Abbruch von Stellenbesetzungsprozessen, Vakanzdauern und durch den Betrieb eingegangene Kompromisse bei der Stellenbesetzung, bietet die Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebotes (EGS) des IAB; dort liegen allerdings nur wenige Informationen über die Betriebe vor.

Ein verknüpfter Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Datensatz des IAB, der so genannte LIAB, bietet darüber hinaus individuelle Informationen zu den Arbeitnehmern, wie etwa Qualifikation und Löhne. Das Linked Personal Panel (LPP) von IAB und ZEW ist ebenfalls ein verknüpfter Datensatz und bietet Informationen zu Personalarbeit, Unternehmenskultur und Managementinstrumenten. Alle diese Informationsquellen müssen verwendet werden, um ein umfassendes Bild von den betrieblichen Reaktionen zu erhalten.

Methodenkasten

Die meisten dargelegten Ergebnisse beruhen auf so genannten Panelschätzungen mit betriebsfixen Effekten. Das heißt, soweit die Unterschiede in den beobachteten Ergebnissen (Rekrutierungsmaßnahmen, Personalmaßnahmen) auf Eigenschaften der Betriebe zurückgehen, die über die Zeit konstant sind, verfälschen diese die Ergebnisse der Analysen nicht. Teilweise wurden auch Instrumentvariablenschätzungen (IV) durchgeführt. Der IV-Ansatz trägt der Tatsache Rechnung, dass die erwarteten Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen auch durch unbeobachtete über die Zeit variierende Faktoren beeinflusst werden können, die zugleich mit den Ergebnissen zusammenhängen (ausgelassene Variablen), bzw. dass sich die Ergebnisvariable ihrerseits auch auf die erwarteten Personalprobleme auswirken kann (umgekehrte Kausalität). Als Instrument für die erwarteten Stellenbesetzungsschwierigkeiten wurden die Vakanzzeiten auf Basis von regionaler und wirtschaftszweigspezifischer Zuordnung (also ein Maß für das tatsächliche Ausmaß der Fachkräfteknappheit) gewählt. Den Ergebnissen dieser IV-Schätzungen wurde bei der Interpretation tendenziell der Vorzug gegeben, sofern die erste Stufe, bei der die Brauchbarkeit der Instrumentvariable selbst untersucht wird, überzeugend war und sich die Ergebnisse von denen ohne IV-Ansatz unterschieden.

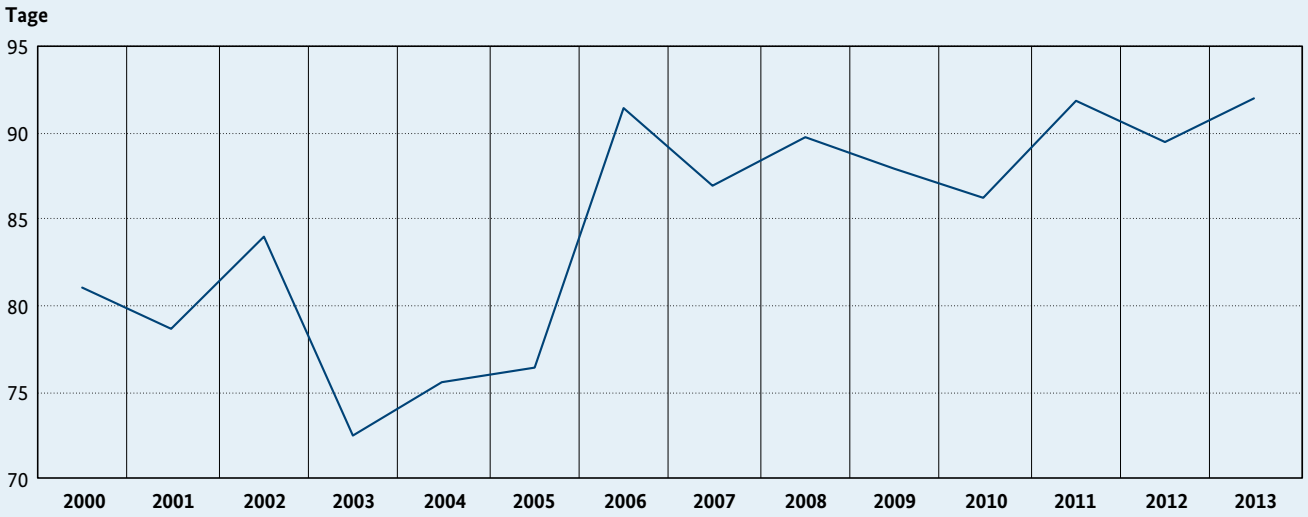
Haben Betriebe Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung?

Das Gutachten zeigt zunächst, dass Stellenbesetzungen heute deutlich länger dauern als noch zu Anfang des Jahrtausends (vgl. Abbildung 1). Dies weist auf steigende Schwierigkeiten bei Stellenbesetzungen hin. In Übereinstimmung damit erwarten Betriebe auch seit Mitte der 2000er Jahre deutlich häufiger Schwierigkeiten im Personalbereich: Der Anteil der Betriebe, die von Schwierigkeiten bei der Fachkräfterekrutierung ausgehen, stieg von rund zehn Prozent im Jahr 2004 auf knapp 30 Prozent im Jahr 2014.

Was tun Betriebe gegen Fachkräfteverknappung?

Ob Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung oder Personalrekrutierung tatsächlich die wirtschaftliche Betätigung eines Betriebes beeinträchtigen, hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit die Betriebe darauf reagieren können. So könnten sie selbst – durch eigene Ausbildungs- und Fortbildungsaktivitäten – Personallücken schließen. Attraktive Arbeitsbedingungen könnten dazu beitragen, benötigtes Personal trotz insgesamt vorherrschender Knappheit zu bekommen oder zu halten. Aus Sicht der Politik sind dabei Maßnahmen von besonderem Interesse, die auf die Ausschöpfung unvollständig genutzter Potenziale zielen (zum Beispiel Frauen und Ältere) und damit nicht direkt Engpässe in anderen Bereichen nach sich ziehen. Aber Betriebe können natürlich auch Maßnahmen ergreifen, um Personal

Abbildung 1: Stellenbesetzungsdauer (zeitlicher Verlauf)



Quelle: IAB Stellenerhebung 2000 – 2013. Tage bis zur Besetzung einer Stelle in den letzten zwölf Monaten; 76.875 Beobachtungen, gewichtete Darstellung.

vom einheimischen Mitbewerber abzuwerben oder für ausländische Arbeitskräfte attraktiv zu sein.

Betriebe reagieren auf erwartete Personalschwierigkeiten mit verschiedenen Gegenmaßnahmen. Einerseits setzen sie vermehrt bestimmte Personalmaßnahmen ein, andererseits verstärken sie aber auch ihre Rekrutierungsbemühungen. Abbildung 2 gibt Auskunft zu der Frage, welche Strategien Betriebe im Hinblick auf Fachkräftesicherung als besonders wichtig ansehen.

Personalmaßnahmen

Um ihren Fachkräftebedarf zu sichern, stehen Betrieben eine Vielzahl von Personalmaßnahmen zur Verfügung. Weiterbildungsmaßnahmen wird eine sehr wichtige und zunehmende Bedeutung beigemessen (vgl. Abbildung 2). Aber auch das Schaffen von attraktiven Arbeitsbedingungen, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine längerfristige spezifische Personalentwicklung von Mitarbeitern spielen aus Sicht der Betriebe eine große und zunehmende Rolle.

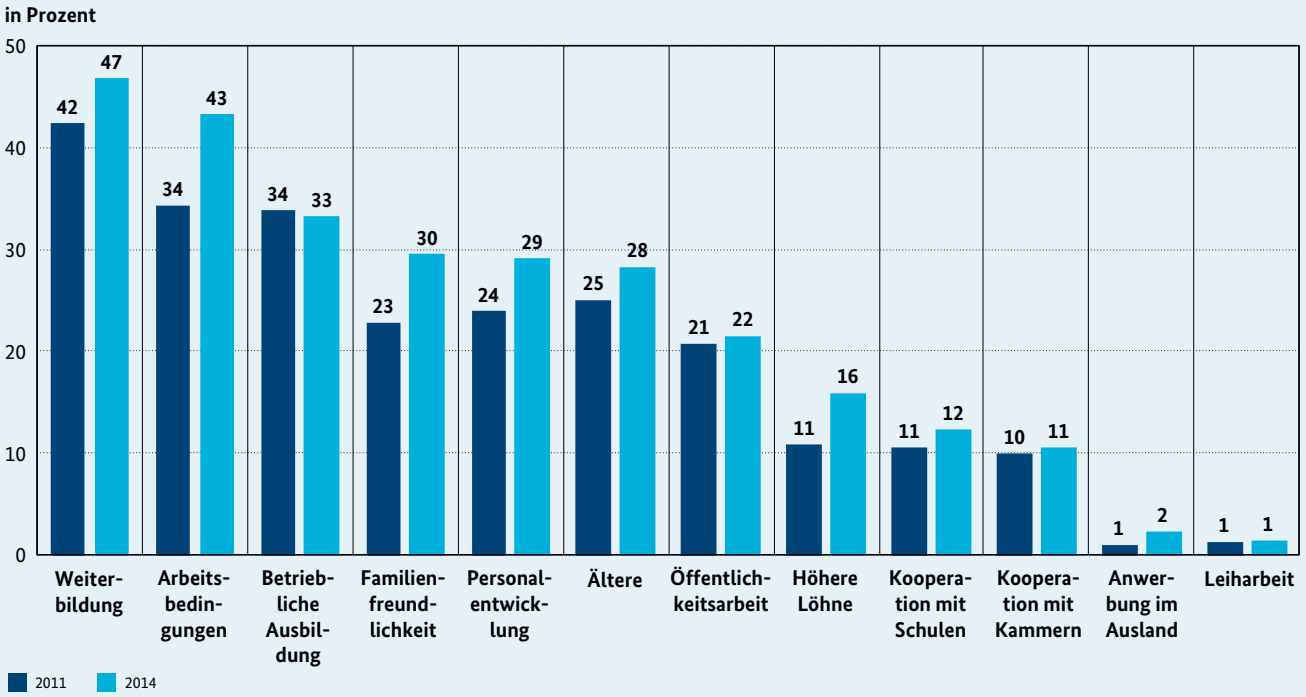
Überprüft man den Zusammenhang zwischen erwarteten Personalschwierigkeiten und späteren Personalstrategien direkt, so zeigt sich, dass Maßnahmen zur Förderung älterer Arbeitskräfte zumindest in den letzten Jahren tendenziell ausgeweitet wurden, wenn erwartet wurde, dass Personalprobleme auftreten. Auch Maßnahmen zur Kinderbetreuung wurden in den Jahren seit 2010 bei erwarteten Problemen häufiger gefördert.

Überraschenderweise zeigt sich beim Zusammenhang von erwarteten Personalproblemen und der Weiterbildungsförderung kein klares Bild. Offenbar setzen Betriebe die grundsätzliche Erkenntnis, dass Weiterbildung ein wichtiger Baustein zur Fachkräftesicherung ist, in einer Situation, in der sich Schwierigkeiten bei der Personalentwicklung abzeichnen, oftmals nicht um.

Rekrutierungsbemühungen und Kompromisse

Ein wichtiger Kanal, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern und erwarteten Problemen entgegenzuwirken, ist die Ausbildung (vgl. Abbildung 2). Doch zeigt sich auch hier

Abbildung 2: Bedeutung von Strategien zur Fachkräftesicherung*



* Konkret wurde den Betrieben die folgende Frage gestellt: „Welche Bedeutung haben die folgenden Strategien für Ihren Betrieb/Ihre Dienststelle, um den betrieblichen Fachkräftebestand zu sichern und zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken?“ Die Antwortkategorie „Ältere“ bezieht sich auf die Antwort der Betriebe, ältere Fachkräfte länger im Betrieb halten zu wollen.

Quelle: IAB-Betriebspanel, Wellen 2011 und 2014; 19.684 Beobachtungen, gewichtete Darstellung.

in der Gesamtschau der unterschiedlichen Analysen kein eindeutiges Ergebnis. Weder lässt die Auswertung der Daten eindeutig erkennen, dass Betriebe aufgrund erwarteter Probleme bei der Stellenbesetzung häufiger Ausbildungsplätze anbieten, noch zeigt sich, dass sie häufiger Ausbildungsverträge abschließen. Möglicherweise wirken eigene Ausbildungsanstrengungen nicht schnell genug. Dies scheint insbesondere für kleine Betriebe zuzutreffen.

Eine weitere Möglichkeit, auf Stellenbesetzungsprobleme zu reagieren, ist, Kompromisse im Hinblick auf Entlohnung oder Qualifikation einzugehen. In Abbildung 3 ist zu sehen, dass Unternehmen im Zeitablauf zunehmend häufiger angeben, bei der letzten Neueinstellung Zugeständnisse eingegangen zu sein, insbesondere bei der Entlohnung. Weiterführende Analysen zeigen, dass es sich dabei tatsächlich um eine Reaktion der Betriebe auf eine Fachkräfteverknappung handelt. Bei sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen sind solche Kompromisse eher selten zu beobachten, bei Fertigungsberufen werden sie relativ häufig beobachtet.

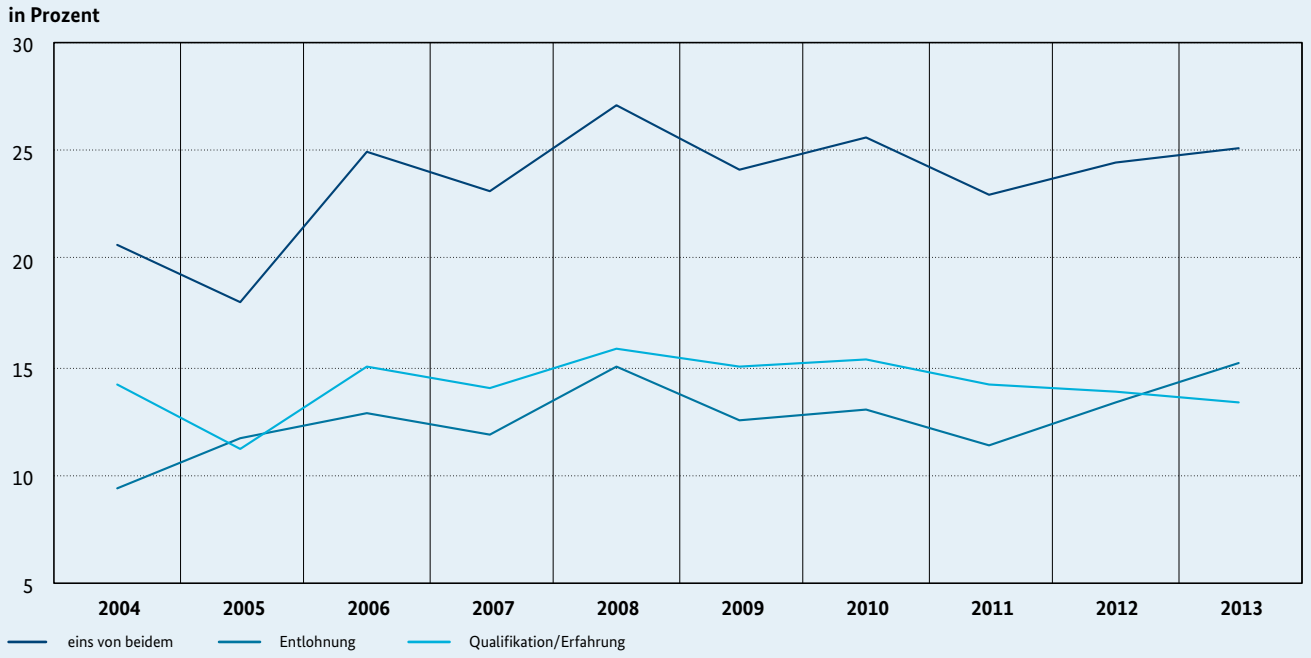
Die Aussage der Betriebe, zunehmend Kompromisse bei der Stellenbesetzung einzugehen, spiegelt sich in den Daten, aber nicht in einer veränderten Qualifikationsstruktur neu eingestellter Beschäftigter wider. Einzig deutet sich eine leichte Tendenz zur Umschichtung von hohen hin zu mittleren Qualifikationen in den Daten an. Eine mögliche Ursache für die fehlende Reaktion bei der Qualifikationsstruktur ist, dass die verwendeten Daten hinsichtlich der Qualifikation der Beschäftigten vergleichsweise grob sind.

Die Einschätzung der Betriebe, dass sie auf Engpässe auch mit Zugeständnissen beim Gehalt reagiert haben, lässt sich mithilfe der tatsächlichen Löhne von Neueinstellungen vergleichen. Dabei zeigt sich, dass vor allem neu eingestellte Hochqualifizierte in Engpassbetrieben in den vergangenen Jahren höhere Löhne erhalten haben als in Nichtengpassbetrieben. Besonders ausgeprägt ist diese Beobachtung im Produzierenden Gewerbe.

Welche Folgen hat der Fachkräftemangel für Wachstum, Produktivität, Investitionen und Innovation?

Die vorangegangenen Abschnitte lassen erkennen, dass Betriebe mit einer Fülle von Maßnahmen auf (erwartete) Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen reagieren.

Abbildung 3: Kompromisse bei Einstellung (zeitlicher Verlauf)*



* Konkret werden die Betriebe jedes Jahr gefragt, ob sie in Bezug auf die letzte Einstellung innerhalb der letzten zwölf Monate bei der Entlohnung oder bei den Eigenschaften der neu eingestellten Arbeitskraft Kompromisse eingegangen sind.

Quelle: IAB-Stellenerhebung 2004 – 2013; 81.818 Beobachtungen, gewichtete Darstellung.

Trotz der Zunahme der erwarteten Schwierigkeiten im Personalbereich bleibt eine Nichtbesetzung offener Stellen relativ selten. Die große Mehrzahl der Betriebe ist also in der Lage, auch bei erwarteten Schwierigkeiten ihre Stellen zu besetzen. Allerdings brechen Betriebe, die eine Zunahme ihrer Beschäftigung erwarten, Stellenbesetzungsprozesse häufiger erfolglos ab. Betriebe, die Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung erwarten, sind typischerweise wachsende Betriebe. Mit anderen Worten: Gerade wachsende, also dynamische Betriebe befürchten, nicht alle Stellen besetzen zu können.

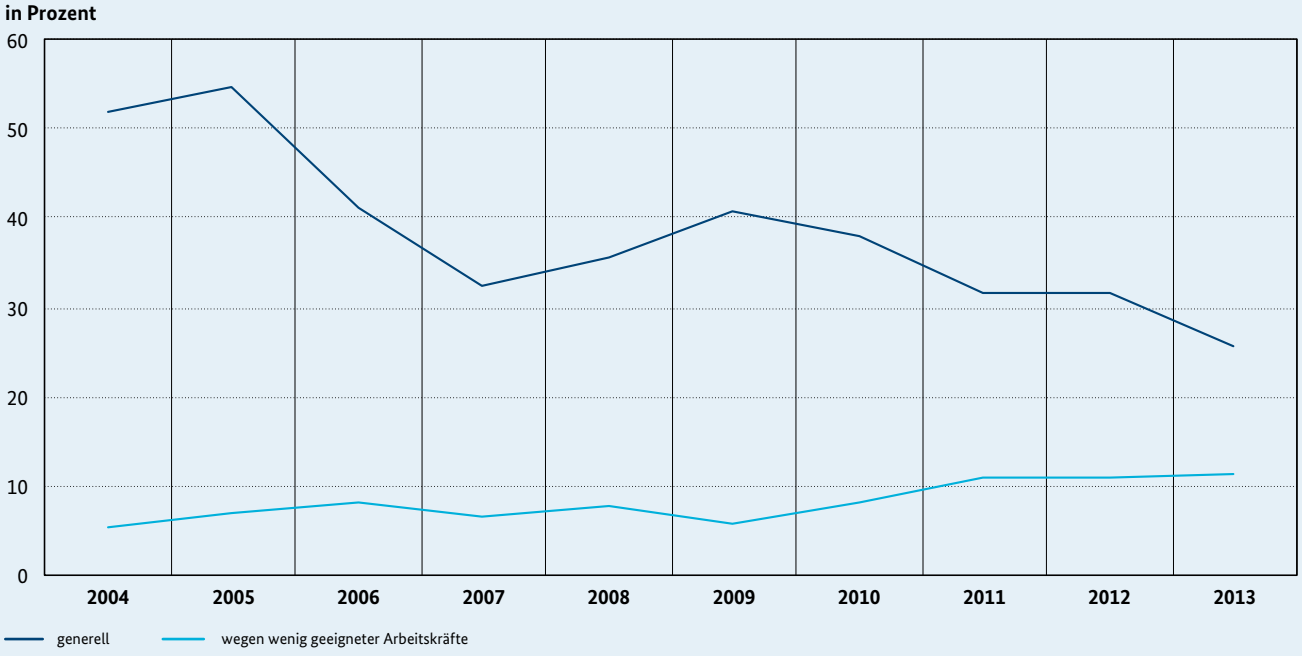
Auch gibt es Hinweise darauf, dass Betriebe – insbesondere im Dienstleistungsbereich –, die große Schwierigkeiten beim Personal erwarten, etwas langsamer wachsen als Betriebe, die keine Schwierigkeiten erwarten.

Mit Blick auf die Entwicklung über die Zeit zeigt sich, dass in den letzten Jahren der Mangel an geeigneten Arbeitskräften aus Sicht der Betriebe als Aktivitätshemmnis etwas an Bedeutung zugenommen hat (vgl. Abbildung 4).

Darüber hinaus befasst sich die Studie mit den Zusammenhängen zwischen einem erwarteten Fachkräftemangel und Produktivität, Investitionen sowie Innovationstätigkeit von Betrieben. Produktivere Großbetriebe erwarten eher Personalbesetzungsschwierigkeiten als andere Großbetriebe. Das deutet nicht etwa darauf hin, dass sich der Fachkräftemangel positiv auf die Produktivität auswirkte, sondern darauf, dass Betriebe, die Schwierigkeiten erwarten, auch ansonsten andere Betriebe sind als diejenigen, die sich nicht solchen Schwierigkeiten gegenübersehen (so genannte Selektivität). Im Hinblick auf das Investitionsverhalten gibt es Hinweise, dass Kleinbetriebe und Dienstleistungsbetriebe mit Engpässen weniger Erweiterungsinvestitionen tätigen, Letztere sogar weniger Erhaltungsinvestitionen. Die statistische Signifikanz der Ergebnisse ist jedoch hier, wie auch an anderen Stellen, nicht sehr hoch.

Auch bei den innovativen Tätigkeiten in Unternehmen lässt sich im Allgemeinen kein enger Zusammenhang zu den erwarteten Fachkräfteengpässen erkennen. Prozessinnovationen scheinen jedoch bei einem hohen Problemdruck seltener, vor allem in kleinen Betrieben. Für das Produzierende Gewerbe gibt es Anzeichen, dass schwere Personalprobleme auch zu einem Nachlassen bei Produktinnovationen führen können.

Abbildung 4: Aktivitätshemmnis generell und aufgrund von Arbeitskräftemangel (zeitlicher Verlauf)*



* Konkret wurde den Betrieben die folgende Frage gestellt: „Wenn Sie auf die letzten zwölf Monate zurückblicken: Gab es externe Gründe, die verhindert haben, dass Ihr Betrieb in den letzten zwölf Monaten seine wirtschaftlichen Möglichkeiten in vollem Umfang nutzen konnte?“

Quelle: IAB-Stellenerhebung 2004 – 2013; 130.862 Beobachtungen, gewichtete Darstellung.

Schlussfolgerungen für die Politik

Alles in allem zeigen die Ergebnisse zunächst, dass Betrieben eine Reihe von Möglichkeiten offenstehen, auf Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen zu reagieren. Nicht jeder empfundene Fachkräftemangel führt also notwendigerweise zu einer Hemmung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes. Zumal – in umgekehrter Kausalität – Fachkräftemangel auch Ausdruck der Tatsache sein kann, dass ein Unternehmen als Arbeitgeber nicht konkurrenzfähig ist. Sofern wiederum Betriebe zur Bekämpfung der empfundenen Engpasssituation Strategien wählen, die auf Abwerbung der Mitarbeiter bei Mitbewerbern abzielen, wird das Fachkräfteproblem zwar aus Sicht des abwerbenden Betriebes, nicht aber auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene gelöst. Trotz ihrer begrenzten statistischen Aussagekraft zeigen die Auswertungen, dass Fachkräfteverknappung sich trotz möglicher betrieblicher Reaktionen teilweise ungünstig auf die Performance der Betriebe – auf Wachstum, Produktivität, Investitionen und Innovationen – auswirkt. Das kann Probleme auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nach sich ziehen.

Aufgabe der Politik ist es daher vor allem, Strategien zu fördern und staatlicherseits zu unterstützen, die auf die Aktivierung ungenutzter Potenziale zielen (vgl. Fachkräftekommission Hessen, 2012). Zu nennen sind hier die Förderung einer Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren, die Förderung der Gesunderhaltung, Unterstützung der Ausnutzung des Erwerbspotenzials von Menschen mit Behinderungen, die Förderung der betrieblichen und außerbetrieblichen Weiterbildung, aber auch Maßnahmen zur Integration neu oder bereits vor längerer Zeit zugewanderter Personen und arbeitsmarktorientierte Zuwanderung.

Im Rahmen der Fachkräfteoffensive setzen sich die Bundesministerien für Wirtschaft und Energie sowie für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit deshalb für die Mobilisierung aller inländischen Potenziale und die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland ein. Die Bundesregierung hat hier schon viel erreichen können. Die Erwerbstätigkeit Älterer ist in den letzten zehn Jahren steil angestiegen und die Frauenerwerbstätigkeit steigt ebenfalls kontinuierlich an. Bei der Integration von Neuzugewanderten und der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung hat die Bundesregierung die Weichen beispielsweise mit dem Integrationsgesetz und der so genannten Positivliste bei Engpassberufen und dem Anerkennungsgesetz in die richtige Richtung gestellt. Darüber hinaus setzt sich das BMWi dafür ein, weitere Erleichterungen bei der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung zu erreichen. Für internationale Fachkräfte hat das BMWi mit Make-it-in-Germany.com das zentrale Dachportal etabliert. Interessierte Menschen können sich hier über das Leben und Arbeiten in Deutschland informieren.

Da KMU von Fachkräfteengpässen besonders betroffen sind, fördert das BMWi das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA), das kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützt, attraktive Arbeitgeber zu werden und mit qualifizierten Belegschaften wettbewerbsfähig zu bleiben. Auf www.kofa.de sind hier unter anderem Inhalte zum Thema Digitalisierung, zum Beispiel Handlungsempfehlungen für kleine und mittlere Unternehmen, Praxisbeispiele und Studien, übersichtlich und nutzerfreundlich aufbereitet.

Kontakt: Dr. Alfred Garloff
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse
und Dr. Horst Würzburg
Referat: Wirtschaftspolitische Fragen des Arbeitsmarktes und der Sozialordnung

Literaturverzeichnis

Arnold, Daniel; Hillerich-Sigg, Annette; Nolte, André (2017): Fachkräftemangel: Reaktionen der Betriebe sowie Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen und Wachstum, Studie des ZEW Mannheim im Auftrag des BMWi, 2. Juni 2017, ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Fachkraeftemangel2017.pdf.

Brunow, Stephan; Garloff, Alfred (2011): Arbeitsmarkt und demografischer Wandel: Anpassungsprozesse machen dauerhaften Fachkräftemangel unwahrscheinlich. In: IAB-Forum, Nr. 2, S. 92 – 97.

Bundesagentur für Arbeit (2016): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Fachkräfteengpassanalyse (Stand: Juni 2016), Nürnberg.

Burkert, C.; Garloff A.; Lepper T.; Schaade P. (2011): Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Hessen. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Hessen, 01/2011, Nürnberg.

Fachkräftekommission Hessen (2012): Abschlussbericht der Fachkräftekommission Hessen. Wiesbaden.

Helmrich, Robert; Zika, Gerd (2017): Langfristige Entwicklung von Angebot und Bedarf auf dem Arbeitsmarkt – Berufsfeldprojektionen für soziale und Gesundheitsberufe bis 2030. In: Schlemmer E.; Lange A.; Kuld L. (Hrsg.), Handbuch Jugend im demografischen Wandel. Konsequenzen für Familie, Bildung und Arbeit, Weinheim: Beltz Juventa, S. 226 – 242.

Ostwald, Denis A.; Hofmann, S.; Dimitrova, D.; Helfen, J.; Düsing, S.; Raspels, P. (2016): Demografischer Wandel: In Deutschland werden Arbeitskräfte rar – Berufs-, qualifikations- und branchenspezifische Analyse bis zum Jahr 2030.

Vogler-Ludwig, Kurt; Düll, Nicola; Kriechel, Ben (2016): Prognose 2016. Wirtschaft und Arbeitsmarkt im digitalen Zeitalter, im Auftrag des BMAS, W. Bertelsmann Verlag.

Safety und Security bei Mittelstand-Digital: Sicherheit in kleinen und mittleren Unternehmen

Die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung von Maschinen, Unternehmensprozessen und Unternehmen erfordert ein immer größeres Maß an Sicherheit. Denn IT-Systeme müssen stets verfügbar und die Vertraulichkeit und Integrität der übertragenen Daten und Informationen gewährleistet sein. Im Rahmen der Initiative „Mittelstand-Digital“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurden daher Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren geschaffen. Diese sensibilisieren und informieren kleine und mittlere Unternehmen zu den Herausforderungen und Fragen der Sicherheit im Unternehmen in Zeiten der Industrie 4.0. Auch die Plattform Industrie 4.0 bietet zahlreiche Handlungsempfehlungen und Leitfäden.

Herausforderungen der künftigen Netzwerkökonomie

Mit der schrittweisen Verwirklichung von Industrie 4.0-Anwendungen verändern sich grundlegend die Anforderungen an den sicheren Ablauf von Prozessen in der Produktion und im Dienstleistungssektor. Verlässlichkeit und jederzeitige Verfügbarkeit werden zum essenziellen Strukturmerkmal der kommenden Netzwerkökonomie. Die Vision der digitalen Transformation basiert darauf, dass bislang meist noch isoliert ablaufende Prozesse der Wertschöpfung, einschließlich aller vor- und nachgelagerten Servicetätigkeiten in den Unternehmen, sich künftig in ein Ensemble flexibler Wertschöpfungsnetzwerke verwandeln werden.

So ist beispielsweise denkbar, dass Unternehmen mit Unterauslastung ihre freien Fertigungskapazitäten im Rahmen einer auftragsgesteuerten Produktion sporadisch oder dauerhaft über eine Internetplattform anbieten, um so ihre Produktivität und ihren Umsatz zu erhöhen. Je mehr Betriebe sich an einer derartigen Form kooperativer Wertschöpfung beteiligen, umso mehr entstehen Produktionsverbünde, die unterschiedlichste Produkte und Dienstleistungen in nahezu beliebiger Menge und mit hoher Qualität zeitnah erzeugen und „on demand“ zuliefern können.

Produktionsnetzwerke ermöglichen aber nicht nur neue Formen einer bisher nicht gekannten Tiefe der Arbeitsteilung, sondern sie schaffen durch die umfassende horizontale und vertikale Vernetzung ihrer Abläufe auch ganz neue Abhängigkeiten und Risiken. Die Partner eines Netzwerks müssen sich jederzeit darauf verlassen können, dass die zugesagten oder eingekauften Leistungen genau so erbracht werden, wie sie in Bezug auf Form, Qualität und Zeit vereinbart wurden, und dass diese Prozesse störungsfrei ablaufen. Eine Voraussetzung hierfür ist die Sicherheit von Prozessen, wobei Sicherheit in der Industrie eine andere Bedeutung hat als in der IT-Wirtschaft. Sicherheit hat zwei Dimensionen. Die erste Dimension der Sicherheit wird mit dem Fachterminus Safety bezeichnet. Darunter wird die Sicherung eines Bedieners, eines Herstellungsprozesses oder der Produktionsumgebung verstanden. Eine Produktionsanlage gilt dann als sicher im Sinne von „Safety“, wenn für die Mitarbeiter eines Betriebes Risiken für Leib und Leben nach bestehenden Sicherheitsstandards als ausgeschlossen gelten können. Die zweite Dimension der Sicherheit nennt sich Security. Sie bezeichnet die Sicherheit von Produktionsanlagen und der dazugehörigen Infrastruktur. Sie beinhaltet unter anderem, dass Daten, die für die Herstellung eines Produktes benötigt werden, nicht von unbefugten Dritten eingesehen, entwendet oder verändert werden können. Daher brauchen diese Daten eine Verschlüsselung und einen geschützten Zugang.

Safety

Für den Bereich der Safety gibt es zahlreiche IEC-Normen und ISO-Standards. Er wird mit dem zunehmenden Einsatz von Robotern, Mensch-Maschine-Schnittstellen oder Sensoren kontinuierlich weiterentwickelt und umfasst auch die Risikobewertung, wie zum Beispiel Häufigkeit, Dauer oder Wahrscheinlichkeit einer Risikoexposition[1]. Die Weiterentwicklung von Safety-Kriterien und deren Anwendung ist ein wichtiges Handlungsfeld aller 4.0-Aktivitäten. Mitarbeiter müssen gefahrlos in der Umgebung von Robotern oder autonomen Transportsystemen arbeiten können.

Das Ziel des Safety-Engineering besteht darin, Maschinen, Komponenten, Produktionsumgebungen und Prozesse sicher zu gestalten, die Gestaltung ausführlich zu dokumentieren und darauf aufbauend Risiken zu bewerten. Das Design eines Systems wird solange angepasst, bis vorhandene Restrisiken (z. B. Lärm- oder Staubemissionen) nach festgelegten Standards als tolerierbar eingestuft werden können.[2]

Nach Einschätzung der mit Standardisierungsprozessen befassten Normierungsgremien sind die Herausforderungen bei Safety durch Industrie 4.0 gewaltig. Sie werden jedoch durch die betroffenen Akteure seit längerem schon klar adressiert. Unterstützung erhalten diese durch die Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren zum Beispiel in Dortmund, in Chemnitz oder in Augsburg. Diese haben es sich zur Aufgabe gemacht, praxisgerechte Safety-Lösungen für den Mittelstand etwa im Bereich der Logistik oder des Robotereinsatzes zu entwickeln und zu transferieren.

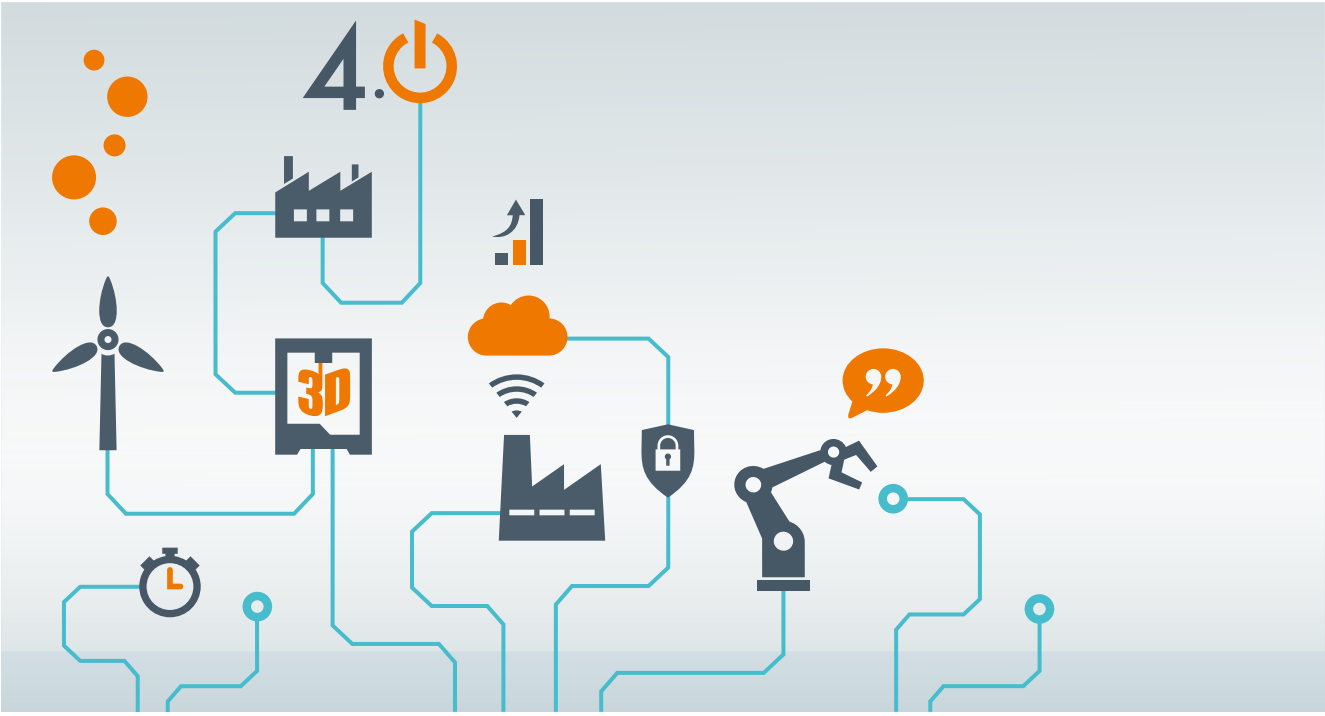
Security

Die andere Dimension der Sicherheit ergibt sich aus dem nahezu flächendeckenden Einsatz von IT-Komponenten und Infrastrukturen. Wertschöpfungsnetzwerke können erst durch die innerbetriebliche und unternehmensübergreifende IT-Vernetzung der beteiligten Unternehmen entstehen. Je mehr der Vernetzungsgrad der Einzelunternehmen und in der Gesamtwirtschaft über das Internet voranschreitet, umso wichtiger werden die Verfügbarkeit der IT-Systeme sowie die Vertraulichkeit und die Integrität der übertragenen Daten und Informationen: Die IT-Sicherheit von Produktionsanlagen und der dazugehörigen Infrastruktur müssen deshalb vor Angriffen geschützt werden. Diese Dimension der Sicherheit von IT- oder so genannten Cyber-Physischen-Systemen wird mit dem Fachterminus der IT-Security beschrieben. Werden zum Beispiel Produktinformationen oder Steuersignale bei der Übertragung manipuliert oder ausgespäht, so können die Schäden für die betroffenen Unternehmen beträchtlich sein.

Obwohl der firmenübergreifende Austausch von Daten sich noch in den Anfängen befindet, haben schon heute die durch unzureichende IT-Sicherheitsmaßnahmen verursachten Schäden volkswirtschaftlich relevante Größenordnungen. Nach einer Erhebung des Branchenverbandes BITKOM betrugen die durch IT-Sicherheitsvorkommnisse verursachten Kosten für die deutsche Wirtschaft zuletzt fast 51 Milliarden Euro pro Jahr.[3] Rund 61 Prozent der Vorfälle, also der größte Teil, entfiel auf kleine und mittlere Unternehmen. Auch wenn die durchschnittliche Schadenssumme weniger als 10.000 Euro betrug, musste immerhin jeder dritte Betrieb Schäden von bis zu 100.000 Euro verkraften und geriet dadurch nicht selten in eine existenzbedrohende Schieflage.[4]

Vor diesem Hintergrund gewinnen die mit der voranschreitenden Digitalisierung und Vernetzung der IT-Systeme verbundenen Sicherheitsanforderungen weiter an Bedeutung.

1 Vgl. z. B. die DIN EN ISO 12100:2010, die Maschinenrichtlinie 2006/42/EG oder die CE-Norm.
2 Vgl. Schneider, U. (2015): Industrie 4.0 und die Sicherheit. Ist der Zug bereits abgefahren?
3 Vgl. DsiN: 51 Milliarden Euro Schaden durch digitale Angriffe auf Unternehmen. www.sicher-im-netz.de/print/1049. Zugriff am 6. Juli 2017.
4 Vgl. www.pwc.de/de/pressemitteilungen/2014/mittelstand-unterschaetzt-cyber-risiken.html. Zugriff am 6. Juli 2017.



Als Haupttreiber der Veränderung von Security nennen laut einer Untersuchung des eco – Verband der Internetwirtschaft e.V. mehr als 50 Prozent der befragten Unternehmen im Jahr 2016 das „Internet of Things“ (IoT).[5] Die digitale Transformation bringt nach übereinstimmender Meinung der Fachleute völlig neue Bedrohungsszenarien mit sich und macht damit fortgeschrittene IT-Security-Maßnahmen erforderlich.[6] Diese sind durchaus gleichzustellen mit den Schutzanforderungen kritischer Infrastrukturen, also etwa von Kernkraftanlagen oder der Wasserversorgung.

Digitalisierung und Sicherheitsrisiken sind für Unternehmen eng miteinander verbunden. Mehr als 70 Prozent der Unternehmen geben an, dass die Digitalisierung in ihrem Unternehmen zu erhöhten Sicherheitsrisiken geführt hat.[7] Für viele verzögert sich durch IT-Sicherheitsaspekte die Einführung digitaler Technologien. Sicherheitsbedenken werden immer wieder als eines der meistgenannten Hemmnisse auf dem Weg der Unternehmensdigitalisierung genannt.[8]

Ähnlich wie im Bereich Safety wurde in den vergangenen Jahren auch im Bereich IT-Security eine ganze Reihe von Klassifikations-, Normungs- und Standardisierungsschritten entwickelt, etwa für den Fall, dass Information Security Management Systeme (ISMS) in Betrieben eingerichtet werden. Zu nennen ist hier vor allem die ISO 27xxx-Normenfamilie, die auf den Aufbau beziehungsweise den Betrieb von IT-Schutzmechanismen in Unternehmen zielt.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) hat mit dem IT-Grundschutz einen entsprechenden Rahmen von Maßnahmen abgesteckt, der als Anleitung und Handbuch für die Unternehmens-IT gelten kann.[9] Die Grundschutzkataloge stellen ein Vorgehensmodell zur Verfügung, das Unternehmen befähigt, das eigene Risikoniveau zu bestimmen, das entsprechende Schutzprofil zu definieren und darauf basierend adäquate Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Sie beinhalten aber auch eine Sammlung von Best-Practice-Beispielen, um Unternehmen anzuleiten, konkrete Maßnahmen auf betrieblicher Ebene umzusetzen.

5 eco – Verband der Internetwirtschaft (2016): eco Umfrage IT-Sicherheit 2016.
6 Vgl. BMWi (Hg.) (2016): IT-Security in der Industrie 4.0. – Handlungsfelder für Betreiber. Berlin.
7 Vgl. DIHK (Hg.) (2016): Wirtschaft digital: Perspektiven erkannt, erste Schritte getan. Berlin.
8 Vgl. zum Beispiel Ernst & Young (2016): Industrie 4.0: Status quo und Perspektiven in Deutschland.
9 Vgl. BSI (Hg.) (2013): Grundschutzkataloge. Diese wurden seither kontinuierlich aktualisiert.

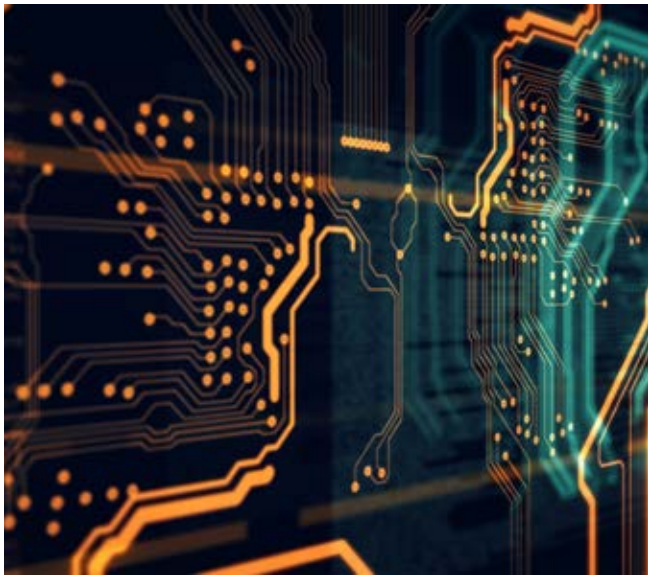
Auch die Plattform Industrie 4.0 hat einen Leitfaden IT-Sicherheit entwickelt, der kleinen und mittleren Unternehmen Handlungsempfehlungen speziell für die Informationssicherheit in der Produktion gibt.[10] Neben rein technischen Schutzmaßnahmen werden insbesondere die notwendigen organisatorischen Rahmenbedingungen beschrieben. Beispielsweise wird empfohlen, Security by Design einzuführen, das heißt, den Aspekt der Security von vornherein bei neuen Produkten oder der Einführung neuer Produktionsprozesse mitzudenken. Ferner wird angeraten, einen so genannten C(I)SO, einen Chief (Information) Security Officer, zu benennen – ähnlich dem bereits in vielen IT-Bereichen bekannten CIO, dem Chief Information Officer. Es geht dabei nicht nur darum, die IT-Security im Betrieb sicherzustellen. Es geht auch darum, die Grundlagen dafür zu schaffen, in Wertschöpfungsnetzwerken mitwirken zu können.

Das Thema der Standardisierung von Security-Anforderungen wird im internationalen Kontext eine immer größere Bedeutung einnehmen. So waren sich anlässlich der im März in Berlin im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft abgehaltenen „Digitising Manufacturing Conference" Vertreter aus den USA, Frankreich, Japan und Deutschland einig, dass die Standardisierung zu IT-Security international vorangetrieben werden muss.

Anders als bei einer Safety-Risikoanalyse, bei der ein Evaluierungsprozess beendet ist, sobald ein Risiko als ausreichend eingegrenzt und minimiert gilt, stellen die Risikobewertung und Verminderung bei IT-Security-Maßnahmen einen kontinuierlichen Prozess dar, der immer wieder an den Anforderungen einer sich stetig verändernden Bedrohungslage ausgerichtet werden muss.

Safety und Security: neue Herausforderungen durch Industrie 4.0

Safety- und Security-Anforderungen überlappen sich im praktischen Alltag der Unternehmen häufig. Gleichzeitig können sie bei der Risikobewertung im konkreten Anwendungsfall weit auseinanderfallen, wenn etwa im Bereich der Fernwartung ein System durch technische Vorkehrungen gegen einen Ausfall geschützt, gleichzeitig aber der



Zugang über die elektronische Schnittstelle zum System (Gateway) durch ein schwaches Passwort gefährdet wird. Es existiert demnach eine Lücke zwischen zwei Wahrnehmungs- und Bewertungsperspektiven, die in einer 4.0-Welt geschlossen werden muss. Beide Seiten müssen die Sprache sowie die Denk- und Vorgehensweise der jeweils anderen Seite verstehen lernen.

1. Wissensebene: Safety und Security müssen zusammen betrachtet und zu einer neuen 4.0-Sicherheitsphilosophie verschmolzen werden. Dies beinhaltet sowohl eine einheitliche Dokumentation bei der Risikobewertung als auch eine integrierte Vermittlung in den Lehr- und Lernstoffen der Ausbildungssysteme. Nur durch eine sinnvolle Verbindung beider Welten können neue Tools und Dokumentationen geschaffen werden, die eine adäquate Risikobewertung für ein Gesamtsystem und eine integrierte Vorgehensweise in einem Betrieb ermöglichen.[11]

2. Hardware-/Softwareebene: Vielen Bedienern und Experten fiele eine integrierte Risikobewertung deutlich leichter, würden die verwendeten Hard- und Softwarekomponenten beide Blickrichtungen (Safety und Security by Design) unterstützen. Auch hier gilt es in den nächsten Jahren, entsprechende Lösungen neu zu konzeptionieren und insbesondere unternehmensweit zu implementieren.[12]

10 Vgl. Plattform Industrie 4.0 (2016), IT-Security in der Industrie 4.0 – Handlungsfelder für Betreiber, Berlin.

11 Vgl. Schneider, U. (2015), a.a.O., S. 9ff.

12 Man denke hier z. B. an nutzerfreundliche Authentifizierungssysteme für kooperierende Netzwerkpartner, die es durch automatisierte Integritätsprüfungen erlauben, Bestellungen, Stornierungen, Reklamationen etc. unzweideutig und ohne großen Aufwand einem Unternehmen zuordnen zu können.

3. Infrastrukturebene: Die große Vielzahl der beteiligten Akteure, Maschinen und Werkzeuge macht es erforderlich, Plattformen zu organisieren, mit deren Hilfe Benutzerkonten erstellt, Berechtigungen verwaltet und der Austausch zwischen allen Beteiligten durch einfache, standardisierte und insbesondere sichere Verfahren mit vertretbarem ökonomischen und administrativen Aufwand abgebildet werden können.

Der Mittelstand und die Implementierung von Security 4.0

In einer künftigen Netzwerkökonomie werden kleine und mittlere Unternehmen aller Voraussicht nach ungleich höheren IT-Sicherheitsrisiken ausgesetzt sein als bisher. Es muss daher gelingen, die Betriebe hinreichend zu sensibilisieren und sie bei der Implementierung adäquater Sicherheitsmaßnahmen zu unterstützen. Doch erst auf Basis einer angemessenen Bedrohungs- und Risikoanalyse können adäquate Schutzmaßnahmen definiert und umgesetzt werden. Wichtige Fragen und Maßnahmen für jede Geschäftsführung sollten sein:[13]

- Erstellung eines Plans bezüglich der IoT-Charakteristiken des Unternehmens: Welche Strukturen, Maschinen und Fertigungskomponenten sollen eingebunden werden, damit sie Teil eines Kooperationsnetzwerks werden können?
- Identifizierung und Bewertung der Risiken mit Blick auf kritische Systeme, Anlagen und Werte: Wie können mittelständische Unternehmen in die Lage versetzt werden, mit vertretbarem Aufwand ein eigenes Risikoprofil zu erstellen?
- Angemessener Schutz der Security/Safety-relevanten Anlagen und Daten: Welche Schutzmaßnahmen müssen für eine gesicherte Kommunikation nach außen, etwa gegen Fehlsteuerung oder Manipulation, ergriffen werden?
- Sensibler Umgang mit Daten: Welche Daten muss ein Betrieb wann, wem, in welcher Form bereitstellen und wer darf über ein entsprechendes Rollenmanagement darauf zugreifen?

13 Vgl. z. B. BMWi (Hg.) (2016), ebenda; vgl. auch Plattform Industrie 4.0 und Robot Revolution Initiative (2017): Facilitating International Cooperation for Secure Industrial Internet of Things/Industrie 4.0, Berlin und Tokio.

- Erreichung der Schutzziele: Wie können im Prozess mit Kooperationspartnern die Vertraulichkeit der Daten von Kunden gesichert und deren Integrität geschützt werden? Bei wem liegt die Verwaltungshoheit für die Daten?

- Rechtliche Aspekte im Umgang mit Risiken: Welche Verträge sind mit Kooperationspartnern in Bezug auf die Zurechnung von Eigentums- oder Haftungsfragen z. B. im Falle von Qualitätsmängeln oder Leistungsausfällen zu schließen und wie kann dies zu geringen Transaktionskosten verwirklicht werden?

- Fortbildung auch im Bereich IT-Security: Wie müssen Belegschaften auf die neuen Anforderungen etwa durch neue Berufsbilder („Prozessmanager“) oder durch Schulungen vorbereitet werden und in welcher Weise müssen die bestehenden Curricula weiterentwickelt werden?[14]

- Ergreifen von Gegenmaßnahmen bei Angriffen: Welche Prozesse technischer Art oder im Netzwerk können für Gegenmaßnahmen genutzt werden?

- Sicherstellen der Produktion bei Angriffen: Wie kann ein sicherer Betrieb und Informationsfluss gewährleistet werden?

Security als ein Schwerpunkt der Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren

Zu den wichtigen Aufgaben der Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren gehört, nicht nur Safety-Lösungen zu entwickeln (siehe oben), sondern im Rahmen ihrer Lernfabriken auch Best-Practice-Beispiele für Security zu entwickeln und an die Unternehmen ihrer Region zu vermitteln. Das Zentrum in Darmstadt zum Beispiel arbeitet an Lösungen, die automatisierte Produktion und ihre Vernetzung nach außen möglichst sicher zu machen. Das Zentrum Hannover wiederum verfolgt im Rahmen der Lernfabrik „IT-Security“ die Integration vielfältiger Sicherheitsaspekte in die bestehenden Curricula von Hochschulen und die Ausbildungslehrgänge.

Insgesamt wird es in der Netzwerkökonomie darum gehen, auf der Basis dieser Arbeiten kleine und mittlere Betriebe zu einer validen Einschätzung zu befähigen. Unternehmen sollen individuell erkennen und bewerten können, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Schutz für das eigene Unternehmen fortlaufend auf einem angemessenen Niveau zu halten. Nur so wird sich in den Betrieben das notwendige Vertrauen in ihre integrierten Safety- und Security-Prozesse entwickeln, so dass sie ohne Befürchtungen an Wertschöpfungsnetzwerken teilnehmen können.

Kontakt: Ralf Franke
Referat: Mittelstand-Digital
und Dr. Franz Büllingen
Leiter Begleitforschung Mittelstand-Digital
(WIK GmbH)

14 Vgl. auch Plattform Industrie 4.0 (2016), Industrie 4.0-Security in der Aus- und Weiterbildung: Neue Aspekte für Unternehmensorganisation und Kompetenzen, Berlin.

II.
Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Leicht anziehende Dynamik.

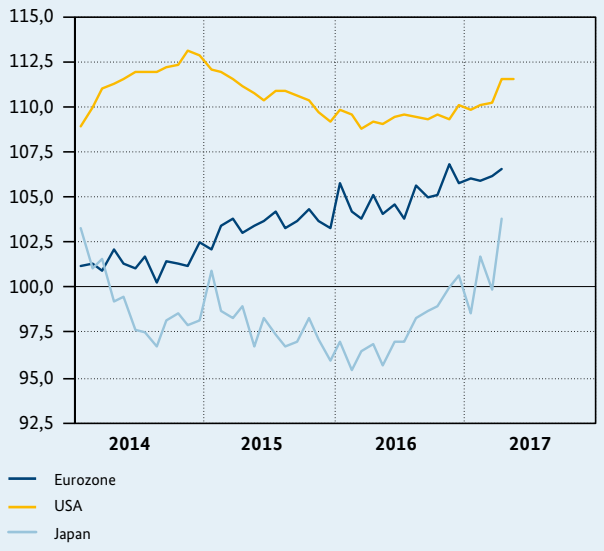
Das Expansionstempo der Weltwirtschaft hat sich zuletzt gefestigt, auch der Welthandel ist weiter aufwärtsgerichtet.[1]

In den Vereinigten Staaten haben vor allem schwache private Konsumausgaben das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2017 gedämpft. Im weiteren Jahresverlauf dürfte das Wachstum aber wieder anziehen und insgesamt etwas höher ausfallen als im Vorjahr. Im Euroraum hat sich die Entwicklung im ersten Quartal 2017 dagegen beschleunigt. In Japan haben sich die Wachstumsaussichten trotz eines nach unten revidierten ersten Quartals aufgehellt.

In den Schwellenländern hat sich das Expansionstempo gefestigt. Die Wachstumsdynamik in China erhöhte sich zuletzt etwas, blieb aber weiter hinter den Raten der Vorjahre zurück. Auch in Indien war das Wachstum im ersten Quartal vergleichsweise schwach. Russland und Brasilien haben mit der Erholung der Rohstoffpreise ihre Rezession überwunden.

Die Indikatoren zur Weltwirtschaft sprechen eher für eine weitere konjunkturelle Belebung der globalen Wirtschaft. Die weltweite Industrieproduktion blieb aufwärtsgerichtet, sie nahm im März mit einer Jahresrate von 3,2 % zu. Der globale Einkaufsmanager-Index von Markit verharrte im Mai weiter auf seinem Niveau oberhalb der Wachstumsschwelle. Der ifo-Index zum Weltwirtschaftsklima stieg im zweiten Quartal 2017 merklich von 2,6 auf 13 Punkte.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Die OECD erwartet in ihrer Prognose vom Juni ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5 %, wobei die Prognose seit Jahresbeginn etwas angehoben wurde. Für die globale Wirtschaft bleiben aber weiterhin zahlreiche Risiken bestehen. Die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich stellen Neuland für die Europäische Union dar. Auch die Folgen der bisher nur in Ansätzen erkennbaren wirtschaftspolitischen Absichten der Vereinigten Staaten bleiben schwer einzuschätzen. Entsprechend gibt es eine Tendenz der wirtschaftlichen Akteure zu einer abwartenden Haltung.

USA: Positive Aussichten trotz Abkühlung im ersten Quartal.

Das Wachstum in den USA wurde im ersten Quartal auf saison- und kalenderbereinigt 0,3 % im Vergleich zum Vorquartal nach oben revidiert, blieb damit aber immer noch schwach. Ursächlich für das geringe Wachstum sind vor allem die niedrigen privaten Konsumausgaben aufgrund relativ stark anziehender Preise, während Exporte und Investitionen sich positiv entwickelten. Zuletzt sind die privaten Konsumausgaben allerdings wieder dynamischer angestiegen, auch das Konsumklima ist weiterhin aufgehellt.

Aktuelle Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die solide Entwicklung von Exporten und Investitionen auch im zweiten Quartal fortsetzen wird. So stiegen die Industrieproduktion und die Auftragseingänge im April im Dreimonatsvergleich weiter an. Der zusammengesetzte Markit Einkaufsmanager-Index für Industrie und Dienstleistungen hat ausgehend von einem bereits hohen Niveau im Mai weiter zugelegt. Auch der nationale Einkaufsmanager-Index des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe ist nach einem Rückgang im April aktuell wieder leicht gestiegen.

Der Arbeitsmarkt ist weiterhin in guter Verfassung. Die Beschäftigung nahm im Mai weiter zu, mit 138.000 Personen allerdings nicht mehr so stark wie in den Vormonaten. Die Arbeitslosigkeit sank auf eine zuletzt historisch niedrige Quote von 4,3 %. Der gute Arbeitsmarkt, die starke Investitionstätigkeit der Unternehmen und die guten Stimmungswerte deuten auf eine anhaltende wirtschaftliche Dynamik

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Juni 2017 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt
Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2016 Q1	2016 Q2	2016 Q3	2016 Q4	2017 Q1
Euroraum	0,5	0,3	0,4	0,5	0,6
USA	0,2	0,4	0,9	0,5	0,3
Japan	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3

Arbeitslosenquote
Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

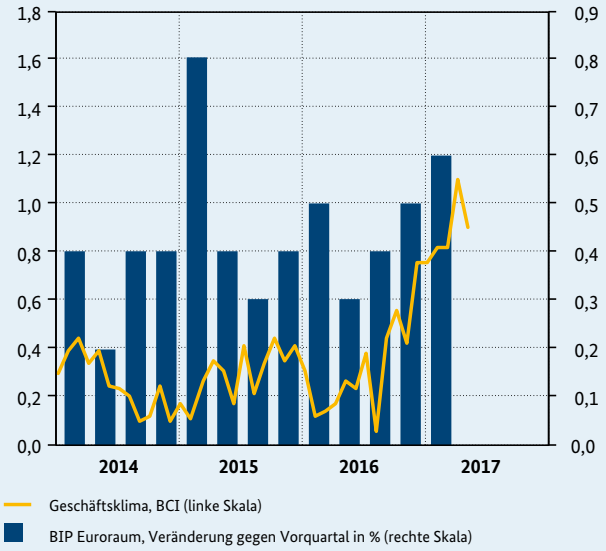
	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Euroraum	9,5	9,4	9,4	9,3	-
USA	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3
Japan	3,0	2,8	2,8	2,8	-

Verbraucherpreise
Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Euroraum	1,8	2,0	1,5	1,9	1,4
USA	2,5	2,7	2,4	2,2	1,9
Japan	0,5	0,2	0,2	0,4	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

hin. Dabei bleiben weiterhin erhebliche Risiken bestehen, insbesondere in Bezug auf den Umfang und den Zeitrahmen der angekündigten fiskalpolitischen Impulse. In ihrer Projektion vom Juni geht die OECD von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,1 % für die Vereinigten Staaten in diesem Jahr aus.

Japan: Wachstumsaussichten aufgehellt.

Im ersten Quartal 2017 ist das BIP in Japan abwärts revidiert um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die privaten Konsumausgaben, die im letzten Quartal 2016 stagniert hatten, sind jüngst wieder angestiegen. Daneben legten aktuell auch die Exporte zu, die von der Erholung des internationalen Handels profitieren. Auch die Unternehmensinvestitionen sind weiter angestiegen.

Die Industrieproduktion nahm im April weiter zu, auch der Markit Einkaufsmanager-Index stieg ausgehend von einem hohen Niveau im Mai weiter an. Der Tankan-Index sagt für das zweite Quartal 2017 eine kräftige Verbesserung der Geschäftsbedingungen voraus.

Angesichts der Belebung des internationalen Handels in Asien und fiskalpolitischer Impulse korrigierte die OECD im Juni ihre Prognose des BIP in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte auf 1,4 % nach oben.

Euroraum und EU: Guter Jahresauftakt

Im Euroraum festigt sich der Erholungskurs weiter. Die wirtschaftliche Aktivität hat sich im ersten Quartal 2017 um 0,6 % beschleunigt, nach einem Anstieg von 0,5 % im vierten Quartal 2016. Auch in der Europäischen Union erhöhte sich das BIP im ersten Quartal um 0,6 %. Nach den vorliegenden Daten wiesen alle Mitgliedstaaten zuletzt positive Wachstumsraten auf. Die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich wurde für das erste Quartal auf 0,2 % nach unten revidiert; die Konjunktur hat sich damit zu Jahresbeginn deutlich abgekühlt.

Die Industrieproduktion im Verarbeitenden Gewerbe im Euroraum ist im April im Vergleich zum Vormonat um 0,5 % gestiegen. Die Stimmungsindikatoren befinden sich mehrheitlich auf einem sehr hohen Niveau. Der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission ging im Mai allerdings geringfügig zurück. Der Einkaufsmanager-Index stagnierte im Mai. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote sank im April auf 9,3 % und erreichte damit den tiefsten Stand seit März 2009.

Die OECD erwartet in ihrer Prognose vom Juni ein Wirtschaftswachstum im Eurogebiet von 1,8 % und hat damit ihre Erwartungen etwas angehoben. Es bleibt jedoch abzuwarten, ab wann und wie stark der Brexit-Prozess die Wirtschaftsaktivität in Europa beeinträchtigt.

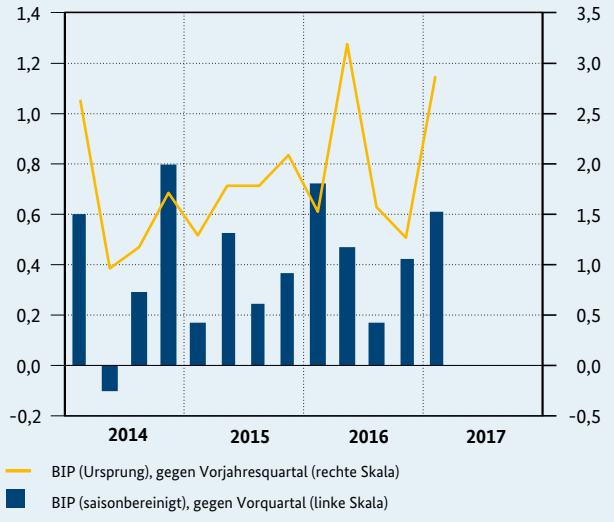
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die wirtschaftliche Dynamik hat im ersten Quartal etwas zugenommen.

Die deutsche Wirtschaft setzt auch im zweiten Vierteljahr 2017 ihren Aufschwung fort.[2] Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe stieg im April erneut an und übertraf das gute Ergebnis des ersten Quartals. Die Beschäftigung nimmt weiter schwungvoll zu. In nahezu allen Wirtschaftsbereichen werden neue Stellen geschaffen. Nachfrageseitig wurde die wirtschaftliche Dynamik zuletzt vor allem von den Investitionen getragen, aber auch die privaten und staatlichen Konsumausgaben stützen weiterhin das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Die leichte weltwirtschaftliche Belebung unterstützt die Exportentwicklung und liefert bei schwächer zunehmenden Importen zusätzliche Wachstumsimpulse.

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA

2. Produzierendes Gewerbe

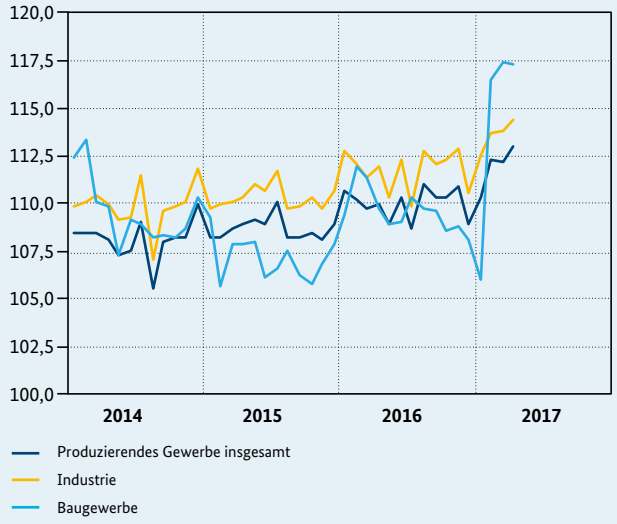
Die Industriekonjunktur bleibt aufwärtsgerichtet.

Das Baugewerbe befindet sich in einem kräftigen Aufschwung.

Die Konjunktur im Produzierenden Gewerbe hat sich im laufenden Jahr etwas belebt. Im April wurde die Erzeugung um 0,8 % und im Dreimonatsvergleich Stand April um 2,3 % ausgeweitet. Hierzu trugen sowohl die Industrie als auch das Baugewerbe bei.

Die Industrie erhöhte ihren Ausstoß im April weiter um 0,4 %. Dies bedeutet den vierten Produktionsanstieg in Folge. Dabei wurde im April vor allem die Erzeugung von Vorleistungs- und von Investitionsgütern erhöht. Im Dreimonatsvergleich, der die Tendenz wiedergibt, wurde die Erzeugung auf noch breiterer Front in allen drei Hauptgruppen, also auch den Konsumgütern, ausgeweitet.

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Juni 2017 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

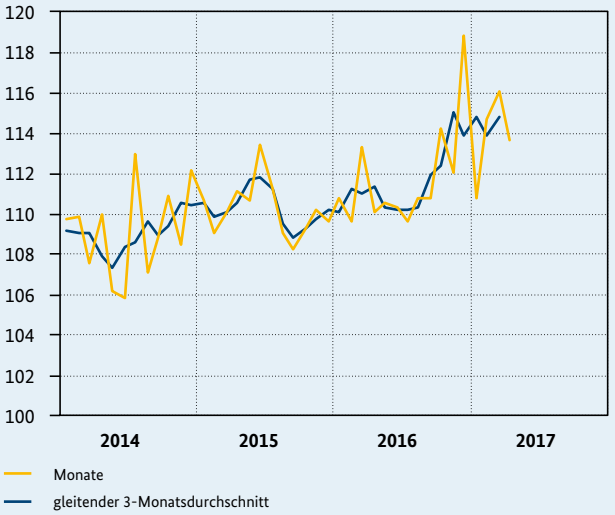
Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q4	Q1	Feb.	März	April
Produktion					
Insgesamt	0,3	1,3	1,0	0,2	0,4
Vorleistungsgüter	0,7	1,1	0,3	0,4	1,0
Investitionsgüter	0,1	1,5	1,3	0,0	0,3
Konsumgüter	-0,1	1,4	1,5	0,6	-0,7
Umsätze					
Insgesamt	0,5	1,1	0,7	-0,2	1,3
Inland	0,7	0,8	1,4	-1,3	1,4
Ausland	0,4	1,4	0,1	0,8	1,2
Auftragseingänge					
Insgesamt	4,3	-1,0	3,5	1,1	-2,1
Inland	5,8	-1,7	7,9	-3,4	-0,2
Ausland	3,2	-0,5	0,4	4,6	-3,4
Vorleistungsgüter	2,9	1,4	8,3	-3,3	0,1
Investitionsgüter	5,3	-2,8	0,8	3,6	-3,6
Konsumgüter	1,6	2,1	2,3	5,6	-0,8

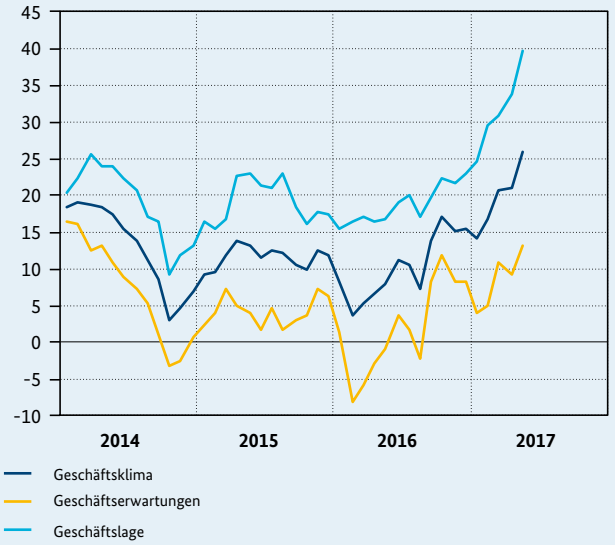
Quellen: StBA, BBk

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut

Die gute Industriekonjunktur spiegelt sich bei den Umsätzen im Verarbeitenden Gewerbe wider. Diese erhöhten sich im April um 1,3 % und im Dreimonatsvergleich Stand April um 1,5 %. Diese Aufwärtstendenz zeigt sich analog der Produktionsstatistik in allen drei Hauptgruppen. Die Impulse kamen dabei sowohl im aktuellen Berichtsmonat April als auch im aussagekräftigeren Dreimonatsvergleich aus dem In- und Ausland. Die inländischen Umsätze mit Investitionsgütern sind aber weiterhin volatil. Daher bleibt abzuwarten, inwieweit sich ihre leichte Aufwärtstendenz fortsetzt und eine Belebung der gewerblichen Investitionstätigkeit andeutet. Auf eine abwartende Haltung der Investoren deutet auch die Kapazitätsauslastung hin, die laut Umfragen für das dritte Quartal im Verarbeitenden Gewerbe erwartet wird. Diese ist zwar weiterhin überdurchschnittlich, es wird aber kein weiterer Anstieg signalisiert.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe gingen im April im Wesentlichen aufgrund geringer Großaufträge um 2,1 % zurück und bewegen sich in der Tendenz zuletzt eher seitwärts. Angesichts ihres Niveausprungs im Jahresschlussquartal 2016 (+4,3 %) erscheint dies aber weiterhin als günstige Entwicklung. Dabei verläuft der Bestelleingang im laufenden Jahr für Vorleistungs- und Konsumgüter positiver als für Investitionsgüter. Der starke Auftragseingang im vierten Quartal 2016 und die tendenzielle Seitwärtsbewegung im laufenden Jahr zeigten sich unabhängig davon, ob die Bestellungen aus dem Inland oder aus dem Ausland kamen. Der Auftragsbestand ist im April mit einer Jahresrate von 6,6 % erneut sehr kräftig gewachsen. Die Reichweite der Aufträge stieg auf 5,4 Monate.

Baugewerbe

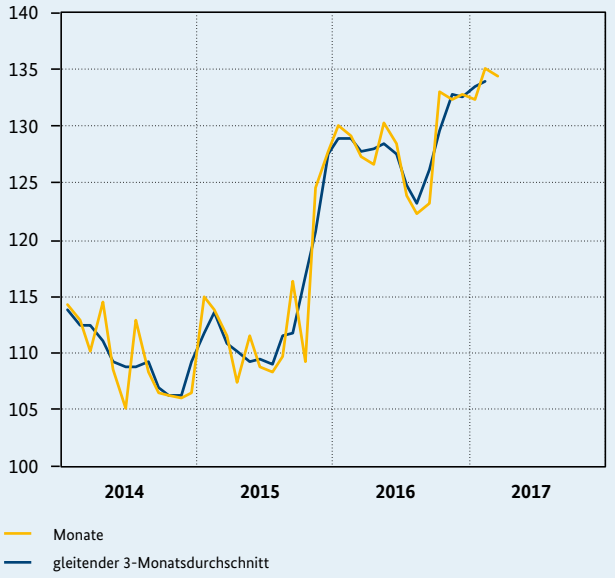
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion					
	Q4	**Q1**	**Feb.**	**März**	**April**
Insgesamt	-1,3	4,4	9,9	0,9	-0,1
Bauhauptgewerbe	-1,5	4,7	17,0	2,7	-1,7
Ausbaugewerbe	-1,1	4,2	2,1	-1,4	2,1
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe					
	Q4	**Q1**	**Jan.**	**Feb.**	**März**
Insgesamt	7,9	0,9	-0,3	2,0	-0,5
Hochbau	3,9	3,9	-0,4	5,3	-0,8
Wohnungsbau*	2,5	3,6	8,4	1,7	1,0
Gewerblicher*	4,2	5,9	-5,6	6,9	-4,0
Öffentlicher*	7,2	-2,1	-6,8	12,4	5,2
Tiefbau	12,8	-2,5	-0,2	-1,9	-0,2
Straßenbau*	11,6	3,0	9,2	-5,2	-0,9
Gewerblicher*	15,4	-5,4	0,6	-8,3	1,3
Öffentlicher*	11,7	-6,7	-14,2	13,7	-1,1
Öffentlicher Bau insg.	10,9	-1,3	-1,8	3,4	0,1

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Gegenwärtig ist es vor allem die ausgezeichnete Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe, die auf eine weitere Belebung der Industriekonjunktur hoffen lässt. Der ifo Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe ist im Mai auf einen neuen Rekordwert seit der Wiedervereinigung gestiegen. Allerdings wird vor allem die aktuelle Lage sehr positiv eingeschätzt, während die Unternehmen bei der Einschätzung der Geschäftserwartungen etwas zurückhaltender sind. Auch der Markit/BME Einkaufsmanager-Index kletterte im Mai im laufenden Aufschwung auf einen neuen Höchststand. Insgesamt sprechen die Konjunkturindikatoren des Verarbeitenden Gewerbes daher zumindest für eine Fortsetzung des soliden Aufschwungs im Bereich der Industrie in den kommenden Monaten.

Das Baugewerbe befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Eine genauere Einschätzung ist gegenwärtig allerdings mit Unwägbarkeiten konfrontiert. Mit der Anpassung der Erhebungsmethode zum Jahreswechsel ergaben sich Revisionen und ein Niveausprung bei der Bauproduktion, die die Interpretation der Ergebnisse am aktuellen Rand erschweren. Die Bauproduktion konnte im April ihr am Ende des ersten Quartals deutlich erhöhtes Niveau nahezu halten (-0,1 %). Der aktuelle Dreimonatsdurchschnitt der Erzeugung im Baugewerbe liegt arbeitstäglich bereinigt um 6,0 % über dem Vorjahresniveau. Dabei war der Aufwuchs im Hoch- und im Tiefbau wesentlich stärker ausgeprägt als im Ausbaugewerbe.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe entwickeln sich weiterhin günstig. Im ersten Quartal nahmen sie nach einem starken Wachstum im Vorquartal weiter um 0,9 % zu. Arbeitstäglich bereinigt waren sie um 4,6 % umfangreicher als vor einem Jahr. Dynamisch entwickelten sich binnen Jahresfrist weiterhin die Aufträge im Wohnungsbau sowie die der gewerblichen Auftraggeber, während der Umfang der öffentlichen Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahr eher stagniert.

Angesichts voller Auftragsbücher bleibt das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe äußerst aufgehellt. Das ifo Geschäftsklima stieg im Mai weiter an. Dabei wurde ein neuer Höchstwert bei der Beurteilung der aktuellen Lage seit der Wiedervereinigung 1991 ermittelt. Insgesamt signalisieren die Konjunkturindikatoren daher eine Fortsetzung der sehr guten Baukonjunktur.

3. Privater Konsum

Die Kauflaune unter den Konsumenten ist weiter gut.

Die weiterhin starke Beschäftigungsdynamik, zusammen mit der guten Einkommensentwicklung, stützt den privaten Konsum. Auch ohne zusätzliche ölpreisbedingte Kaufkraftgewinne bleibt die Kauflaune bei den Verbrauchern hoch.

Die Umsätze im Einzelhandel haben im April mit -0,2 % geringfügig abgenommen, liegen aber dennoch über dem Niveau des ersten Quartals. Der Kfz-Handel ist in der Tendenz weiter dynamisch. Zwar sind im März die Umsätze im Kfz-Handel um 0,4 % zurückgegangen, im Vormonat waren sie jedoch kräftig um 3,0 % gestiegen. Die Zahl der Kfz-Neuzulassungen durch private Halter lag in den ersten fünf Monaten des Jahres um 4,9 % über dem vergleichbaren Vorjahresniveau.

Das Konsumklima unter den Verbrauchern hat sich im Mai verbessert. Bereits seit zwei Jahren bewegt sich der Indikator um die Zehn-Punkte-Marke herum, liegt also deutlich über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (6,4 Punkte). Die Konjunktur- und Einkommenserwartungen sind ebenfalls gestiegen und die Anschaffungsneigung ist weiter sehr ausgeprägt. Die Stimmung unter den Einzelhändlern hat sich auf hohem Niveau etwas abgeschwächt. Die vom ifo Institut befragten Unternehmen äußerten sich im Mai sowohl mit Blick auf die aktuelle Lage als auch die Geschäftserwartungen etwas skeptischer. Vor dem Hintergrund des starken Anstiegs der Situations- und Erwartungskomponente im Vormonat sind die aktuell geringen Rückgänge als Normalisierung zu verstehen.

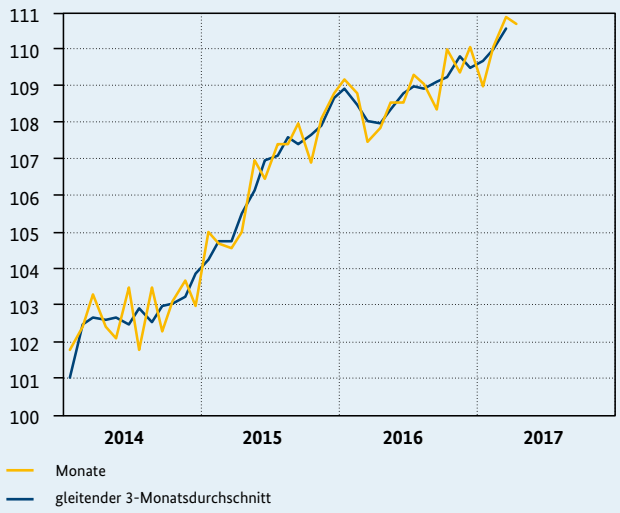
4. Außenwirtschaft

Der Trend der Exporte ist weiter aufwärtsgerichtet.

Im April 2017 wurden aus Deutschland Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen im Wert von 119,5 Mrd. Euro ausgeführt. Saisonbereinigt blieben die Ausfuhren damit im Vergleich zum Vormonat unverändert. Der Trend der Ausfuhren ist weiter aufwärtsgerichtet, im Dreimonatsvergleich ergibt sich ein Plus von 2,4 %. Die Ausfuhrpreise für Waren sind im gleichen Zeitraum spürbar gestiegen (+0,8 %), weshalb die Warenausfuhren preisbereinigt etwas weniger zugenommen haben dürften.

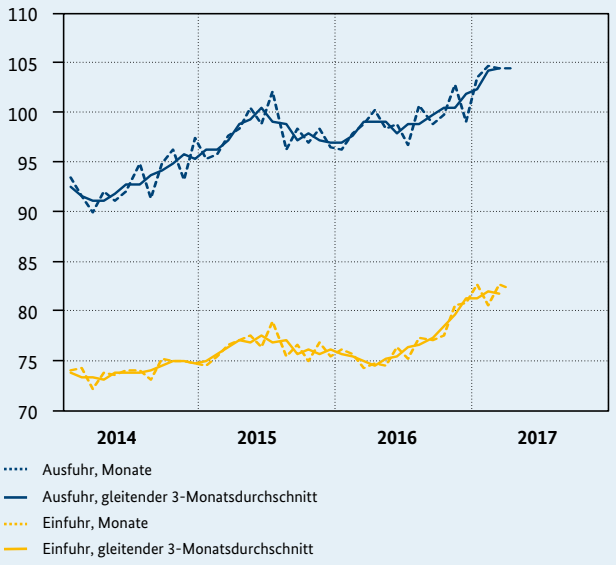
Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen im April auf 100,2 Mrd. Euro bzw. saisonbereinigt um 0,4 % gegenüber dem Vormonat. Damit nahmen sie erneut stärker zu als die Ausfuhren. Auch die Einfuhren sind im Dreimonatsvergleich mit +0,9 % aufwärtsgerichtet. Die Einfuhrpreise für Waren sind im gleichen Zeitraum

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



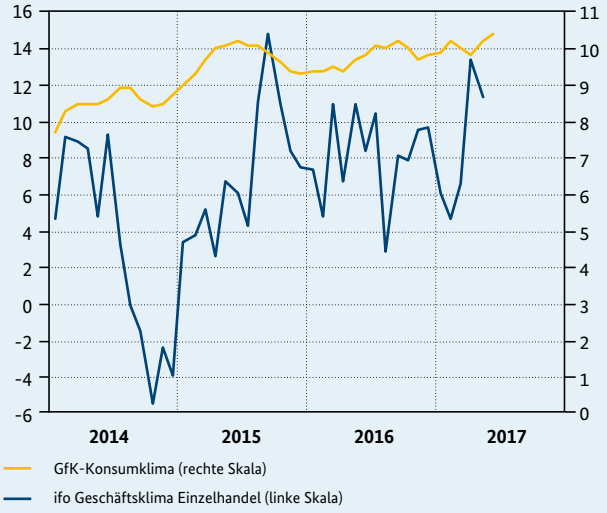
Quellen: StBA, BBk

Warenhandel
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

etwas zurückgegangen (-0,5 %) sodass sie preisbereinigt noch etwas stärker angestiegen sein dürften.

Der Saldo beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag im laufenden Jahr bis April bei 82,7 Mrd. Euro und damit 5,8 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Der Leistungsbilanzsaldo beziffert sich nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank im gleichen Zeitraum auf 80,2 Mrd. Euro und lag damit um 13,2 % unter dem Wert des Vorjahres.

Außenhandel*

	Q4	Q1	Feb.	März	April
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,7	3,1	1,3	-0,3	0,0
Einfuhr	3,5	2,1	-1,9	2,5	0,4
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	2,2	8,5	3,2	10,8	-2,9
Eurozone	2,4	7,0	3,6	9,2	-0,2
EU Nicht-Eurozone	-0,1	5,7	2,2	7,8	-1,0
Drittländer	3,3	11,4	3,4	13,8	-6,3
Einfuhr	3,1	10,1	3,7	14,8	5,4
Eurozone	2,2	8,1	2,4	12,6	4,1
EU Nicht-Eurozone	5,3	10,9	2,8	15,9	3,5
Drittländer	2,7	12,1	6,1	17,0	8,6

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die nationalen Konjunkturindikatoren für den Außenhandel deuten zusammen mit der leicht aufwärts korrigierten Einschätzung der Weltkonjunktur auf eine weiterhin moderate Expansion der Exporte hin. Die Bestellungen für das Verarbeitende Gewerbe aus dem Ausland sind in der Tendenz leicht ansteigend, sie waren allerdings im April rückläufig. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe liegen nach einer stetigen Verbesserung in den letzten Monaten im Mai auf dem höchsten Stand seit Anfang 2014. Die Risiken für die globale Wirtschaft bleiben allerdings beachtlich.

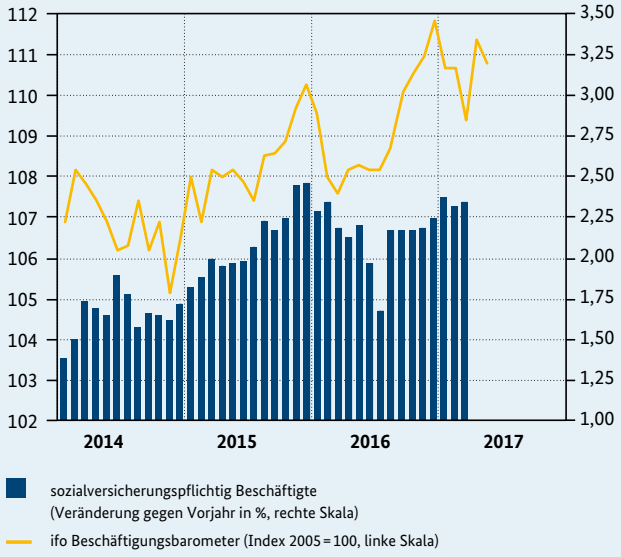
5. Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung stieg im April auf 44 Millionen.

Die Arbeitslosigkeit ist im Mai weiter zurückgegangen. Auch die Unterbeschäftigung sank.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter sehr dynamisch und insgesamt positiv. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigen sehr kräftig. Die Frühindikatoren weisen auf eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hin. Jedoch dauert es inzwischen länger, offene Stellen mit passenden Bewerbern zu besetzen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist im Mai 2017 weiter

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



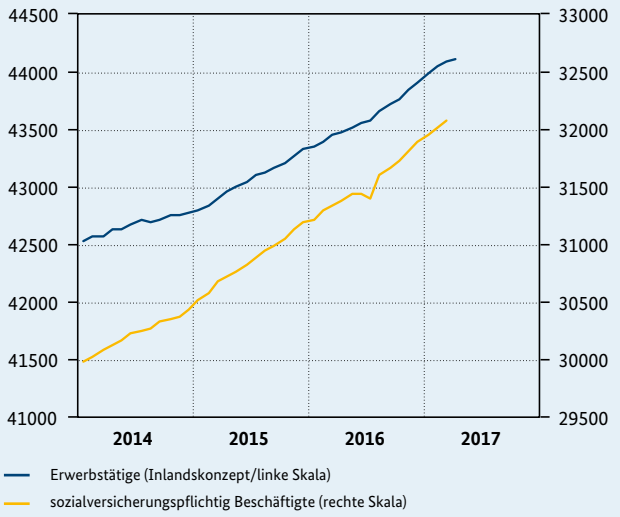
Quellen: BA, ifo Institut

rückläufig. Auch hier deuten die Frühindikatoren eine günstige Entwicklung in den nächsten Monaten an. Die Unterbeschäftigung sank ebenfalls und ist trotz Flüchtlingsmigration wieder etwas niedriger als im Vorjahr.

Die Frühindikatoren signalisieren im Mai weiterhin gute Aussichten für den Arbeitsmarkt. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen nahm erneut zu. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), der die Nachfrage nach Arbeitskräften beschreibt, hielt seinen Höchstwert. In den meisten Branchen sind die Stellenangebote zahlreicher als vor einem Jahr. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat nach einem deutlichen Anstieg im Vormonat wieder etwas eingebüßt. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg bei den Erwartungen zur Entwicklung der Beschäftigung auf ein Sechs-Jahres-Hoch und blieb bei den Aussichten für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit unverändert. Beide Teilindikatoren liegen deutlich im positiven Bereich. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit sollte demzufolge in den nächsten drei Monaten weiter leicht zurückgehen.

Die positive Entwicklung der Beschäftigung hält an. Im April erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 31.000 Personen. In Ursprungszahlen stieg die Erwerbstätigkeit im April um 163.000 auf 43,98 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr lag der Zuwachs bei 652.000 Personen.

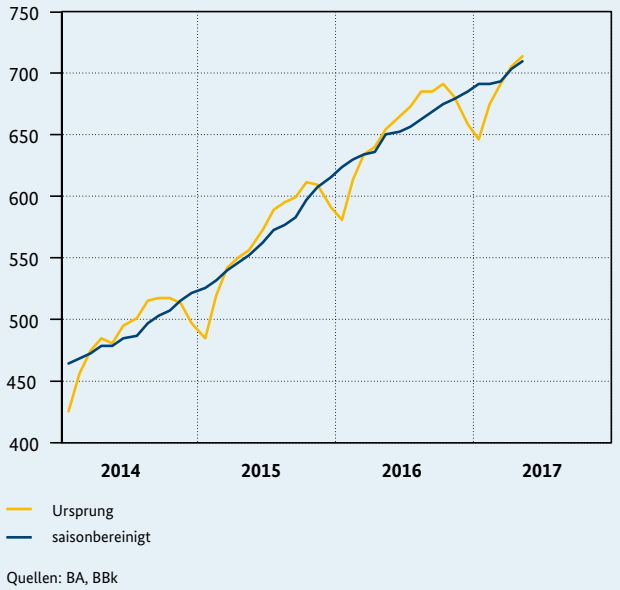
Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit basiert auf der tendenziell steigenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Im März (+48.000) war der Zuwachs hier größer als bei der Erwerbstätigkeit. Die Frühindikatoren lassen einen weiteren Anstieg der Beschäftigung erwarten. Nach den Ursprungszahlen lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



Quellen: BA, BBk

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)					
	Q4	**Q1**	**März**	**April**	**Mai**
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,547	2,734	2,662	2,569	2,498
gg. Vorjahr in 1.000	-108	-158	-183	-175	-166
gg. Vorperiode in 1.000*	-32	-61	-28	-15	-9
Arbeitslosenquote	5,8	6,2	6,0	5,8	5,6
Erwerbstätige (Inland)					
	Q4	**Q1**	**Feb.**	**März**	**April**
in Mio.	44,0	43,7	43,7	43,8	44,0
gg. Vorjahr in 1.000	575	638	640	638	652
gg. Vorperiode in 1.000*	189	201	56	42	31
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
	Q4	**Q1**	**Jan.**	**Feb.**	**März**
in Mio.	32,0	31,8	31,7	31,8	31,9
gg. Vorjahr in 1.000	345	-184	736	722	734
gg. Vorperiode in 1.000*	251	202	67	59	48

Quellen: BA, StBA, BBk

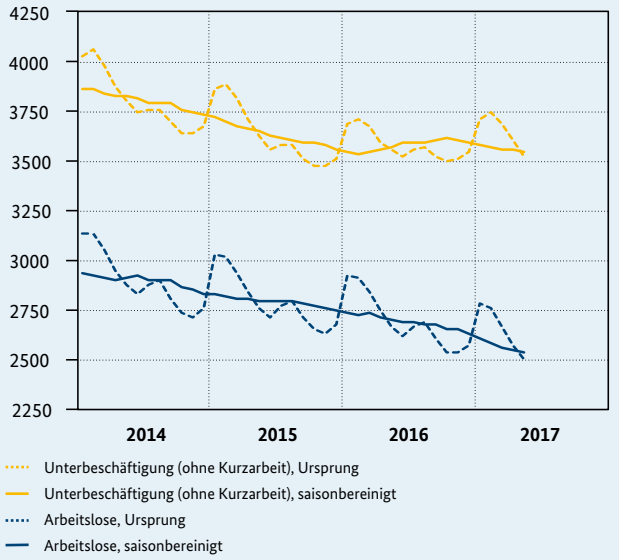
* kalender- und saisonbereinigte Angaben

im März bei 31,93 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 734.000 Personen bzw. 2,4 %.

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Mai saisonbereinigt um 9.000 Personen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war weiter vom Umfang entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beeinflusst. Zugenommen haben im Vorjahresvergleich u. a. Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sowie durch Dritte geförderte Maßnahmen. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit auf 2,50 Mio. Personen (-71.000 zum Vormonat). Der Vorjahresstand wurde um 166.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Vorjahresvergleich um 196.000 bzw. 9,6 %, während sie bei ausländischen Staatsbürgern anstieg (+29.000 bzw. 4,7 %). Bei Personen aus den acht wichtigsten nicht-europäischen Asylzugangsländern nahm sie gegenüber dem Vorjahr um 31,5 % auf 190.000 Personen zu. Die Arbeitslosenquote sank auf 5,6 %. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen lag im Mai bei 0,91 Mio. Personen (-97.000 zum Vorjahr).

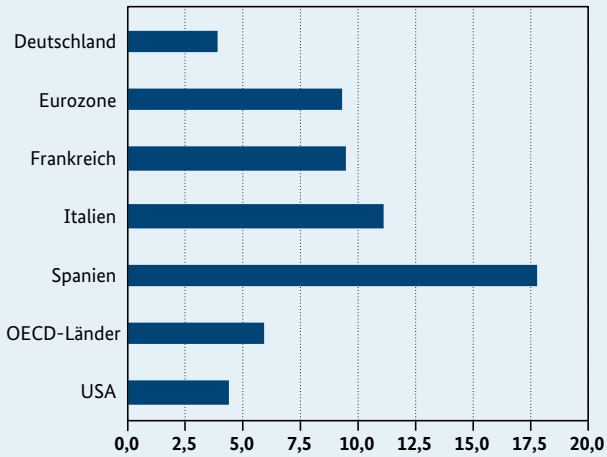
Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) lag weiter bei 3,9 %. Die Quote ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
(in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Internationale Erwerbslosenquoten
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: April 2017)



Quelle: Eurostat

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im Mai auf 3,53 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Hier spiegelten sich auch die gestiegenen Maßnahmen für Flüchtlinge wider. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Unterbeschäftigung um 24.000 Personen. Saisonbereinigt verringerte sie sich gegenüber dem Vormonat um 13.000 Personen.

6. Preise

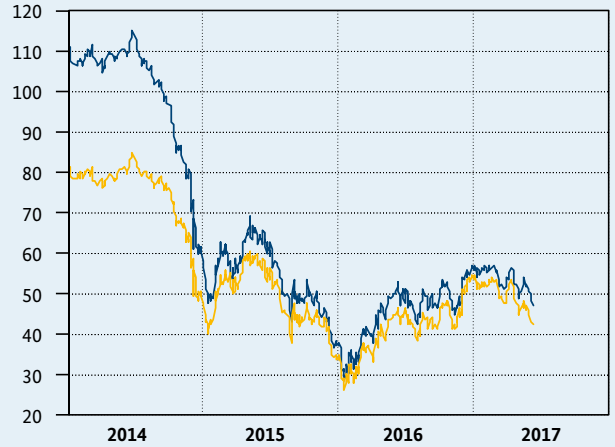
Der Rohölpreis fällt trotz des OPEC-Kürzungsbeschlusses wieder unter die 50-Dollar-Marke.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat sich im Mai abgeschwächt.

Die Preisentwicklung verläuft vergleichsweise ruhig. Nach der Beschleunigung der Inflation um den Jahreswechsel 2016/2017 hat sich der Preisdruck im Frühling im Zuge fallender Rohstoffpreise wieder etwas entspannt. Unterstützend wirkte hierbei auch die spürbare Aufwertung des Euros seit Jahresbeginn. Im Ergebnis fiel die Inflationsrate im Mai auf 1,5 % (Februar: 2,2 %). In den kommenden Monaten dürfte die Teuerungsrate in etwa ihr aktuelles Niveau halten.

Der Rohölpreis neigt derzeit zur Schwäche. Die Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit der von der OPEC beschlossenen

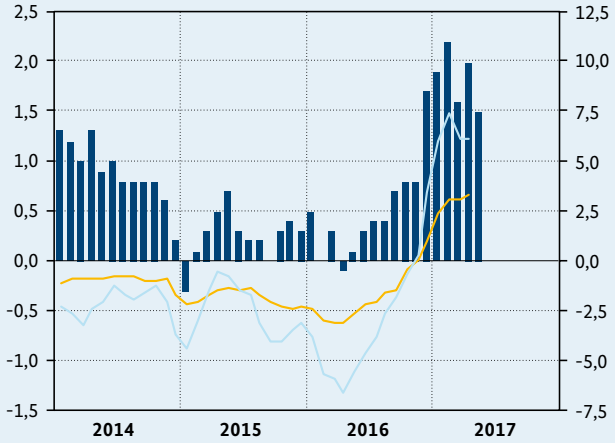
Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)



in US-Dollar
in Euro

Quelle: Macrobond

Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Verbraucherpreise (linke Skala)
Einfuhrpreise (rechte Skala)
Erzeugerpreise (rechte Skala)

Quelle: StBA

Produktionskürzungen ist weiterhin hoch. Mitte Juni notierte der Preis der Nordseesorte Brent mit knapp 47 US-Dollar/Barrel ca. 9 % unter Vormonatsniveau und nahe seinem Jahrestiefststand. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte er sich um ca. 5 %.

Die Einfuhrpreise fielen im April gegenüber März um 0,1 %. Vor allem Energie wurde günstiger importiert. Die Preissteigerungen bei Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgütern waren gering. Seit November 2016 steigen die Einfuhrpreise auf Jahressicht. Der Preisauftrieb war im April mit +6,1 % so hoch wie im März. Preiserhöhungsimpulse gingen in erster Linie von der Energiekomponente aus, besonders von Steinkohle, Rohöl und Mineralölerzeugnissen. Auch für Erze war spürbar mehr zu zahlen, was sich in den überdurchschnittlichen Preissteigerungsraten für Vorleistungsgüter widerspiegelt. Konsum- und Investitionsgüter verteuerten sich ebenfalls, wenn auch deutlich schwächer.

Im Auslandsabsatz erhöhten die deutschen Exporteure ihre Preise im April im Vergleich zum Vormonat um 0,2 %. Binnen Jahresfrist legten die Ausfuhrpreise mit 2,6 % in etwa so kräftig zu wie in den beiden Vormonaten. Im Oktober 2016 waren die Preise noch rückläufig. Investitions- und Konsumgüter verteuerten sich weniger stark, Energie und Vorleistungsgüter deutlicher. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert (-3,4 %). Zuvor hatten sich die Terms of Trade durch die günstigere Entwicklung der Einfuhrpreise vier Jahre lang bis Oktober 2016 verbessert.

Die Erzeugerpreise stiegen im April zum Vormonat um 0,4 %. In dem Maße stiegen auch die Preise für Energie und Vorleistungsgüter. Auf Jahressicht wurden gewerbliche Produkte im April um 3,4 % teurer. Die Preisentwicklung bei Energie, vor allem bei Mineralölprodukten und Strom, wirkte sich erneut am stärksten auf die Entwicklung des Gesamtindex aus. Darüber hinaus sorgten Preissteigerungen bei Vorleistungs- (+4,3 %), Konsum- (+3,1 %) und Investitionsgütern (+1,0 %) für erhöhte Produktionskosten.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Arpil	**Mai**	**April**	**Mai**
Insgesamt	0,0	-0,2	2,0	1,5
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	-0,1	0,1	1,6	1,3
Nahrungsmittel	-0,3	0,0	1,8	2,4
Bekleidung und Schuhe	0,4	-0,6	1,4	1,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-2,0	-0,5	3,3	0,8
Pauschalreisen	-9,1	-2,8	10,5	-2,4
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,2	0,4	1,8	1,9
Energie	0,9	-1,4	5,1	2,0
Strom	0,1	0,1	1,1	1,2
Gas	-0,3	-0,2	-3,4	-3,4
Kraftstoffe	1,9	-2,6	10,6	4,4
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise sanken nach leichten Preissteigerungen in den Vormonaten im Mai um 0,2 % gegenüber dem Vormonat. Maßgeblich hierfür war in erster Linie der Rückgang der Energiepreise, der mit dem fallenden Rohölpreis einherging. Insbesondere die Kraftstoffpreise entwickelten sich im Mai verbraucherfreundlich. Die Inflationsrate – der Anstieg der Verbraucherpreise auf Jahresfrist – verringerte sich im Mai deutlich um 0,5 Prozentpunkte auf +1,5 %, dem tiefsten Stand in diesem Jahr. Preistreibend wirkte im Vergleich zum Vorjahr weiterhin die Teuerung von Nahrungsmitteln und auch von Energie. Nettokaltmieten, die ca. ein Fünftel des Warenkorbs ausmachen, stiegen mit einer Rate von +1,8 % ebenfalls überdurchschnittlich. Die Kerninflationsrate ohne Nahrungsmittel und Energie lag im Mai mit +1,3 % etwas niedriger als die Inflationsrate der Verbraucherpreise insgesamt.

7. Monetäre Entwicklung

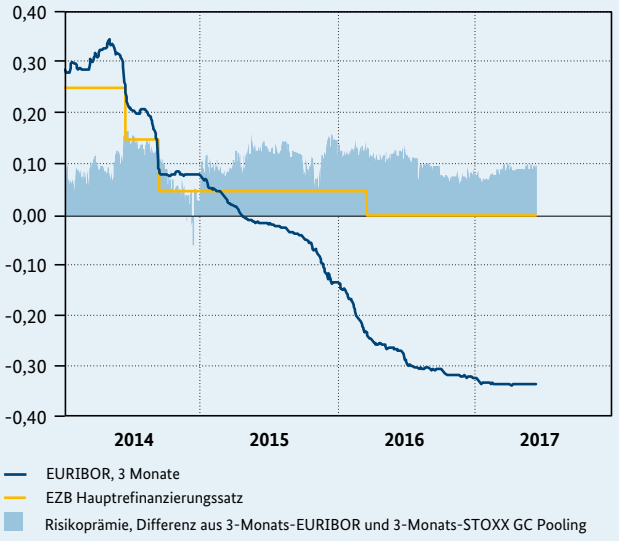
Es ist noch keine Trendwende der EZB-Geldpolitik in Sicht.

Die US-Notenbank hebt ihren Leitzins weiter an.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz unverändert bei 0,0 %. Für die Einlagefazilität fällt ein Zins in Höhe von -0,4 % an, der Spitzenrefinanzierungssatz liegt bei 0,25 %. Solange Inflation und Kerninflation weiter unter der Zielmarke der EZB liegen, ist davon auszugehen, dass das niedrige Zinsniveau bestehen bleibt.

Gegenwärtig stellt die EZB den Banken vor allem im Rahmen ihrer Anleihekäufe Liquidität zur Verfügung. Die Käufe sollen mindestens bis zum Ende des laufenden Jahres fortgesetzt werden; darüber hinaus solange, bis eine nachhaltige Annäherung an die Zielinflation von unter, aber nahe zwei Prozent erfolgt ist. Dabei sind die monatlichen Ankäufe seit April 2017 um 20 Mrd. auf durchschnittlich 60 Mrd. Euro pro Monat verringert worden. Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit über 4,2 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Auf ihrer letzten Sitzung am 8. Juni sah die EZB Zeichen für eine sich leicht beschleunigende wirtschaftliche Erholung im Euroraum bei einer gleichzeitig aber weiterhin niedrigen Kerninflation.

Geldmarktsätze in der Eurozone
(in %)



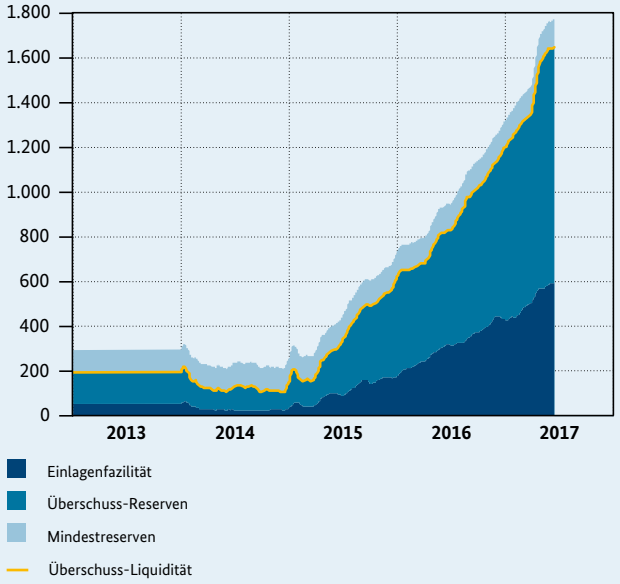
Quelle: Macrobond

EZB Bilanzsumme
(in Bio. Euro)

Quellen: EZB, Macrobond

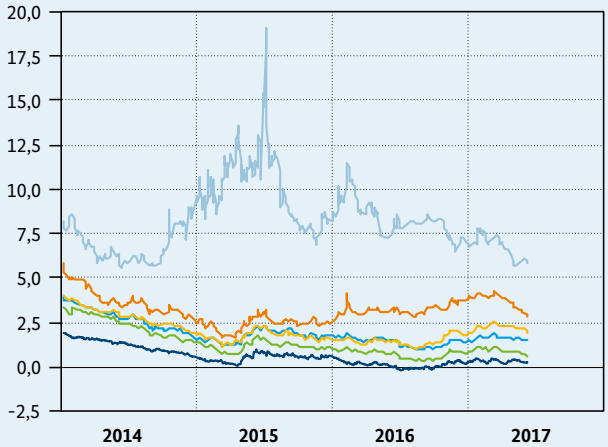
Insbesondere durch die Anleihekäufe ist die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter angestiegen. Während sie im Mai des Vorjahres noch bei 817 Mrd. Euro lag, bezifferte sich die Überschussliquidität ein Jahr später bereits auf 1.638 Mrd. Euro. Daraus ergibt sich ein Überschussangebot auf dem Interbankenmarkt. Die Folge ist, dass die Zinsen auf dem Interbankenmarkt nahe dem Einlagesatz liegen. Der besicherte Interbankenzins (Eurepo) liegt derzeit bei -0,4 %, der unbesicherte (EURIBOR) bei -0,3 %.

Liquidität im Eurobankensystem
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Quellen: EZB, Macrobond

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen
(Tageswerte in %)



Quelle: Macrobond

Im Gegensatz zur expansiven Geldpolitik der EZB setzt die US-amerikanische Notenbank mit der Normalisierung der Geldpolitik fort. Im Juni hat sie den US-Leitzins zum zweiten Mal in diesem Jahr angehoben. Er bewegt sich nun in einer Bandbreite von 1,00 bis 1,25 %. Gleichzeitig hat die FED angekündigt, in naher Zukunft zu beginnen, die Wertpapierkäufe zu reduzieren. Weitere Anhebungsschritte im Jahresverlauf gelten als wahrscheinlich. Die Zinsen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen liegen bei etwa 2,2 %.

Trotz der unterschiedlich ausgerichteten Geldpolitik von EZB und FED ist der Wert des Euro gegenüber dem US-Dollar jüngst gestiegen; er notiert derzeit bei 1,12 und erreicht damit den höchsten Stand seit Oktober 2016. Dies könnte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass sich die Wachstumsaussichten im Euroraum weiter aufgehellt haben. Außerdem dürfte die politische Unsicherheit in den USA den Dollar belasten. Dagegen sind im Euroraum die politischen Risiken mit dem Ausgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich deutlich gesunken. Gegenüber dem japanischen Yen wertete der Euro im Vergleich zum Vormonat geringfügig um 0,8 % ab; gegenüber dem Pfund gewann der Euro hingegen um 3,7 % an Wert. Der reale effektive Wechselkurs Deutschlands (Konsumentenpreise) gegenüber 56 Handelspartnern wertete im Mai um 1,3 % auf.

Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit beträgt gegenwärtig 0,28 % und damit etwa 14 Basispunkte weniger als noch im Vormonat. Zwischen den Eurostaaten bestehen weiterhin deutliche Niveauunterschiede: Während die Umlaufrendite für französische Staatsanleihen derzeit bei nur 0,6 % liegt, beträgt diese für spanische Anleihen gleicher Laufzeit 1,4 %, für italienische Anleihen 2,0 % und für portugiesische sogar 2,9 %. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen sind gesunken, aktuell liegen sie für Unternehmen mit sehr guter Bonität (AA) und einer Laufzeit von zehn Jahren bei 1,01 %.

In der Regel folgen die Unternehmenskredite mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung der Konjunktur. Nachdem die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland bis November 2015 im Vorjahresvergleich rückläufig war, zogen die Bestände seitdem wieder an. Auch im April 2017 lagen die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rund 2,8 % über dem Vorjahresniveau. Die April-Ergebnisse der Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) zeigen, dass die Nachfrage nach Krediten von Seiten der Unternehmen merklich anstieg, während die Vergabestandards weitgehend konstant blieben.

Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im April um 3,0 % über Vorjahreswert und expandierte demnach noch stärker als die Kreditvergabe an Unternehmen. Die stärksten Treiber

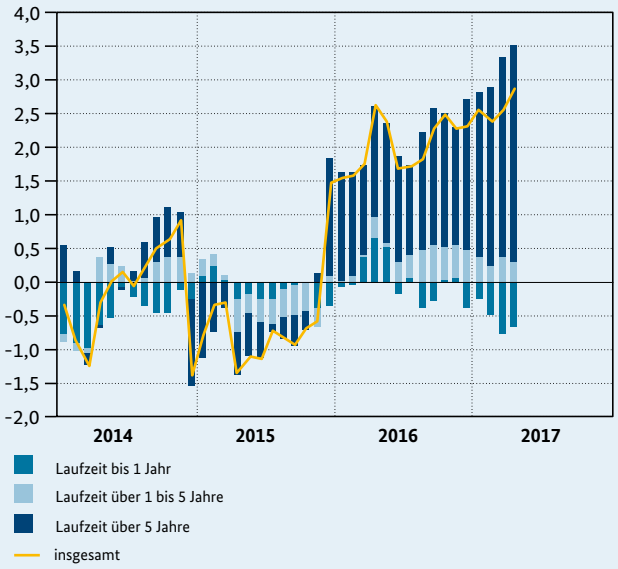
dieser Entwicklung blieben weiterhin die Wohnungsbaukredite (+3,9 %), die durch das anhaltend niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

Die Kreditvergabe im Euroraum zieht ebenfalls deutlich an. Im April stieg das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften um 2,4 % im Vergleich zum Vorjahr an. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg ebenfalls um 2,4 %. Nach Angaben der im Bank Lending Survey befragten Banken legte die Kreditnachfrage im ersten Quartal vor allem im Geschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten zu, merklich stieg auch der Bedarf an Konsumentenkrediten.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums nahm im April leicht zu, jedoch zeigt eine längerfristige Betrachtung einen fallenden Trend seit 2013. Nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften im Euroraum mussten durchschnittlich 1,1 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag diese Differenz noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Die Expansion der Geldmenge M3 des Euroraums setzt sich weiterhin fort. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im April 2017 um 4,9 % zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die auf Jahresfrist angesichts des erweiterten Anleihekaufprogramms der EZB um 9,2 % gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 betrug das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 %.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Quelle: BBk

III.
Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

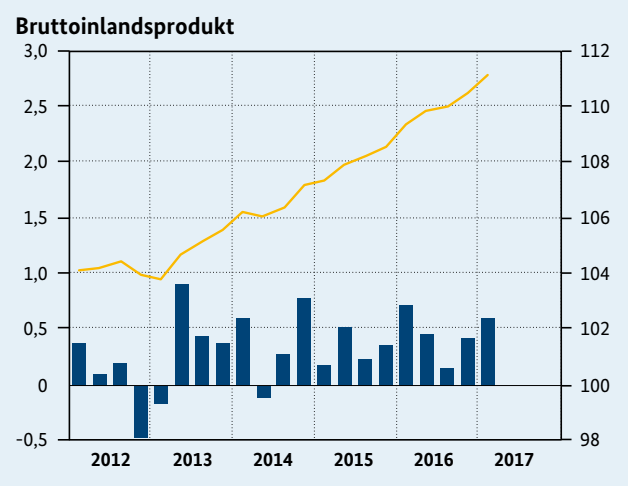
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung[1]

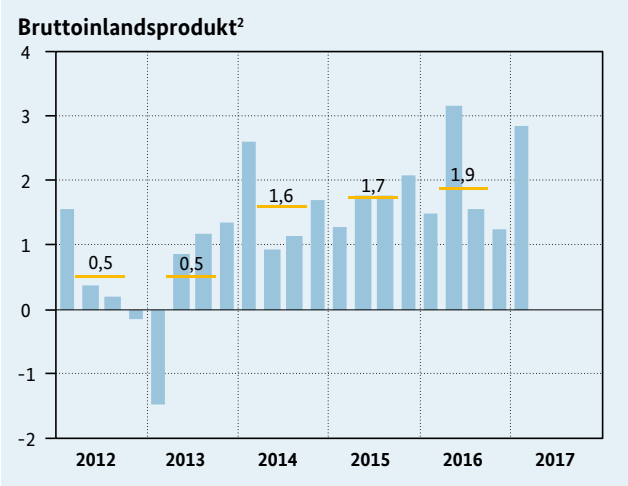
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %[2]										
	2014		2015				2016				2017
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6
Inländische Verwendung	- 0,5	+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,6	0,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3
Konsumausgaben des Staates	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,5	- 1,3	- 0,1	+ 0,4	+ 1,7
Ausrüstungen	- 2,5	+ 2,4	- 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,9	- 2,3	- 0,5	- 0,1	+ 1,2
Bauten	0,0	+ 0,7	+ 0,3	- 1,0	0,0	+ 2,0	+ 2,1	- 1,4	0,0	+ 0,8	+ 2,3
Sonstige Anlagen	+ 0,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,8
Exporte	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,5	0,0	- 0,7	+ 1,6	+ 1,1	- 0,3	+ 1,7	+ 1,3
Importe	+ 0,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 2,5	+ 0,4
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten[4]											
Inländische Verwendung	- 0,5	+ 0,9	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	0,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	0,0	+ 0,1	+ 0,3
Ausrüstungen	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	0,0	0,0	+ 0,1
Bauten	0,0	+ 0,1	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung[5]	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,4	0,0	+ 0,3	+ 0,4	- 0,4
Außenbeitrag	+ 0,7	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,4	- 0,2	+ 0,4

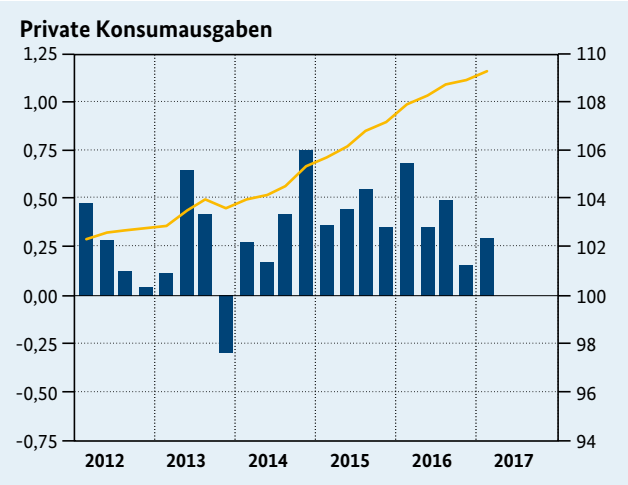
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %[6]										
							2016				2017
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,9
Inländische Verwendung	+ 2,9	- 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,2
Private Konsumausgaben[3]	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6
Konsumausgaben des Staates	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,7	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,9	+ 3,9	+ 2,7	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,2	- 0,7	- 1,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,2	+ 4,7	+ 1,4	- 0,4	+ 3,4
Ausrüstungen	+ 6,8	- 3,2	- 2,1	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,1	+ 3,9	+ 4,4	- 0,5	- 2,6	+ 2,0
Bauten	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 5,5	+ 2,1	+ 0,4	+ 4,7
Sonstige Anlagen	+ 5,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5
Exporte	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,9	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,7	+ 1,3	+ 4,6	+ 1,4	+ 3,3	+ 6,6
Importe	+ 7,0	- 0,1	+ 3,1	+ 4,0	+ 5,5	+ 3,8	+ 3,1	+ 5,0	+ 2,7	+ 4,3	+ 5,6

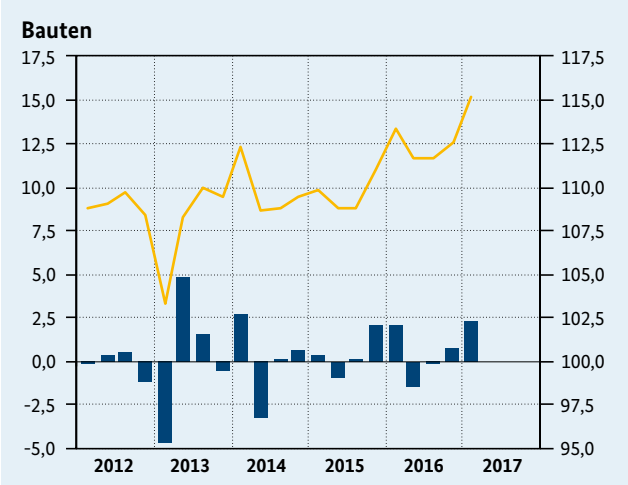
Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

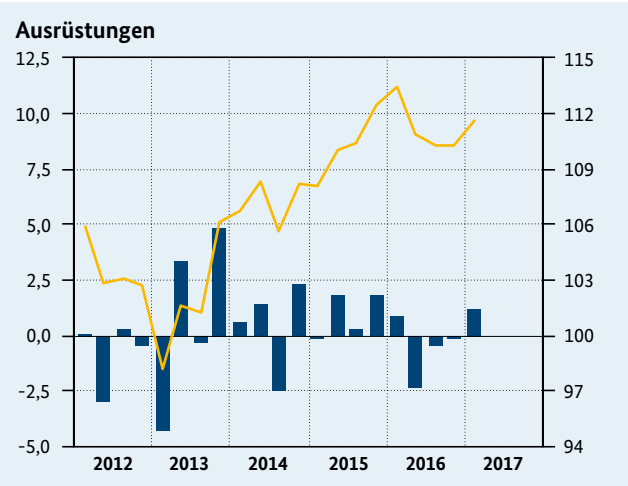
1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten[1]

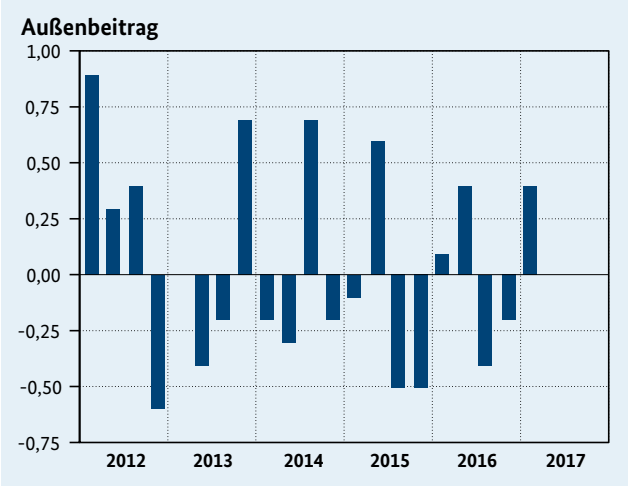












Kettenindex (rechte Skala)
Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

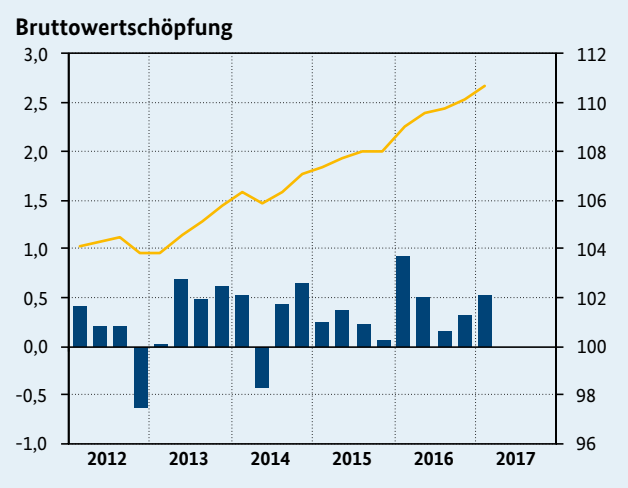
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % [1]										
	2014		2015				2016				2017
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[2]											
Bruttowertschöpfung	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,4	+ 1,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,2	- 0,4	+ 1,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	+ 0,4
Baugewerbe	- 0,3	- 0,5	+ 1,0	- 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,2	- 0,5	- 0,6	+ 1,8
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,6	- 0,4	+ 1,1	+ 0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6	- 0,7	- 1,3	+ 3,8	- 0,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,9
Unternehmensdienstleister	+ 1,4	- 0,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,6	0,0	+ 0,5	+ 1,2
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1

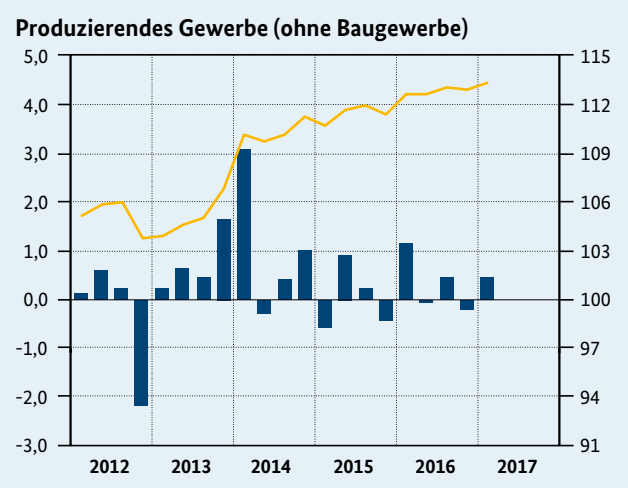
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % [9]										
							2016				2017
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,8
Inländische Verwendung	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,7
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,7
Kennzahlen											
Erwerbstätige[3]	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,5
Arbeitsvolumen[4]	+ 1,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,9	- 0,2	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,2	+ 3,2
Arbeitsproduktivität[5]	+ 2,3	- 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,4	- 0,1	+ 1,4
Lohnkosten je Arbeitnehmer[6]	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
Lohnstückkosten[7]	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,4	0,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,9
verfügbares Einkommen[8]	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,7
Terms of Trade	- 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,3	+ 0,1	- 2,3

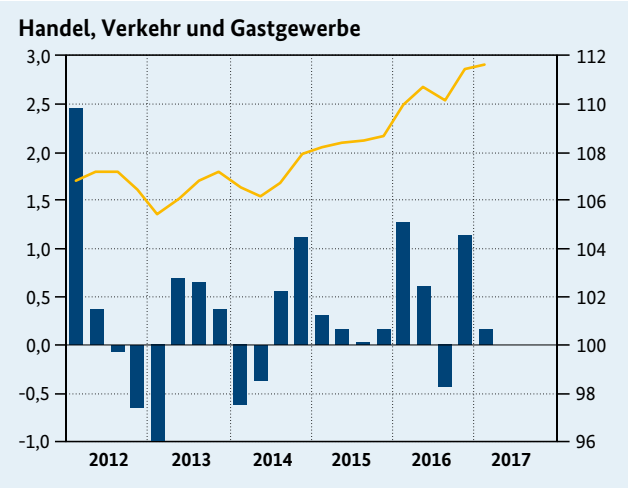
Prognose Bruttoinlandsprodukt[9]		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		**Stand**	**2017**	**2018**
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2017	+ 1,5	+ 1,7
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	06/2017	+ 1,3	+ 1,6
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2017	+ 1,6	+ 1,8
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	06/2017	(+2,0)[a]	(+2,0)[a]
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2017	+ 1,6	+ 1,8
EU	Europäische Kommission	05/2017	+ 1,6	+ 1,9
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2017	+ 1,5	+ 1,6
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2017	+ 1,5	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	04/2017	(+ 1,6)[a]	(+ 1,5)[a]
IfW	Institut für Weltwirtschaft	03/2017	+ 1,7	+ 2,0
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2016	+ 1,5	+ 1,7

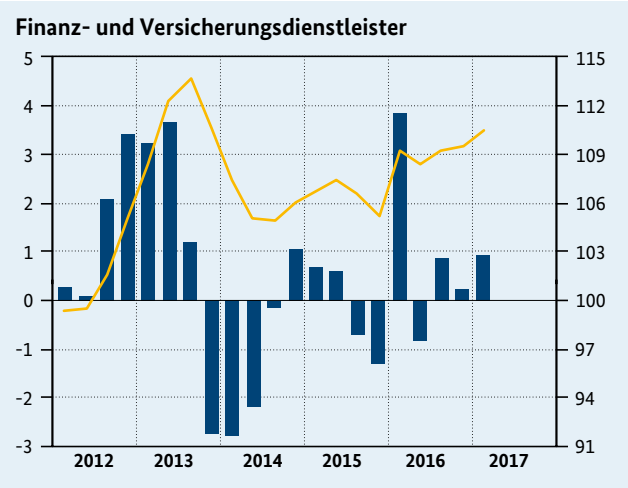
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;
3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;
6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;
a Kalenderbereinigte Werte.

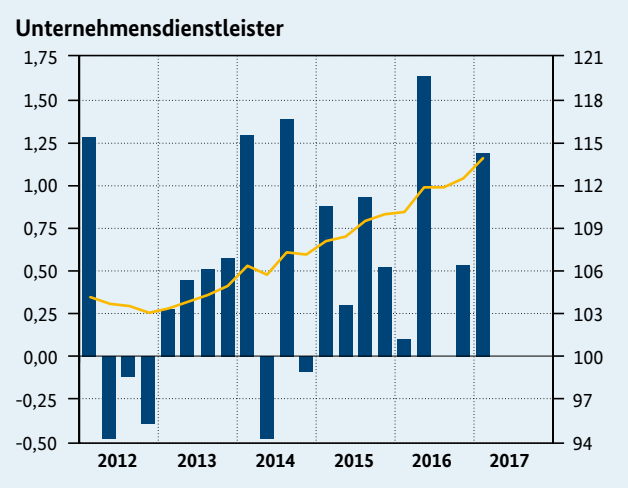
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

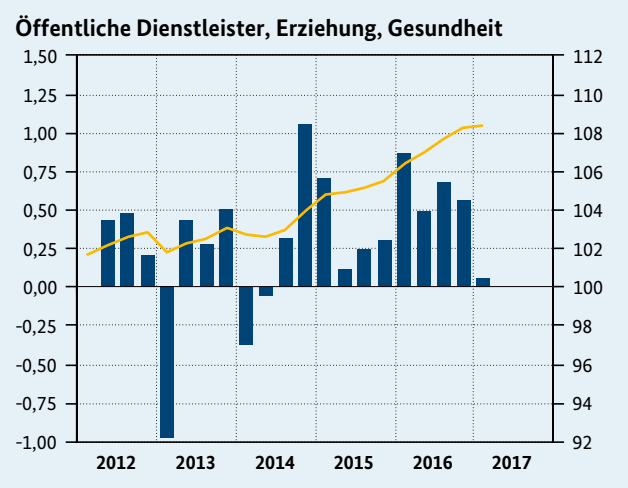










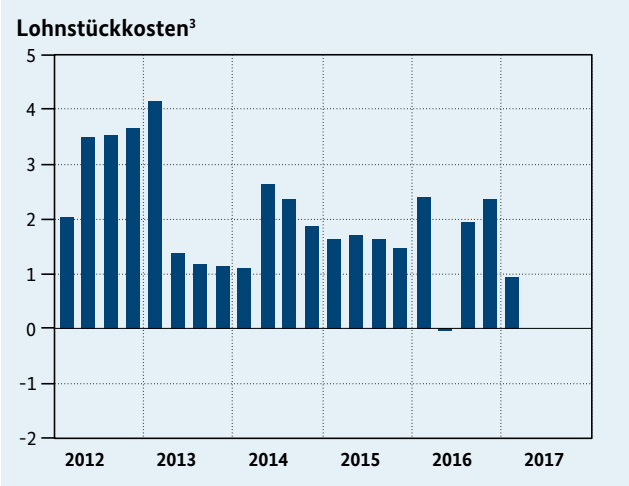


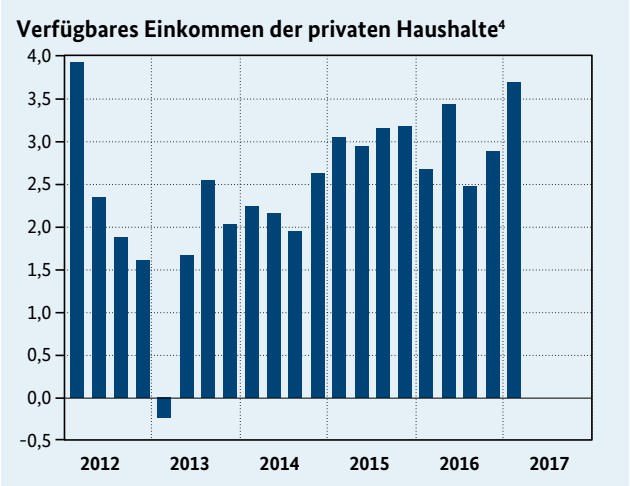
Kettenindex (rechte Skala)
Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

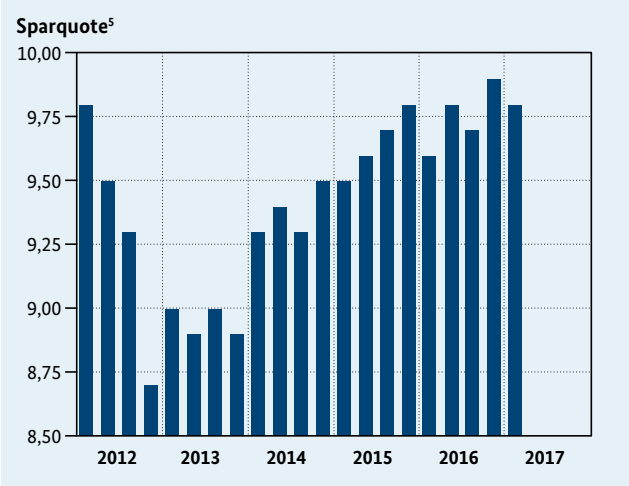
Quelle: Statistisches Bundesamt.

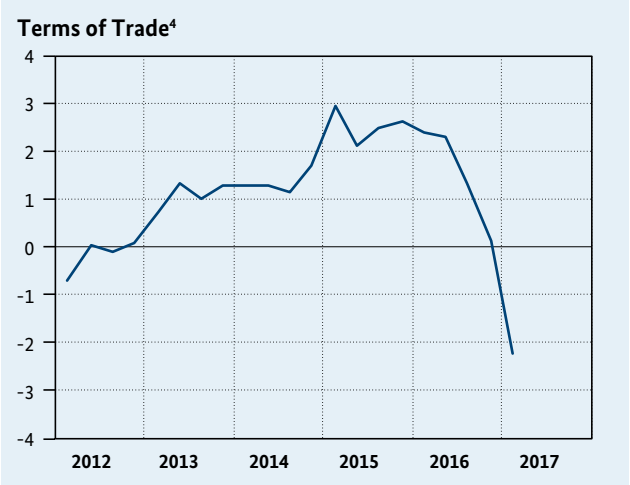
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

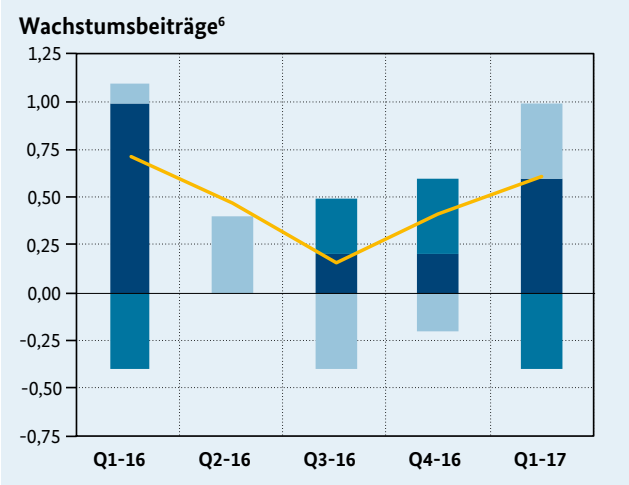
1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen[1]











Veränderung gegen Vorjahr in %

Außenbeitrag
Vorratsveränderungen
Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;
3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2014			2015				2016				2017
	2013	2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt [1]	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6
Eurozone (EZ 19)[2]	- 0,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 0,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6
Japan	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,0	- 1,9	- 0,2	+ 0,7	+ 1,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
USA	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3
China	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,3
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP[4]															
Deutschland	+ 6,8	+ 7,6	+ 8,6	+ 8,3	+ 6,9	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,3	+ 8,4	+ 9,2	+ 8,6	+ 8,7	+ 8,9	+ 7,9	+ 7,6	+ 8,1
Eurozone (EZ 19)[2]	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,7	+ 3,6
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
Japan	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
USA	- 2,2	- 2,2	- 2,5	- 2,6	- 2,2	- 2,2	- 2,4	- 2,6	- 2,5	- 2,7	- 2,5	- 2,9	- 2,6	- 2,5	- 2,4	-
China	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1

				2016								2017				
	2014	2015	2016	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Arbeitslosenquoten[5]	in %															
Deutschland	5,0	4,6	4,1	4,2	4,2	4,1	4,1	4,0	4,0	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	-
Eurozone (EZ 19)[2]	11,6	10,9	10,0	10,2	10,1	10,0	9,9	9,9	9,8	9,7	9,6	9,5	9,4	9,4	9,3	-
Europäische Union (EU 28)[3]	10,2	9,4	8,5	8,7	8,6	8,5	8,5	8,4	8,3	8,2	8,1	8,0	7,9	7,9	7,8	-
Japan	3,6	3,4	3,1	3,2	3,1	3,0	3,1	3,0	3,0	3,1	3,1	3,0	2,8	2,8	2,8	-
USA	6,2	5,3	4,9	4,7	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	4,6	4,7	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3
China	4,1	4,1	4,0	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	-	-
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,4
Eurozone (EZ 19)[2]	+ 0,4	0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 0,6	0,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,0	-
Japan	+ 2,8	+ 0,8	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	-
USA	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9
China	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

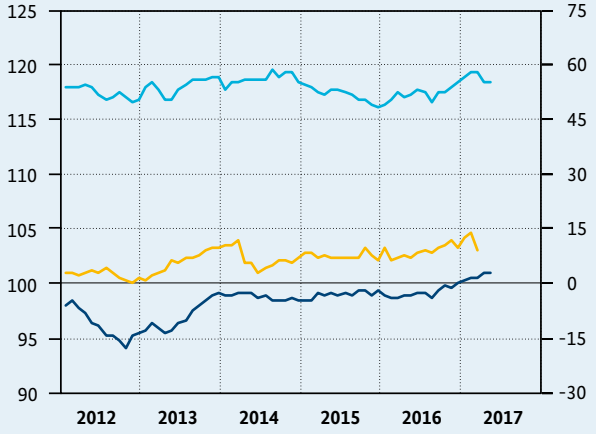
				2016			2017	2016	2017				
	2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Arpil	Mai
Welt													
OECD & major six CLI[1]	100,3	99,8	99,5	99,5	99,6	99,7	99,9	99,8	99,8	99,9	99,9	99,9	-
CPB Welt Industrieproduktion[2]	113,2	115,1	117,3	116,7	117,5	118,9	119,6	119,4	119,3	119,5	119,9	-	-
CPB Welthandel[2]	111,4	113,6	115,2	114,3	115,2	117,1	118,7	118,8	118,8	117,8	119,6	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4642	2852	2225	2311	2235	2308	2353	2417	2383	2389	2295	2247	2212
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie[3]	- 3,8	- 3,1	- 2,7	- 3,4	- 2,9	- 0,6	1,1	0,0	0,8	1,3	1,3	2,6	2,8
Industrieproduktion[4]	101,3	103,5	105,0	104,5	104,8	105,9	106,0	105,8	106,0	105,9	106,1	106,6	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,0	1,2	0,9	0,9	0,6	0,9	1,2	1,0	1,1	1,3	1,3	1,2	1,1
Konsumentenvertrauen[5]	-10,2	- 6,3	- 7,8	- 7,9	- 8,3	- 6,5	- 5,5	- 5,2	- 4,9	- 6,4	- 5,1	- 3,6	- 3,3
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe[6]	55,6	51,4	51,5	51,5	51,1	53,3	57,0	54,5	56,0	57,7	57,2	54,8	54,9
Industrieproduktion[7]	105,1	104,4	103,1	102,9	103,1	103,3	103,7	103,8	103,5	103,7	103,9	105,0	105,0
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,5	2,1	1,8	1,8	1,6	2,1	2,4	2,5	2,4	2,4	2,5	2,3	2,3
Konsumentenvertrauen[8]	86,9	98,0	99,8	94,8	100,7	107,8	117,5	113,3	111,6	116,1	124,9	119,4	117,9
Japan													
All-Industry-Activity-Index[9]	102,2	102,5	102,9	102,5	102,9	103,6	103,9	103,2	104,1	104,6	103,0	-	-
Industrieproduktion[10]	99,1	97,9	97,6	96,5	97,9	99,8	100,0	100,6	98,5	101,6	99,8	103,8	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,5	0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Konsumentenvertrauen[11]	39,3	41,3	41,7	41,2	42,1	42,2	43,4	43,0	43,1	43,2	43,9	43,2	43,6
China													
Vertrauensindikator für die Industrie[12]	50,7	49,9	50,3	50,1	50,2	51,4	51,6	51,4	51,3	51,6	51,8	51,2	51,2
Industrieproduktion[13]	+ 8,3	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 7,0	+ 6,0	+ 6,0	+ 6,3	+ 7,6	+ 6,5	+ 6,5
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,2	3,4	2,9	2,9	2,8	2,9	3,3	3,0	3,3	3,3	3,3	3,4	3,6
Konsumentenvertrauen[14]	104,7	105,9	104,4	101,2	105,7	108,1	110,9	108,4	109,2	112,6	111,0	113,4	-

Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

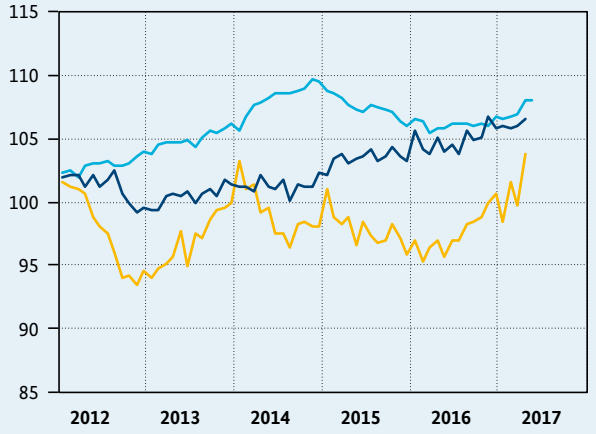
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren

Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe



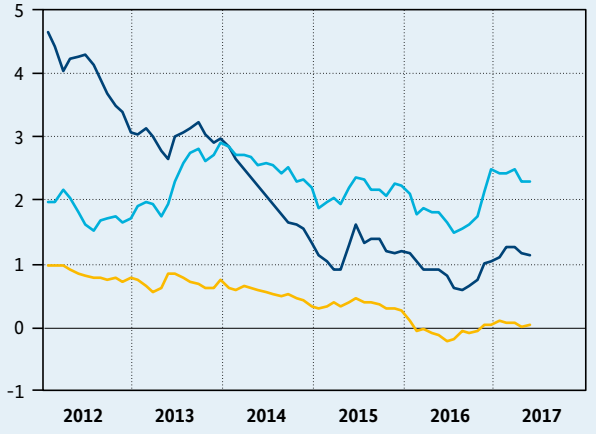
- USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)[1]
- Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)[2]
- Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)[3]

Industrieproduktion



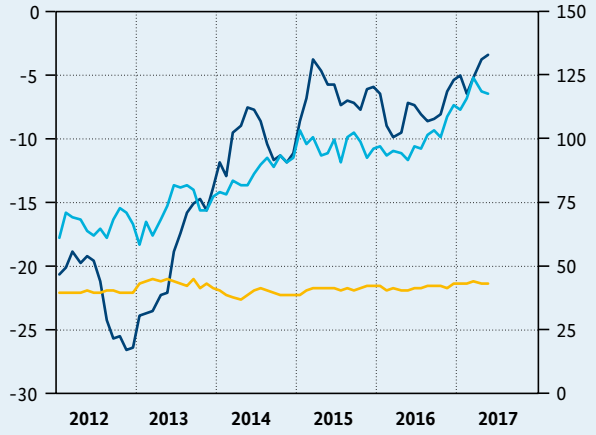
- Eurozone[6]
- USA[4]
- Japan[5]

Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen (in %)



- Eurozone
- USA
- Japan

Konsumklima



- Eurozone (linke Skala)[9]
- USA (rechte Skala)[7]
- Japan (rechte Skala)[8]

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

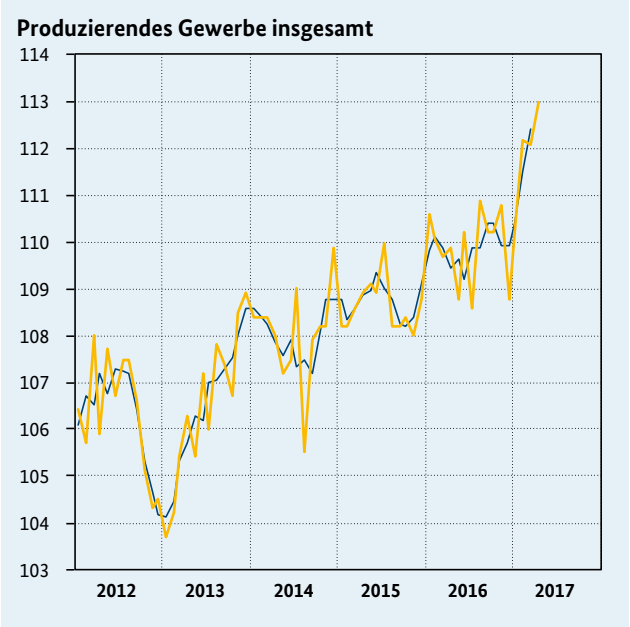
Bundesrepublik Deutschland

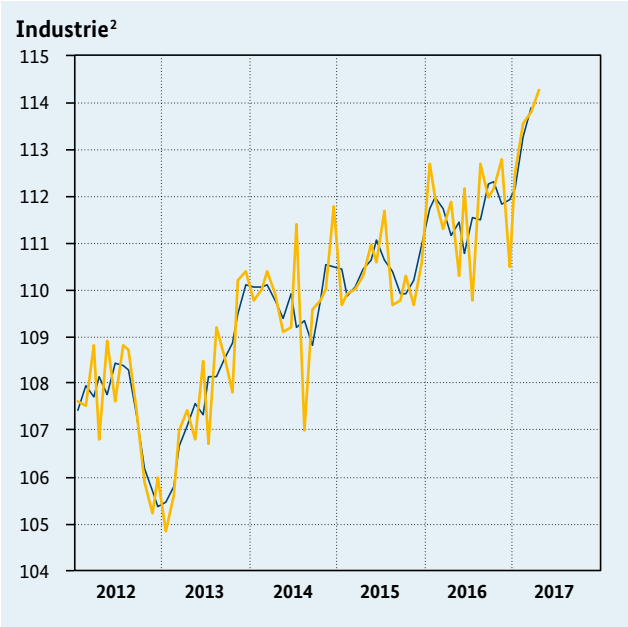
					2016			2017	2016		2017			
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Produktion [1]														
Produzierendes Gewerbe	Index	108,1	108,6	109,9	109,6	109,9	109,9	111,5	110,8	108,8	110,2	112,2	112,1	113,0
	gg. Vp. in %	1,5	0,5	1,2	-0,5	0,3	0,0	1,5	0,5	-1,8	1,3	1,8	-0,1	0,8
	gg. Vj. in %	1,6	0,5	1,1	0,6	0,8	1,4	1,3	2,5	0,0	-0,4	2,0	2,2	2,9
Industrie [2]	Index	109,8	110,3	111,7	111,5	111,5	111,8	113,3	112,8	110,5	112,5	113,6	113,8	114,3
	gg. Vp. in %	1,9	0,5	1,3	-0,4	0,0	0,3	1,3	0,5	-2,0	1,8	1,0	0,2	0,4
	gg. Vj. in %	1,9	0,5	1,3	0,8	0,9	1,4	1,3	2,8	-0,2	-0,1	1,5	2,3	2,2
Vorleistungsgüter	Index	106,3	106,2	107,3	106,9	107,0	107,7	108,9	108,2	107,5	108,6	108,9	109,3	110,4
	gg. Vp. in %	1,7	-0,1	1,0	-0,6	0,1	0,7	1,1	0,8	-0,6	1,0	0,3	0,4	1,0
	gg. Vj. in %	1,7	-0,1	1,1	0,5	0,8	1,5	1,4	2,1	0,4	1,2	0,6	2,4	3,0
Investitionsgüter	Index	116,6	117,6	119,3	119,1	119,1	119,2	121,0	120,6	116,7	120,0	121,5	121,5	121,9
	gg. Vp. in %	2,4	0,9	1,4	-0,7	0,0	0,1	1,5	0,2	-3,2	2,8	1,3	0,0	0,3
	gg. Vj. in %	2,3	0,9	1,4	1,1	0,9	1,2	1,0	3,6	-0,9	-1,0	1,8	2,2	1,6
Konsumgüter	Index	101,9	102,0	103,5	103,6	103,6	103,5	104,9	104,5	102,3	103,6	105,2	105,8	105,1
	gg. Vp. in %	1,4	0,1	1,5	0,3	0,0	-0,1	1,4	0,8	-2,1	1,3	1,5	0,6	-0,7
	gg. Vj. in %	1,4	0,1	1,5	0,8	1,2	2,1	1,6	2,4	0,4	-0,3	2,2	2,7	2,1
Baugewerbe	Index	109,5	107,1	109,6	109,2	109,8	108,4	113,2	108,7	108,0	105,9	116,4	117,4	117,3
	gg. Vp. in %	2,8	-2,2	2,3	-1,4	0,5	-1,3	4,4	0,2	-0,6	-1,9	9,9	0,9	-0,1
	gg. Vj. in %	2,9	-2,3	2,4	1,8	2,7	1,3	2,6	1,6	0,1	-5,0	5,2	5,7	7,2
Bauhauptgewerbe [3]	Index	121,9	121,1	125,9	125,0	127,1	125,2	131,1	125,2	125,0	116,7	136,5	140,2	137,8
	gg. Vp. in %	5,5	-0,7	4,0	-1,0	1,7	-1,5	4,7	-0,2	-0,2	-6,6	17,0	2,7	-1,7
	gg. Vj. in %	5,5	-0,7	4,0	2,9	4,6	3,3	4,7	3,6	1,6	-7,7	8,0	10,3	10,1
Ausbaugewerbe	Index	98,2	94,3	94,7	94,8	94,1	93,1	97,0	93,7	92,6	96,1	98,1	96,7	98,7
	gg. Vp. in %	0,0	-4,0	0,4	-2,2	-0,7	-1,1	4,2	0,8	-1,2	3,8	2,1	-1,4	2,1
	gg. Vj. in %	0,0	-3,9	0,4	0,6	0,3	-0,6	0,1	-0,6	-0,9	-1,7	2,0	-0,1	3,3
Energie [4]	Index	92,7	97,5	96,2	95,5	97,2	96,8	95,9	97,5	96,6	97,2	97,4	93,2	98,5
	gg. Vp. in %	-3,8	5,2	-1,3	0,3	1,8	-0,4	-0,9	1,1	-0,9	0,6	0,2	-4,3	5,7
	gg. Vj. in %	-3,8	5,2	-1,3	-2,5	-1,4	0,9	0,6	0,9	1,4	0,7	3,4	-2,2	4,3
Umsätze in der Industrie [1]														
Industrie insgesamt	Index	108,6	110,3	110,9	110,5	110,7	111,3	112,5	112,3	110,1	112,0	112,8	112,6	114,1
	gg. Vp. in %	2,7	1,6	0,5	-0,6	0,2	0,5	1,1	0,7	-2,0	1,7	0,7	-0,2	1,3
	gg. Vj. in %	2,6	1,5	0,6	0,0	0,3	0,6	1,2	2,9	-1,4	0,7	1,4	1,5	3,3
Inland	Index	104,5	105,0	105,1	104,7	104,4	105,1	105,9	105,6	104,7	105,4	106,9	105,5	107,0
	gg. Vp. in %	1,3	0,5	0,1	-1,2	-0,3	0,7	0,8	0,5	-0,9	0,7	1,4	-1,3	1,4
	gg. Vj. in %	1,3	0,5	0,0	-0,4	-0,7	-0,2	0,0	1,4	-0,8	-0,9	0,9	0,0	2,0
darunter:	Index	111,0	113,7	114,3	114,6	113,2	114,1	115,3	113,9	113,6	116,1	116,2	113,6	114,6
Investitionsgüter	gg. Vp. in %	3,2	2,4	0,5	-0,8	-1,2	0,8	1,1	-0,9	-0,3	2,2	0,1	-2,2	0,9
	gg. Vj. in %	3,1	2,4	0,5	0,6	-0,4	-0,6	-0,1	1,2	0,2	0,3	0,7	-1,0	-1,8
Ausland	Index	113,0	115,8	117,1	116,6	117,4	117,9	119,5	119,5	115,8	119,1	119,2	120,1	121,6
	gg. Vp. in %	4,1	2,5	1,1	-0,1	0,7	0,4	1,4	1,0	-3,1	2,8	0,1	0,8	1,2
	gg. Vj. in %	4,1	2,5	1,1	0,3	1,0	1,5	2,4	4,5	-1,9	2,5	1,8	3,1	4,4
darunter: Eurozone	Index	102,0	106,4	110,2	109,5	111,0	111,1	113,7	112,8	108,7	113,3	112,8	114,9	114,9
	gg. Vp. in %	5,0	4,3	3,6	0,4	1,4	0,1	2,3	0,8	-3,6	4,2	-0,4	1,9	0,0
	gg. Vj. in %	5,0	4,3	3,6	2,9	3,7	3,0	4,2	4,8	-1,7	4,1	2,7	5,5	4,9

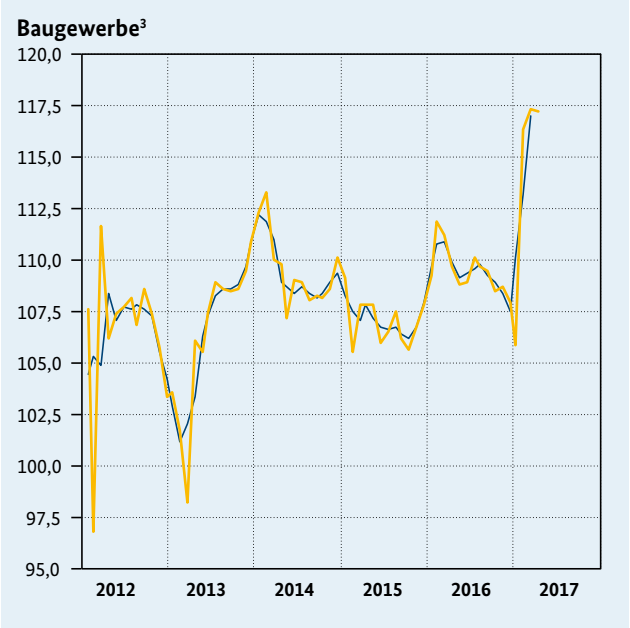
		2014			2015				2016				2017	
Kapazitäts- und Geräteauslastung [5]		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,0	83,9	84,1	84,4	84,4	84,3	84,4	85,0	84,5	84,8	85,7	86,0	86,0

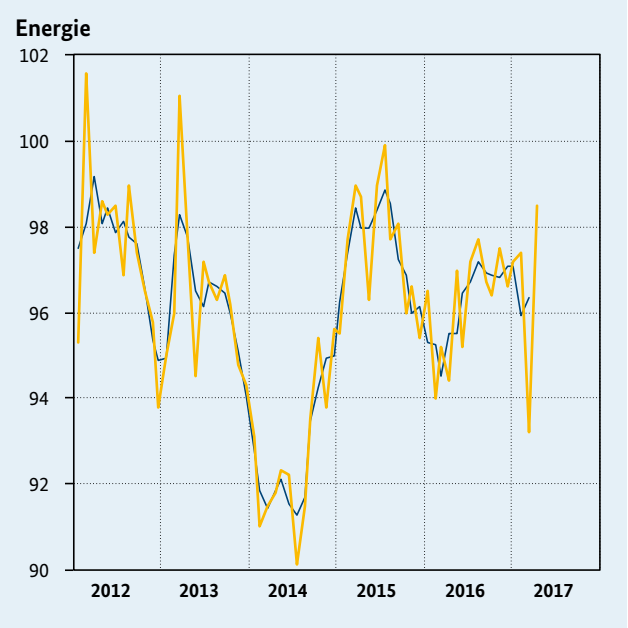
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.
1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion[1]









gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;
2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);
3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2016			2017	2016		2017			
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Auftragseingang [1]														
Industrie insgesamt	Index	109,1	110,2	111,7	110,3	110,3	115,0	113,8	112,0	118,8	110,8	114,7	116,0	113,6
	gg. Vp. in %	2,9	1,0	1,4	-0,8	0,0	4,3	-1,0	-1,9	6,1	-6,7	3,5	1,1	-2,1
	gg. Vj. in %	2,8	1,0	1,4	-1,4	0,7	4,9	2,5	1,5	8,9	0,0	4,7	2,5	3,5
Inland	Index	103,4	105,2	105,9	105,8	103,5	109,5	107,6	106,0	114,4	103,4	111,6	107,8	107,6
	gg. Vp. in %	1,6	1,7	0,7	0,9	-2,2	5,8	-1,7	-1,9	7,9	-9,6	7,9	-3,4	-0,2
	gg. Vj. in %	1,6	1,8	0,6	1,3	-1,6	3,8	2,5	-0,2	9,0	-1,1	6,2	2,5	0,9
Ausland	Index	113,7	114,2	116,4	113,8	115,8	119,5	118,9	116,9	122,3	116,8	117,3	122,7	118,5
	gg. Vp. in %	3,9	0,4	1,9	-2,1	1,8	3,2	-0,5	-1,9	4,6	-4,5	0,4	4,6	-3,4
	gg. Vj. in %	3,7	0,4	1,9	-3,4	2,5	5,8	2,4	2,9	8,8	0,9	3,6	2,5	5,5
Eurozone	Index	101,7	105,7	110,8	109,2	111,4	115,3	113,9	111,7	120,4	113,1	110,6	117,9	116,3
	gg. Vp. in %	2,8	3,9	4,8	1,8	2,0	3,5	-1,2	-1,8	7,8	-6,1	-2,2	6,6	-1,4
	gg. Vj. in %	2,6	3,8	4,9	1,6	2,5	9,5	6,0	3,4	21,8	3,2	4,0	10,7	6,8
Nicht-Eurozone	Index	122,1	120,1	120,3	117,1	119,0	122,4	122,4	120,6	123,7	119,3	121,9	126,1	120,0
	gg. Vp. in %	4,5	-1,6	0,2	-4,4	1,6	2,9	0,0	-2,0	2,6	-3,6	2,2	3,4	-4,8
	gg. Vj. in %	4,4	-1,6	0,1	-6,5	2,4	3,4	-0,1	2,7	1,6	-0,7	3,2	-2,3	4,5
Vorleistungsgüter	Index	102,1	101,5	102,8	102,8	101,9	104,9	106,4	104,7	105,6	102,0	110,5	106,8	106,9
	gg. Vp. in %	2,0	-0,6	1,3	1,3	-0,9	2,9	1,4	0,2	0,9	-3,4	8,3	-3,3	0,1
	gg. Vj. in %	2,0	-0,5	1,3	1,3	1,2	2,7	4,8	1,4	3,5	0,6	7,8	6,1	2,3
Inland	Index	99,8	99,0	98,9	99,6	97,5	100,5	102,9	100,0	100,6	97,0	109,4	102,4	102,0
	gg. Vp. in %	0,5	-0,8	-0,1	1,6	-2,1	3,1	2,4	-0,9	0,6	-3,6	12,8	-6,4	-0,4
	gg. Vj. in %	0,5	-0,7	-0,2	0,8	-1,0	1,3	4,8	-1,2	2,2	-0,8	11,2	4,5	-1,0
Ausland	Index	104,7	104,4	107,4	106,5	107,1	110,2	110,5	110,3	111,4	107,8	111,7	111,9	112,6
	gg. Vp. in %	3,7	-0,3	2,9	0,9	0,6	2,9	0,3	1,4	1,0	-3,2	3,6	0,2	0,6
	gg. Vj. in %	3,8	-0,3	2,8	2,0	3,9	4,4	4,8	4,5	4,9	1,9	4,3	7,8	5,9
Investitionsgüter	Index	114,3	116,4	118,2	115,5	116,4	122,6	119,2	117,1	129,2	117,2	118,1	122,3	117,9
	gg. Vp. in %	3,3	1,8	1,5	-2,2	0,8	5,3	-2,8	-3,6	10,3	-9,3	0,8	3,6	-3,6
	gg. Vj. in %	3,3	1,8	1,5	-3,2	0,3	7,0	1,0	1,6	13,1	0,4	2,8	-0,2	3,9
Inland	Index	107,7	112,1	114,1	112,8	110,6	120,0	113,7	113,0	130,4	110,7	115,8	114,5	114,6
	gg. Vp. in %	2,7	4,1	1,8	-0,1	-2,0	8,5	-5,3	-3,1	15,4	-15,1	4,6	-1,1	0,1
	gg. Vj. in %	2,8	4,1	1,6	2,2	-1,6	6,8	0,8	1,0	15,6	-1,6	2,7	1,1	3,0
Ausland	Index	118,4	119,0	120,7	117,2	120,0	124,3	122,6	119,7	128,5	121,2	119,5	127,1	119,9
	gg. Vp. in %	3,9	0,5	1,4	-3,4	2,4	3,6	-1,4	-3,9	7,4	-5,7	-1,4	6,4	-5,7
	gg. Vj. in %	3,7	0,5	1,5	-6,1	1,4	7,2	1,1	2,0	11,8	1,6	3,0	-0,9	4,5
Konsumgüter	Index	107,3	109,7	110,3	110,3	109,1	110,9	113,2	112,0	110,9	109,4	111,9	118,2	117,3
	gg. Vp. in %	3,7	2,2	0,5	-0,5	-1,1	1,6	2,1	1,9	-1,0	-1,4	2,3	5,6	-0,8
	gg. Vj. in %	3,6	2,2	0,6	-0,3	1,2	-0,8	2,1	2,4	-2,5	-4,7	3,3	7,7	6,8
Inland	Index	99,3	101,4	99,1	100,9	97,1	99,7	99,3	99,4	101,2	98,6	99,3	100,0	99,5
	gg. Vp. in %	1,5	2,1	-2,3	2,4	-3,8	2,7	-0,4	0,8	1,8	-2,6	0,7	0,7	-0,5
	gg. Vj. in %	1,5	2,1	-2,3	-0,3	-4,6	-1,1	0,6	-1,1	-0,3	-0,6	1,4	1,1	-0,4
Ausland	Index	114,0	116,8	119,9	118,3	119,3	120,5	125,0	122,8	119,2	118,6	122,6	133,8	132,5
	gg. Vp. in %	5,2	2,5	2,7	-2,5	0,8	1,0	3,7	2,7	-2,9	-0,5	3,4	9,1	-1,0
	gg. Vj. in %	5,3	2,4	2,7	-0,2	5,7	-0,5	3,1	5,2	-4,1	-7,4	4,9	12,4	11,9
Industrie ohne Großaufträge [2]	Index	108,5	109,9	111,1	109,7	110,2	114,0	113,7	113,3	114,7	111,8	114,3	115,1	115,1
	gg. Vp. in %	3,3	1,3	1,1	-0,7	0,5	3,4	-0,3	-0,7	1,2	-2,5	2,2	0,7	0,0
	gg. Vj. in %	3,2	1,4	1,1	-1,6	1,0	3,9	3,1	3,4	4,1	1,3	3,3	4,4	5,6

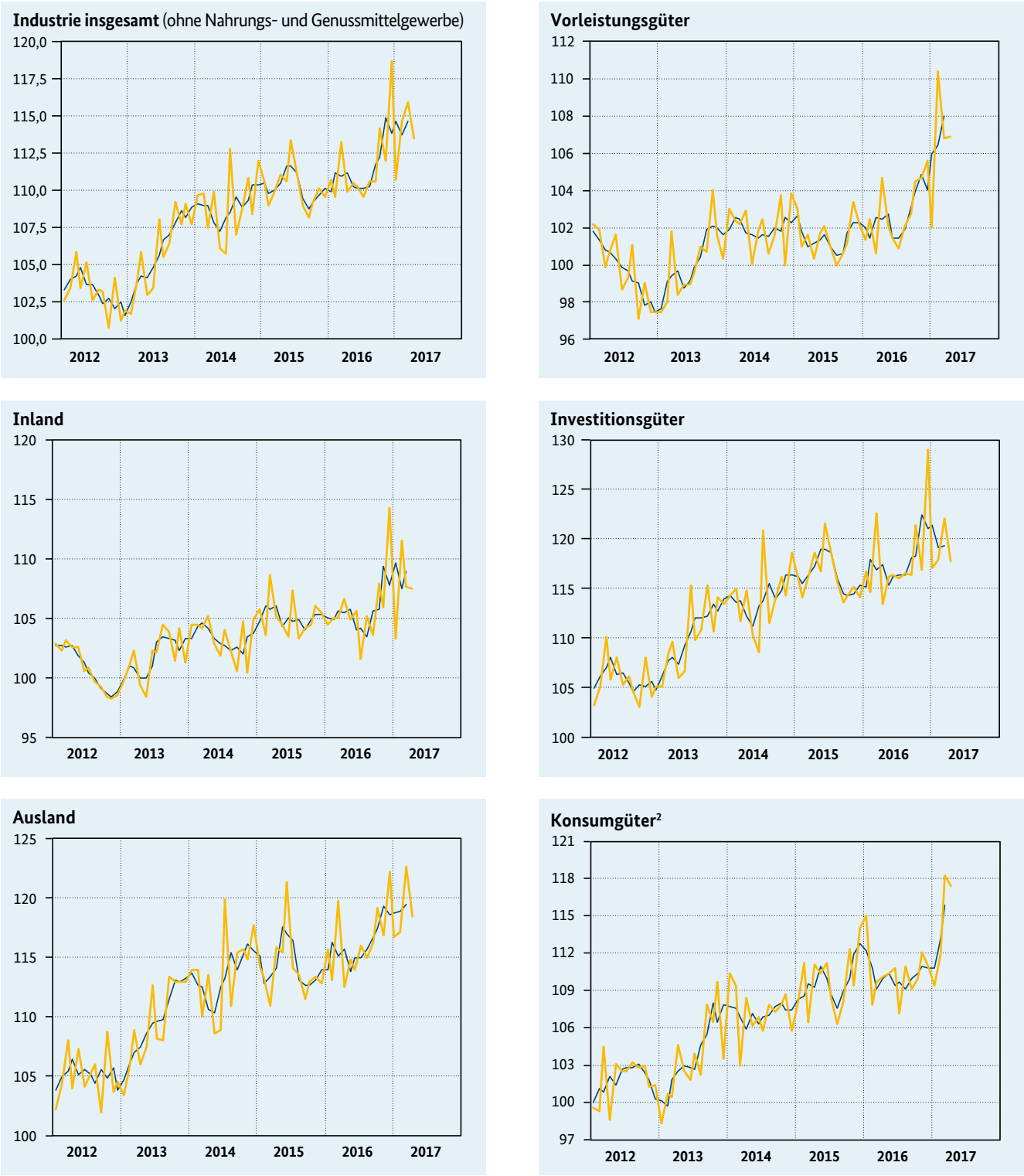
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie[1]

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X–12–ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

					2016			2017	2016			2017		
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Auftragseingang [1]														
Bauhauptgewerbe	Index	109,2	113,6	128,3	128,5	123,1	132,8	134,0	133,2	132,4	132,9	132,5	135,1	134,4
	gg. Vp. in %	-1,9	4,0	12,9	-0,3	-4,2	7,9	0,9	8,1	-0,6	0,4	-0,3	2,0	-0,5
	gg. Vj. in %	-1,9	3,8	13,1	17,7	10,1	10,1	4,6	21,5	4,8	4,3	2,7	4,8	5,6
Hochbau	Index	117,4	121,8	137,6	141,2	134,7	139,9	145,4	139,3	139,0	141,4	140,9	148,3	147,1
	gg. Vp. in %	-0,5	3,7	13,0	4,9	-4,6	3,9	3,9	4,0	-0,2	1,7	-0,4	5,3	-0,8
	gg. Vj. in %	-0,8	3,8	13,3	21,1	10,6	9,3	8,7	20,4	-0,3	8,8	4,0	11,4	10,0
Wohnungsbau	Index	135,0	149,9	172,3	171,5	170,3	174,5	180,7	172,0	187,3	164,3	178,1	181,1	182,9
	gg. Vp. in %	3,1	11,0	14,9	-0,7	-0,7	2,5	3,6	-4,7	8,9	-12,3	8,4	1,7	1,0
	gg. Vj. in %	2,6	11,4	14,9	20,2	8,9	13,8	5,1	20,4	21,7	0,6	2,5	8,6	4,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	Index	108,7	107,9	120,4	126,2	117,0	122,8	128,0	123,1	115,1	130,1	122,5	132,1	129,3
	gg. Vp. in %	-2,6	-0,7	11,6	9,1	-7,3	5,0	4,2	11,1	-6,5	13,0	-5,8	7,8	-2,1
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,8	12,1	21,7	11,9	6,5	11,4	20,4	-13,1	14,5	5,1	13,4	14,5
Tiefbau	Index	101,1	105,5	119,1	115,9	111,5	125,8	122,6	127,2	125,8	124,5	124,2	121,9	121,7
	gg. Vp. in %	-3,3	4,4	12,9	-5,9	-3,8	12,8	-2,5	13,1	-1,1	-1,0	-0,2	-1,9	-0,2
	gg. Vj. in %	-3,0	3,7	12,8	14,1	9,5	11,1	0,2	22,9	11,9	-1,1	1,3	-2,2	1,0
Straßenbau	Index	98,8	100,9	120,1	113,9	113,4	126,5	130,3	120,4	135,1	123,9	135,3	128,3	127,2
	gg. Vp. in %	-4,4	2,1	19,0	-10,0	-0,4	11,6	3,0	5,8	12,2	-8,3	9,2	-5,2	-0,9
	gg. Vj. in %	-3,5	1,4	17,5	14,7	10,3	27,2	5,4	27,1	47,3	9,3	2,9	-2,7	13,0
Tiefbau ohne Straßenbau	Index	102,5	108,3	118,5	117,0	110,3	125,4	118,0	131,3	120,2	124,8	117,4	118,1	118,4
	gg. Vp. in %	-2,7	5,7	9,4	-3,5	-5,7	13,7	-5,9	17,5	-8,5	3,8	-5,9	0,6	0,3
	gg. Vj. in %	-2,7	5,0	10,1	13,7	9,0	4,3	-2,8	20,7	-1,4	-5,1	0,6	-1,9	-5,4
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	112,9	112,7	123,8	128,7	118,7	128,7	130,5	129,1	122,1	135,0	130,6	131,8	129,1
	gg. Vp. in %	-1,1	-0,2	9,8	8,0	-7,8	8,4	1,4	13,7	-5,4	10,6	-3,3	0,9	-2,0
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,3	10,4	18,1	8,6	7,3	9,4	18,5	-13,0	20,6	9,6	12,8	6,6
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	95,3	100,1	115,3	111,1	108,6	120,4	118,8	121,9	121,0	118,2	116,1	120,1	120,2
	gg. Vp. in %	-5,1	5,0	15,2	-8,4	-2,3	10,9	-1,3	10,6	-0,7	-2,3	-1,8	3,4	0,1
	gg. Vj. in %	-4,7	4,1	15,0	16,0	12,5	11,5	-0,7	26,3	24,0	-10,3	-5,5	-4,8	5,1
Baugenehmigungen (Neubau) [2]														
Hochbau (veranschlagte Kosten)	Mio. €	78378	83667	98125	25466	24933	25625	21462	8094	8269	9262	6513	7077	7872
	gg. Vj. in %	2,5	6,7	17,3	24,4	11,6	12,0	-2,9	4,1	21,5	11,7	2,8	-6,0	-4,4
Wohngebäude	Mio. €	46466	51206	58976	15393	14854	15093	13177	4839	4825	5429	4021	4206	4950
	gg. Vj. in %	6,4	10,2	15,2	21,5	7,4	7,8	-3,4	-1,7	14,8	11,4	-3,9	-6,2	-0,3
Nichtwohngebäude	Mio. €	31913	32461	39149	10073	10080	10532	8286	3255	3444	3833	2492	2871	2922
	gg. Vj. in %	-2,7	1,7	20,6	29,1	18,3	18,7	-2,1	14,0	32,3	12,2	15,8	-5,7	-10,5
gewerbliche Auftraggeber	Mio. €	24145	24355	29235	7558	7368	7988	6194	2499	2679	2810	1924	2077	2193
	gg. Vj. in %	2,2	0,9	20,0	25,0	13,3	18,9	-2,0	16,2	31,9	10,9	23,3	-12,6	-8,0
öffentliche Auftraggeber	Mio. €	7768	8106	9915	2515	2712	2544	2092	757	765	1022	568	795	729
	gg. Vj. in %	-15,4	4,3	22,3	43,3	34,6	17,9	-2,4	7,5	34,0	15,9	-4,0	18,6	-17,3
Wohngebäude (Rauminhalt) [3]	Mio. m³	141	150	168	44,3	41,8	42,7	36,9	13,6	13,6	15,4	11,3	11,6	14,0
	gg. Vj. in %	2,8	6,7	12,2	17,7	3,0	6,4	-7,0	4,0	8,3	6,9	-8,3	-10,6	-2,5
	gg. Vp. in %	3,1	6,0	12,4	-5,9	-3,9	9,1	-8,8	2,6	4,1	-0,1	-11,1	2,6	-1,2

					2016			2017	2016	2017				
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
ifo Konjunkturtest [4]														
Kapazitäts- und Geräteauslastung	Salden	74,3	74,0	76,2	77,2	81,9	81,1	65,4	79,8	69,7	60,1	66,5	77,3	80,1
witterungsbedingte Baubehinderungen	Salden	8,6	13,8	15,0	14,0	5,0	6,0	47,3	12,0	29,0	62,0	51,0	23,0	13,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

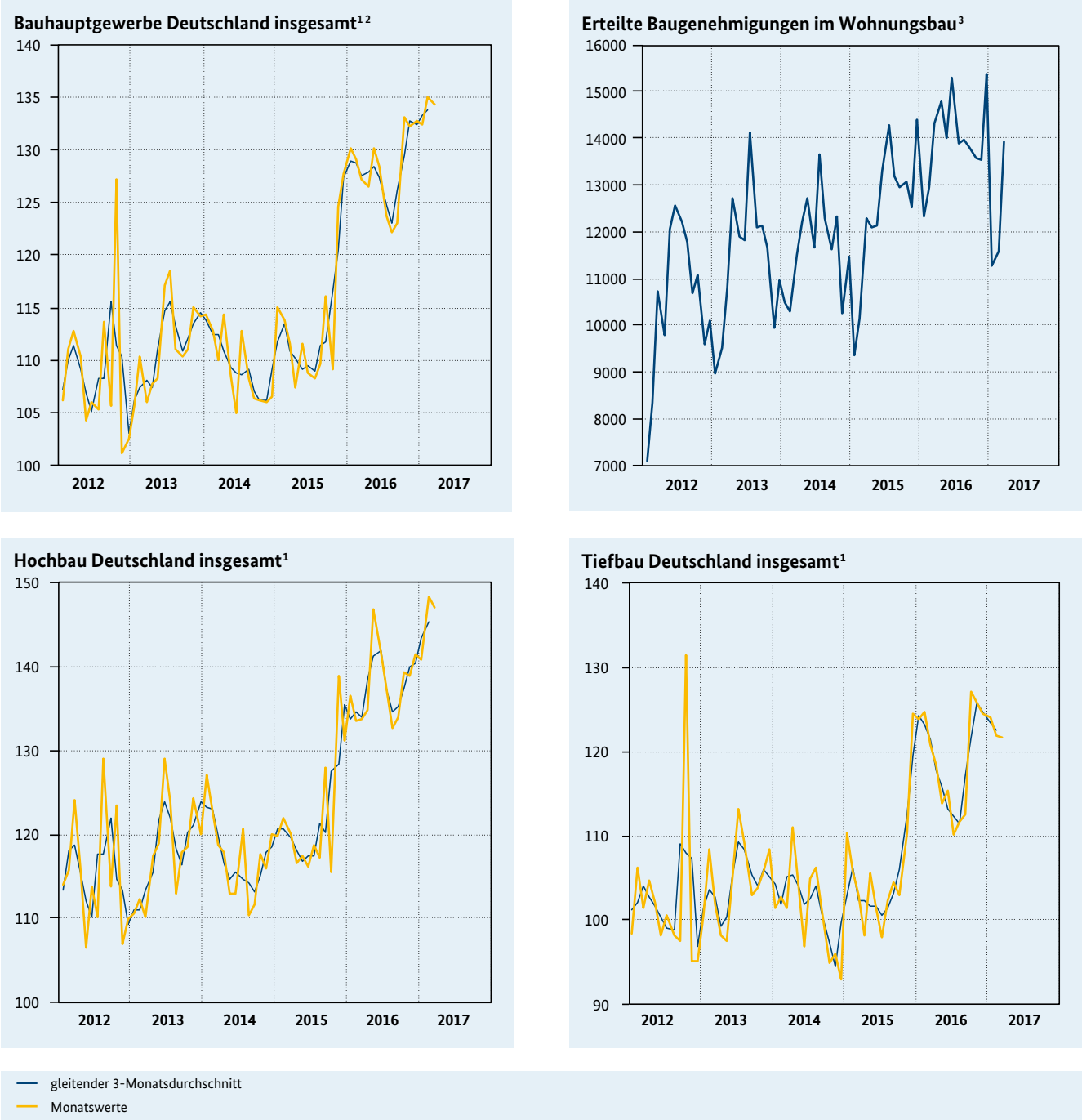
2 Ursprungszahlen;

3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;

4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2016		2017		2017					
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
ifo Konjunkturtest [1]														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	9,1	9,2	9,6	9,5	14,2	15,0	-	12,7	15,0	17,2	18,7	21,7	-
Geschäftslage	Salden	13,4	15,5	17,5	17,5	20,6	25,1	-	22,7	25,5	27,1	30,8	34,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	3,2	2,1	1,9	8,0	5,3	-	3,2	5,0	7,7	7,3	9,9	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	12,9	11,5	10,1	10,5	15,7	17,1	-	14,0	16,7	20,6	21,0	26,0	-
Geschäftslage	Salden	18,9	19,0	18,7	18,9	22,2	28,2	-	24,5	29,3	30,8	33,6	39,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	7,1	4,2	1,8	2,4	9,4	6,6	-	4,0	4,9	10,8	9,1	13,0	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	13,5	12,4	11,0	12,1	17,6	18,6	-	16,5	18,9	20,3	24,8	23,8	-
Geschäftslage	Salden	20,2	18,1	19,2	18,6	24,0	30,9	-	25,6	33,0	34,0	39,1	37,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	7,0	6,8	3,2	5,8	11,3	6,9	-	7,7	5,6	7,5	11,4	11,0	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	15,1	10,6	8,8	8,2	14,8	17,7	-	14,3	16,2	22,6	17,3	30,1	-
Geschäftslage	Salden	20,4	18,6	18,3	18,1	21,9	28,5	-	25,5	28,9	31,0	30,3	44,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	9,9	2,9	-0,3	-1,2	7,9	7,5	-	3,6	4,3	14,5	5,1	16,5	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	7,6	9,7	9,6	9,6	12,8	12,1	-	7,4	11,8	17,0	17,8	17,2	-
Geschäftslage	Salden	14,4	19,4	17,6	17,3	18,9	21,6	-	17,6	22,5	24,7	28,5	25,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,1	0,4	2,0	2,2	6,7	3,0	-	-2,2	1,5	9,6	7,5	9,0	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-3,1	-2,9	5,4	6,8	11,2	9,3	-	10,5	7,8	9,5	11,5	12,8	-
Geschäftslage	Salden	-3,3	-4,3	9,4	11,4	14,5	17,1	-	17,6	15,7	17,9	22,1	24,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,9	-1,4	1,5	2,3	8,0	1,7	-	3,6	0,2	1,4	1,4	1,5	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	22,6	28,6	29,8	30,8	33,6	27,9	-	29,5	27,6	26,6	25,9	26,0	-
Geschäftslage	Salden	32,5	38,9	40,8	40,3	44,0	41,6	-	40,3	40,5	43,9	43,0	39,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	13,3	18,8	19,2	21,8	23,5	15,1	-	19,2	15,4	10,6	10,1	12,9	-
ZEW-Konjunkturerwartungen [2]														
konjunkturelle Lage	Salden	40,0	57,0	55,2	54,2	60,6	77,0	84,0	77,3	76,4	77,3	80,1	83,9	88,0
Konjunkturerwartungen	Salden	29,6	31,5	6,7	-1,9	11,3	13,3	19,6	16,6	10,4	12,8	19,5	20,6	18,6

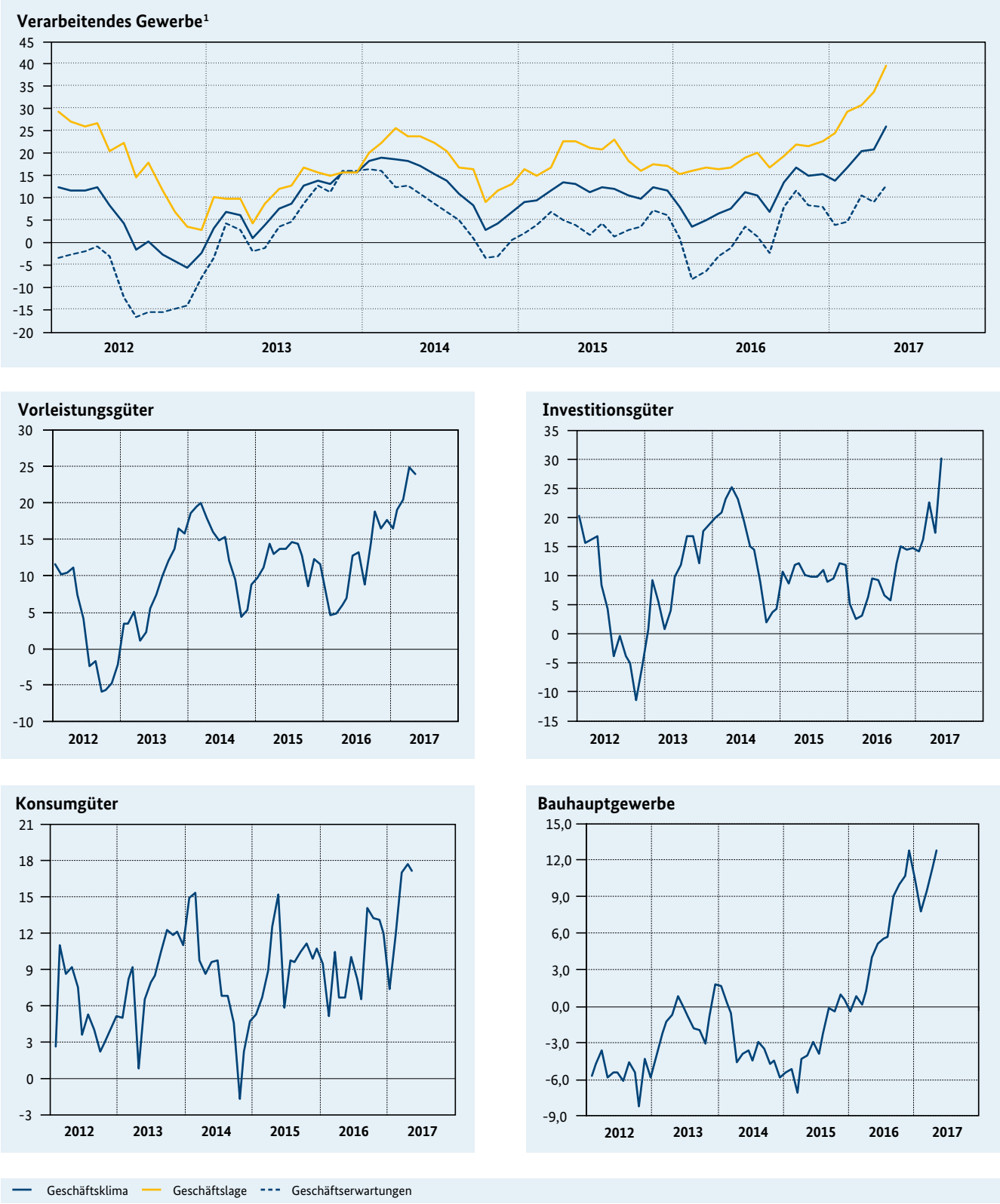
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas[1]

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

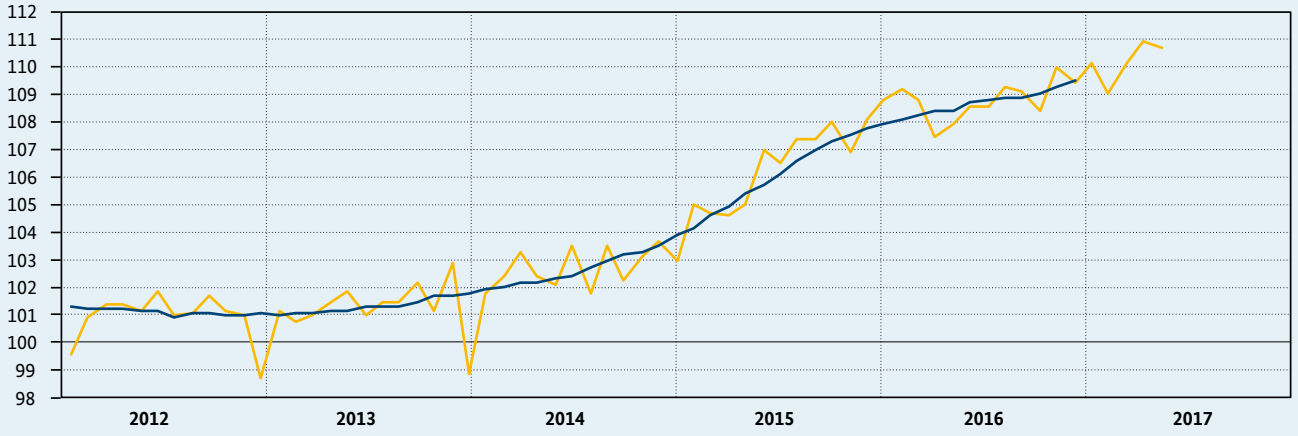
					2014	2015				2016				2017
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [1]														
Private Konsumausgaben [1]	Index	104,4	106,5	108,7	105,4	105,8	106,3	106,8	107,2	108,0	108,3	108,9	109,0	109,4
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,9	2,0	2,1	0,8	0,4	0,4	0,6	0,4	0,7	0,4	0,5	0,2	0,3
	gg. Vj. in %	0,9	2,0	2,1	1,4	2,1	1,7	2,2	2,1	2,1	2,9	1,9	1,6	1,6
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1710	1763	1814	433	435	440	443	446	447	451	454	459	462
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,3	3,1	2,9	1,0	0,5	1,0	0,7	0,7	0,3	0,9	0,7	1,2	0,7
	gg. Vj. in %	2,3	3,1	2,9	2,6	3,1	3,0	3,2	3,2	2,7	3,5	2,5	2,9	3,7

					2016		2017		2017					
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Einzelhandelsumsätze [1]														
Einzelhandel	Index	102,7	106,6	108,9	108,9	109,8	110,0	-	109,0	110,1	110,9	110,7	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. in %	1,4	3,8	2,2	0,5	0,8	0,2	-	-1,0	1,0	0,7	-0,2	-	-
	gg. Vj. in %	1,4	3,9	2,1	1,1	1,8	1,5	-	-0,1	1,2	3,2	2,6	-	-
Lebensmittel, Getränke,	Index	102,5	104,9	106,3	106,9	106,4	106,1	-	105,1	106,7	106,6	109,0	-	-
Tabakwaren	gg. Vp. in %	1,2	2,3	1,3	1,1	-0,5	-0,3	-	-1,5	1,5	-0,1	2,3	-	-
	gg. Vj. in %	1,4	2,3	1,2	1,2	1,3	0,2	-	-1,9	0,4	1,9	3,9	-	-
Textilien, Bekleidung,	Index	99,8	99,1	98,1	95,6	100,0	97,0	-	94,0	97,8	99,2	93,9	-	-
Schuhe, Lederwaren	gg. Vp. in %	1,0	-0,7	-1,0	-3,9	4,6	-3,0	-	-3,9	4,0	1,4	-5,3	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	-0,5	-0,9	-3,4	1,9	0,1	-	-6,6	-0,4	7,3	-6,9	-	-
Geräte der Informations-	Index	121,8	126,7	126,8	125,5	131,8	142,5	-	143,3	140,1	144,2	145,1	-	-
und Kommunikationstechnik	gg. Vp. in %	3,6	4,0	0,1	0,4	5,0	8,1	-	6,4	-2,2	2,9	0,6	-	-
	gg. Vj. in %	3,9	3,9	0,3	-2,7	3,3	14,6	-	17,7	10,8	14,9	18,1	-	-
Möbel, Raumausstattung,	Index	98,9	100,8	101,4	101,2	101,4	101,5	-	100,2	101,1	103,3	102,0	-	-
Haushaltsgeräte, Baubedarf	gg. Vp. in %	-0,8	1,9	0,6	0,0	0,2	0,1	-	-2,6	0,9	2,2	-1,3	-	-
	gg. Vj. in %	-0,7	1,9	0,6	0,8	0,1	-0,1	-	-2,6	-1,3	3,0	0,6	-	-
Handel mit Kfz einschl.	Index	104,6	111,4	117,6	118,2	118,8	121,2	-	119,0	122,6	122,1	-	-	-
Instandhaltung und Reparatur	gg. Vp. in %	2,4	6,5	5,6	1,8	0,5	2,0	-	0,8	3,0	-0,4	-	-	-
	gg. Vj. in %	2,3	6,7	5,4	5,5	4,9	4,0	-	1,2	4,4	6,0	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe [1]														
Insgesamt	Index	101,7	102,3	102,7	103,6	102,0	103,4	-	102,7	102,8	104,6	-	-	-
	gg. Vp. in %	0,9	0,6	0,4	0,8	-1,5	1,4	-	1,0	0,1	1,8	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	0,7	0,6	1,1	-0,8	0,1	-	-0,6	-2,4	3,1	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen [2]														
Insgesamt	in Tsd.	3037	3206	3352	822	796	845	-	241	244	360	291	324	-
	gg. Vj. in %	2,9	5,6	4,5	4,2	-0,3	6,7	-	10,5	-2,6	11,4	-8,0	12,9	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1099	1098	1173	295	275	282	-	76	80	127	101	117	-
	gg. Vj. in %	-1,9	-0,1	6,8	11,0	3,6	9,0	-	13,5	-0,9	13,3	-8,1	8,5	-
Verbraucherpreise [3]														
Insgesamt	Index	106,6	106,9	107,4	107,6	108,2	108,6	-	108,1	108,8	109,0	109,0	108,8	-
	gg. Vj. in %	0,9	0,2	0,5	0,5	1,1	1,9	-	1,9	2,2	1,6	2,0	1,5	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	1,0	0,8	0,8	0,8	1,2	3,3	-	3,2	4,4	2,3	1,8	2,4	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,5	1,2	1,2	1,2	1,4	1,6	-	1,6	1,6	1,6	1,7	1,8	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-0,9	-5,5	-4,5	-4,2	-1,5	2,7	-	2,8	3,3	2,0	2,4	0,8	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,8	-2,6	-1,3	-1,6	1,5	5,1	-	4,7	5,7	4,7	4,5	2,7	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel [4]	Salden	2,9	7,0	8,1	7,1	9,0	5,7	-	6,0	4,6	6,5	13,4	11,3	-
Geschäftslage	Salden	8,9	15,7	17,9	18,1	19,9	15,5	-	17,4	12,1	17,0	22,3	20,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,9	-1,3	-1,3	-3,3	-1,4	-3,7	-	-4,8	-2,8	-3,4	4,9	2,3	-
GfK – Konsumklima [5]	Punkte	8,5	9,7	9,8	10,1	9,8	10,0	10,1	9,9	10,2	10,0	9,8	10,2	10,4
Anschaffungsneigung	Punkte	48,7	54,7	52,7	55,6	52,0	52,1	-	51,2	51,7	53,5	54,8	56,1	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.
1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;
2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

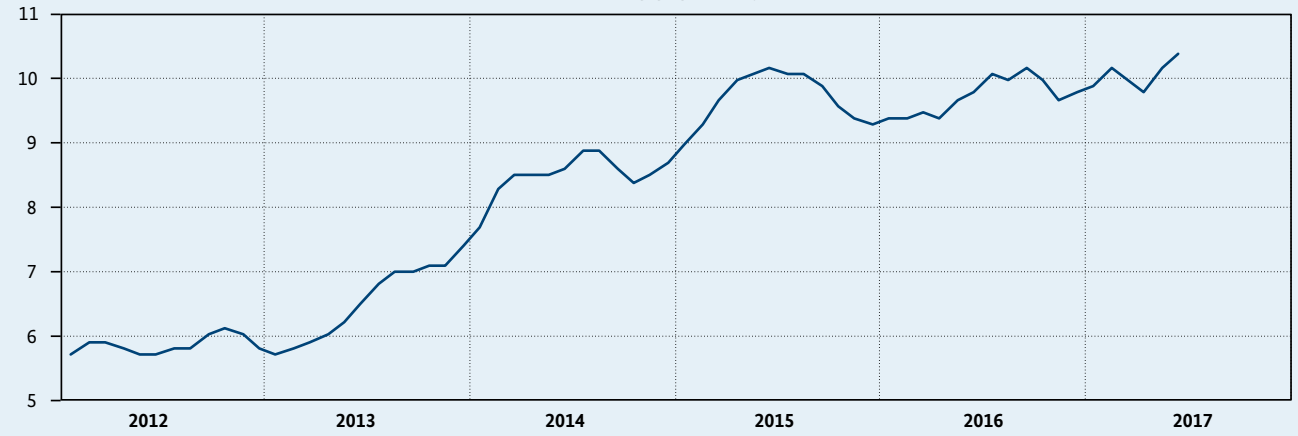
Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)[1]



gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)[2]

GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)[3]



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

					2016			2017	2016		2017			
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)[1]														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	221	261	259	69	62	60	64	21,2	18,1	19,5	22,1	22,9	15,9
	gg. Vp. in %	15,4	18,1	-0,9	2,5	-10,7	-2,1	6,7	0,8	-14,5	7,5	13,1	3,9	-30,7
Warenhandel	in Mrd. €	230	259	268	72	67	63	67	22,2	18,4	20,8	24,1	21,9	22,1
	gg. Vp. in %	7,2	12,6	3,6	7,1	-7,1	-6,1	6,5	0,0	-17,1	13,1	16,1	-9,4	1,3
Ausfuhr	in Mrd. €	1120	1176	1190	298	297	302	313	102,9	99,2	103,6	104,7	104,6	104,4
	gg. Vp. in %	3,2	5,0	1,1	1,4	-0,3	1,8	3,6	3,0	-3,6	4,4	1,1	-0,1	-0,1
Einfuhr	in Mrd. €	889	917	921	226	230	239	246	80,8	80,8	82,8	80,6	82,7	82,3
	gg. Vp. in %	2,2	3,1	0,5	-0,2	1,8	4,1	2,8	3,9	0,1	2,5	-2,7	2,7	-0,5
Dienstleistungen	in Mrd. €	-25	-19	-22	-6	-6	-6	-5	-1,7	-2,2	-1,6	-1,4	-2,1	-2,8
	gg. Vp. in %	-38,1	-26,2	16,6	21,1	-3,8	5,4	-13,2	-11,9	28,8	-26,0	-16,0	52,2	35,7
Einnahmen	in Mrd. €	224	245	254	63	63	64	65	21,9	20,9	21,3	21,8	21,6	21,7
	gg. Vp. in %	9,1	9,2	3,5	-0,3	0,9	1,3	0,5	1,6	-4,7	2,0	2,5	-1,1	0,5
Ausgaben	in Mrd. €	250	264	276	69	69	70	70	23,6	23,1	22,9	23,2	23,6	24,5
	gg. Vp. in %	1,3	5,6	4,4	1,2	0,5	1,7	-0,6	0,5	-2,3	-0,7	1,2	2,1	3,6
Primäreinkommen	in Mrd. €	56	60	52	12	12	14	13	4,8	4,9	6,2	1,8	5,3	5,8
	gg. Vp. in %	-5,8	5,3	-11,8	-20,6	7,8	11,6	-4,0	11,7	1,9	27,8	-70,4	188,0	8,7
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-40	-39	-40	-9	-12	-10	-11	-4,0	-2,9	-5,9	-2,6	-2,2	-9,2
	gg. Vp. in %	-4,3	-3,1	3,5	-9,8	39,7	-13,4	2,2	16,9	-27,9	102,4	-56,6	-14,9	324,4
Außenhandel nach Ländern[2]														
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1124	1194	1207	307	298	307	319	108,0	97,4	98,8	102,4	118,2	101,0
	gg. Vj. in %	3,3	6,2	1,1	2,2	-0,6	2,2	8,5	5,2	6,3	11,6	3,2	10,8	-2,9
EU-Länder	in Mrd. €	649	693	708	181	173	177	188	63,3	54,1	58,7	61,3	68,0	60,9
	gg. Vj. in %	4,8	6,8	2,2	3,8	1,0	1,4	6,5	4,3	5,3	7,9	3,0	8,7	-0,5
Eurozone[1]	in Mrd. €	411	434	442	113	107	112	118	39,7	34,4	37,0	38,2	42,4	38,3
	gg. Vj. in %	2,0	5,6	1,8	2,5	1,1	2,4	7,0	5,1	6,7	8,2	3,6	9,2	-0,2
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	238	259	266	68	66	66	70	23,6	19,7	21,7	23,1	25,6	22,6
	gg. Vj. in %	10,1	8,9	2,8	6,0	0,9	-0,1	5,7	3,0	2,8	7,4	2,2	7,8	-1,0
Drittländer	in Mrd. €	475	501	499	126	125	130	131	44,7	43,3	40,0	41,1	50,3	40,2
	gg. Vj. in %	1,2	5,4	-0,4	0,0	-2,7	3,3	11,4	6,3	7,6	17,6	3,4	13,8	-6,3
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	910	949	955	237	235	247	259	85,9	78,8	84,0	82,4	92,9	83,0
	gg. Vj. in %	2,2	4,3	0,6	0,1	-1,2	3,1	10,1	4,5	7,6	11,7	3,7	14,8	5,4
EU-Länder	in Mrd. €	595	622	633	159	155	163	170	56,9	51,7	53,8	54,7	61,2	55,0
	gg. Vj. in %	3,4	4,5	1,8	1,9	-0,3	3,2	9,0	4,7	7,7	10,9	2,5	13,7	3,9
Eurozone	in Mrd. €	411	426	429	108	105	110	115	37,9	35,3	36,4	37,0	41,3	37,1
	gg. Vj. in %	2,3	3,7	0,7	0,6	-1,3	2,2	8,1	2,9	7,2	9,3	2,4	12,6	4,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	184	196	204	51	50	53	55	19,0	16,4	17,4	17,7	19,9	17,9
	gg. Vj. in %	6,0	6,2	4,2	4,8	2,1	5,3	10,9	8,5	8,8	14,6	2,8	15,9	3,5
Drittländer	in Mrd. €	315	328	322	78	80	84	90	29,0	27,1	30,3	27,7	31,7	27,9
	gg. Vj. in %	0,0	3,9	-1,6	-3,5	-2,9	2,7	12,1	4,1	7,4	12,9	6,1	17,0	8,6

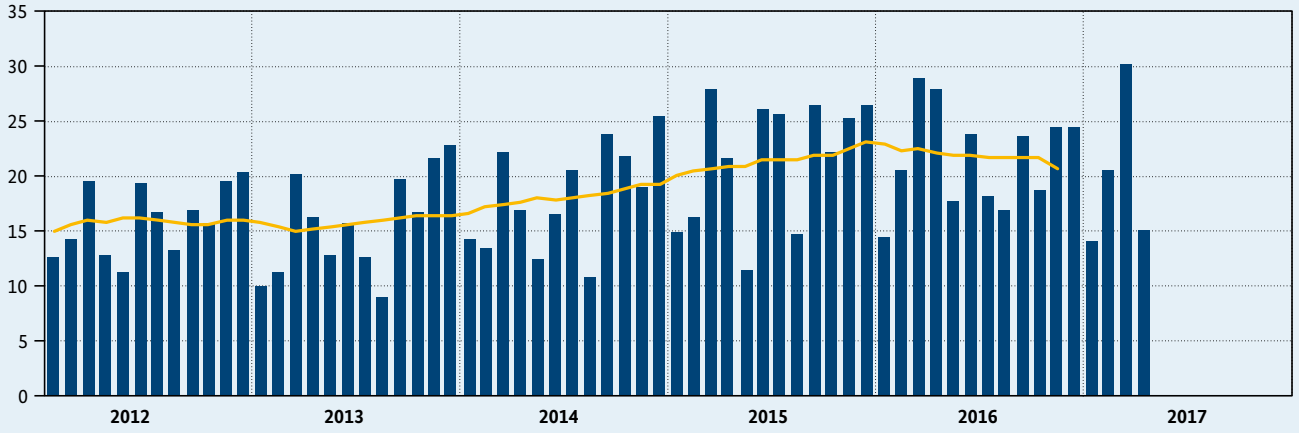
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

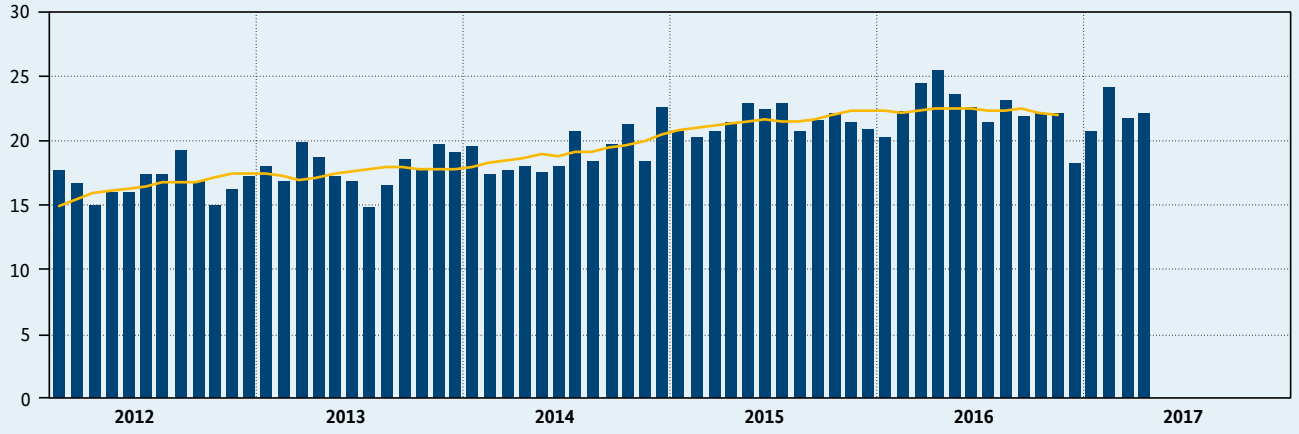
4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Saldo der Leistungsbilanz in Mrd. Euro[1]

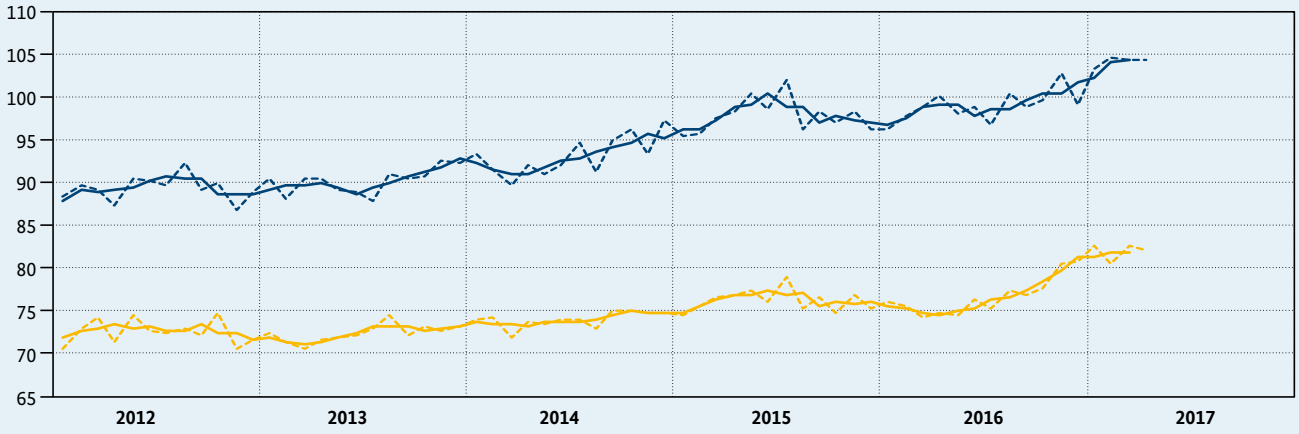


Monatssaldo — gleitender 12-Monatsdurchschnitt

Saldo des Warenhandels in Mrd. Euro



Ausfuhr/Einfuhr in Mrd. Euro



Einfuhr, gleitender 3-Monatsdurchschnitt — Einfuhr, Monatswerte
Ausfuhr, gleitender 3-Monatsdurchschnitt — Ausfuhr, Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.
1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

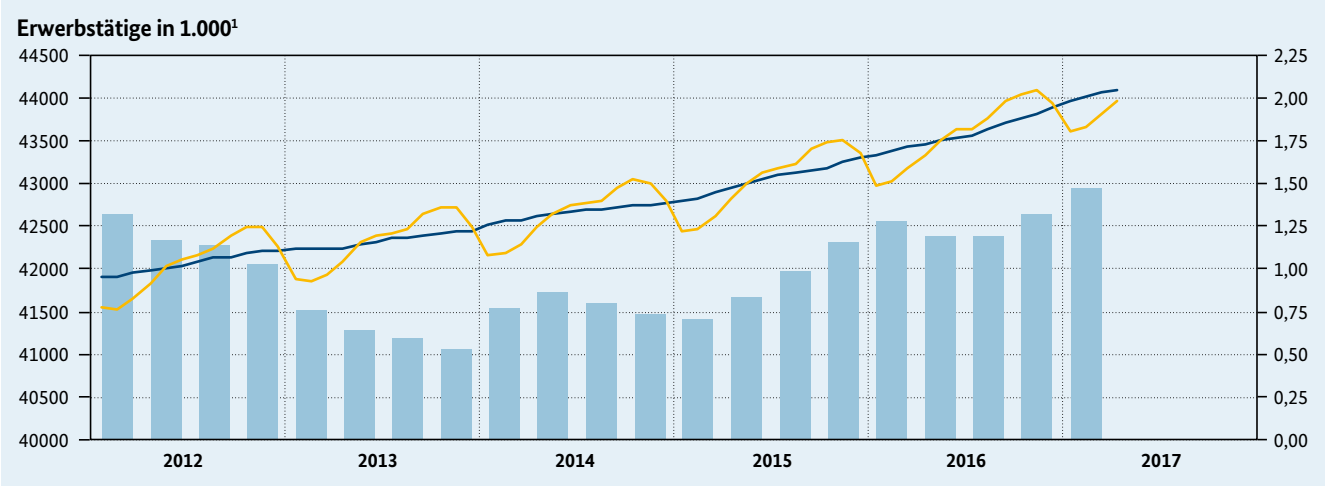
					2016			2017	2016	2017				
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige [1]	in Tsd.	42662	43057	43594	43497	43789	44032	43698	43939	43615	43662	43818	43981	-
	gg. Vj. in Tsd.	+335	+395	+538	+511	+516	+575	+638	+586	+637	+640	+638	+652	-
Sozialversicherungspflichtig	in Tsd.	30218	30853	31514	31356	31642	31987	31803	31844	31703	31777	31928	-	-
Beschäftigte	gg. Vj. in Tsd.	+490	+635	+661	+644	+622	+689	+730	+700	+736	+722	+734	-	-
Erwerbslose [2]	in Tsd.	2090	1950	1771	1776	1752	1639	1771	1526	1745	1870	1699	1782	-
	gg. Vj. in Tsd.	-92	-140	-179	-177	-95	-259	-143	-377	-102	-110	-218	+6	-
Erwerbslosenquote	in %	5,0	4,6	4,1	4,2	4,1	3,8	4,1	3,5	4,0	4,3	4,0	4,2	-
Arbeitslose insgesamt [3]	in Tsd.	2898	2795	2691	2674	2651	2547	2734	2568	2777	2762	2662	2569	2498
	gg. Vj. in Tsd.	-52	-104	-104	-98	-108	-108	-158	-113	-143	-149	-183	-175	-166
SGB II	in Tsd.	1965	1936	1869	1892	1843	1781	1747	1783	1767	1748	1727	1707	1688
	gg. Vj. in Tsd.	-16	-29	-67	-58	-89	-99	-213	-100	-192	-216	-229	-220	-203
SGB III	in Tsd.	933	859	822	782	808	766	987	785	1010	1014	935	861	810
	gg. Vj. in Tsd.	-36	-75	-37	-40	-19	-9	+54	-13	+49	+67	+47	+45	+36
Westdeutschland	in Tsd.	2075	2021	1979	1962	1970	1888	2020	1897	2048	2039	1974	1917	1871
	gg. Vj. in Tsd.	-6	-54	-42	-40	-43	-42	-74	-46	-64	-68	-91	-88	-84
Ostdeutschland	in Tsd.	824	774	712	712	681	659	713	671	730	723	688	652	627
	gg. Vj. in Tsd.	-46	-50	-62	-58	-65	-66	-84	-67	-79	-81	-92	-88	-83
Arbeitslosenquote	in %	6,7	6,4	6,1	6,1	6,0	5,8	6,2	5,8	6,3	6,3	6,0	5,8	5,6
Westdeutschland	in %	5,9	5,7	5,6	5,5	5,5	5,3	5,6	5,3	5,7	5,7	5,5	5,4	5,2
Ostdeutschland	in %	9,8	9,2	8,5	8,5	8,1	7,8	8,5	8,0	8,7	8,6	8,2	7,7	7,4
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	637	626	642	589	653	645	683	642	712	711	627	637	609
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	647	633	651	666	655	658	652	605	503	727	727	730	680
Kurzarbeit [4]	in Tsd.	49	44	42	47	35	36	38	30	44	36	35	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-27	-5	-2	0	+1	-10	-12	-9	-5	-13	-17	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3803	3631	3577	3555	3550	3515	3716	3542	3713	3746	3688	3601	3526
	gg. Vj. in Tsd.	-99	-171	-54	-75	-6	+30	+28	+36	+32	+34	+18	+7	-24
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	490	569	655	653	682	677	671	658	647	675	692	706	714
	gg. Vj. in Tsd.	+33	+78	+87	+93	+87	+72	+61	+68	+66	+61	+57	+66	+60
saisonbereinigte Angaben [5]														
Erwerbstätige [1]	gg. Vp. in Tsd.	+334	+394	+537	+114	+136	+189	+201	+68	+80	+56	+42	+31	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+490	+634	+661	+127	+151	+251	+203	+79	+67	+59	+48	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-78	-162	-156	-32	-31	-65	-23	-14	-7	+1	+1	-2	-
Erwerbslosenquote	in %	5,0	4,6	4,2	4,2	4,1	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	-
Arbeitslose insgesamt [3]	gg. Vp. in Tsd.	-53	-103	-104	-26	-26	-32	-61	-20	-26	-16	-28	-15	-9
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-16	-28	-69	-26	-32	-28	-110	-14	-80	-19	-20	-14	-4
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-37	-76	-35	-1	+6	-5	+48	-6	+54	+4	-9	-1	-5
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-6	-54	-41	-12	-10	-13	-36	-11	-16	-8	-17	-7	-6
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-46	-49	-62	-15	-16	-19	-26	-8	-11	-7	-11	-8	-4
Arbeitslosenquote	in %	6,7	6,4	6,1	6,1	6,1	6,0	5,9	6,0	5,9	5,9	5,8	5,8	5,7
Westdeutschland	in %	5,9	5,7	5,5	5,5	5,5	5,5	5,4	5,5	5,4	5,4	5,3	5,3	5,3
Ostdeutschland	in %	9,7	9,2	8,4	8,6	8,3	8,1	7,8	8,0	7,9	7,8	7,7	7,6	7,6
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-100	-171	-52	+31	+30	+4	-35	-11	-20	-7	-6	-3	-13
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+33	+78	+87	+17	+17	+16	+14	+7	+7	0	+2	+10	+5
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,8	108,4	109,2	108,2	109,0	111,2	110,3	111,9	110,7	110,7	109,4	111,4	110,8
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	102,7	103,1	103,2	102,8	103,4	103,8	104,2	103,8	104,1	104,2	104,4	104,4	104,6
BA-X Stellenindex	Index	168,8	192,2	216,6	214,3	218,7	224,0	227,3	226,0	227,0	227,0	228,0	231,0	231,0

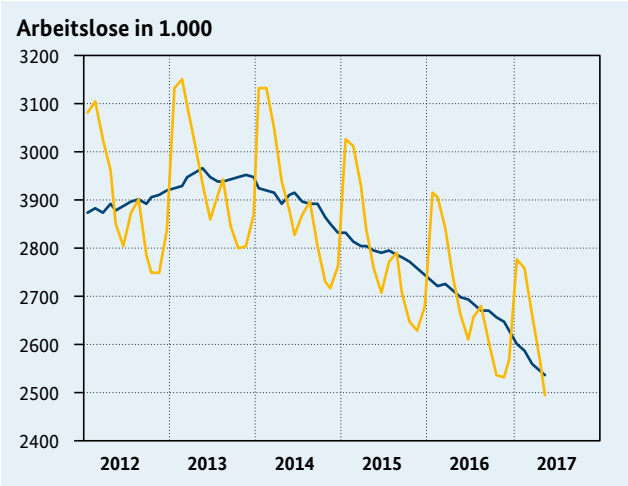
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

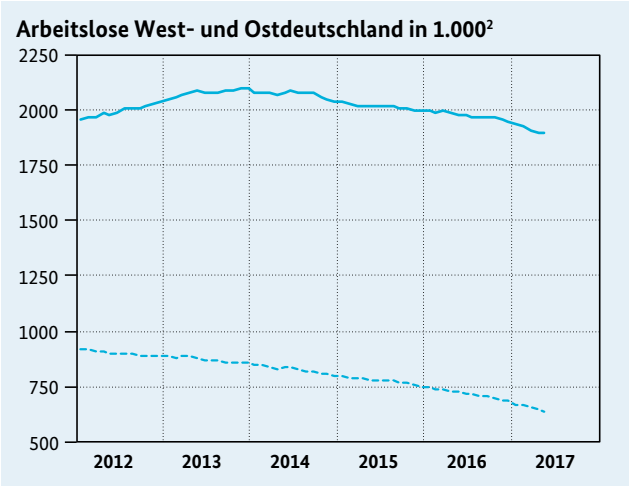
1 Inlandskonzept;
2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

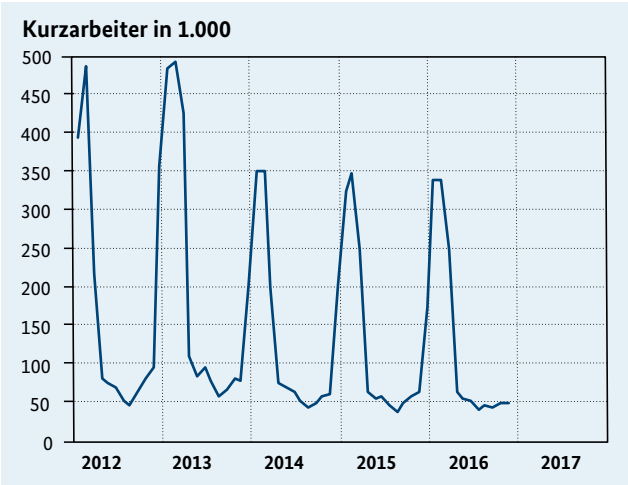
5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

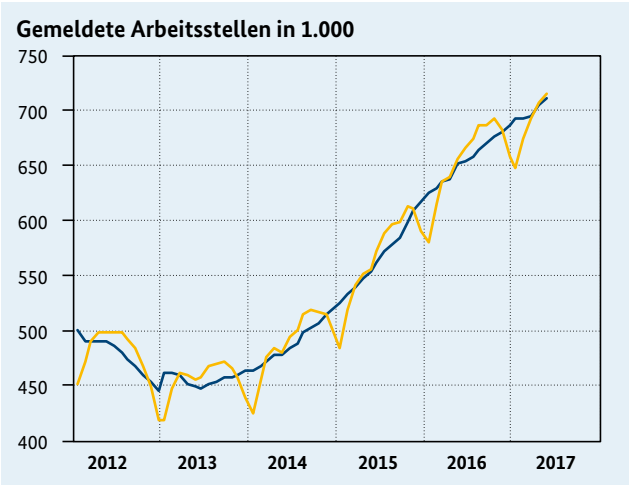
Bundesrepublik Deutschland











Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala) — Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
Arbeitslose Westdeutschland — Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.
1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

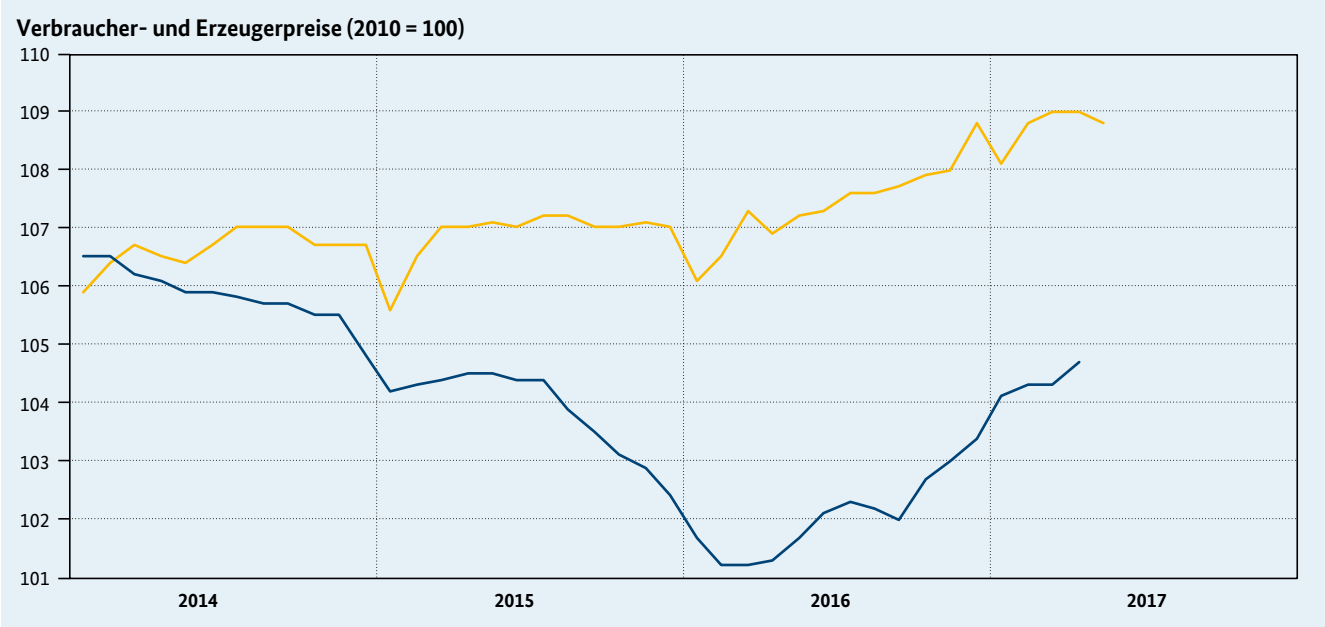
Bundesrepublik Deutschland

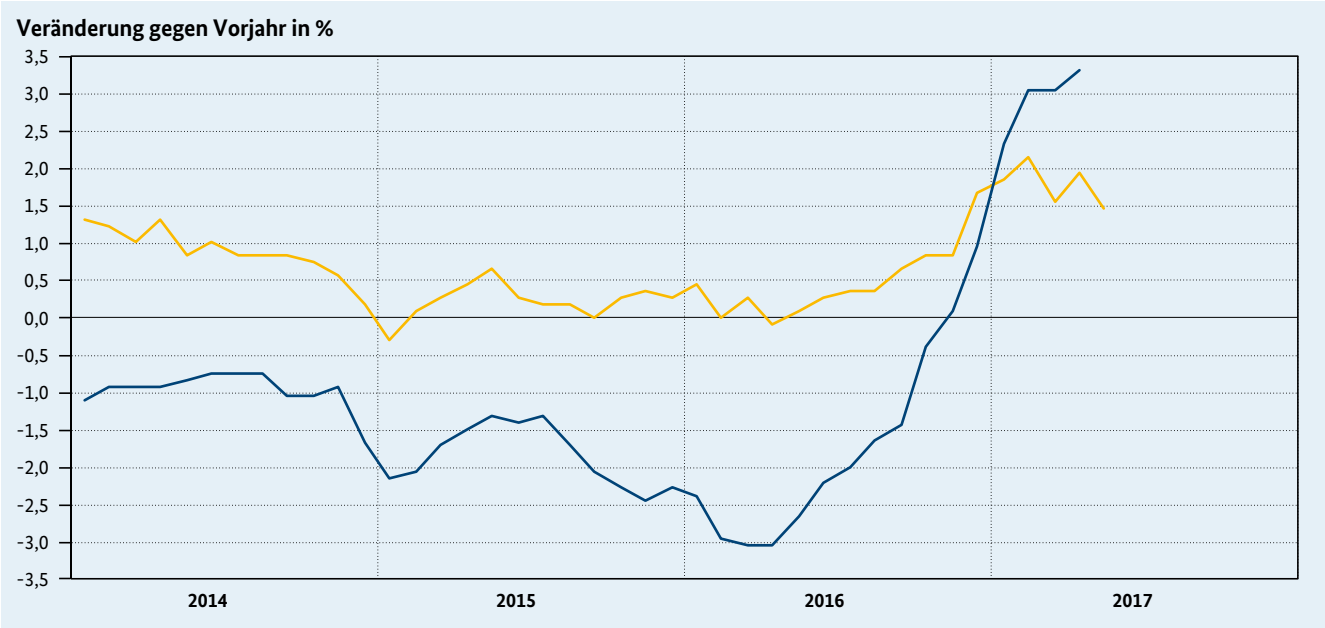
					2016			2017	2016	2017				
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Verbraucherpreise [1]														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	106,6	106,9	107,4	107,1	107,6	108,2	108,6	108,8	108,1	108,8	109,0	109,0	108,8
	gg. Vj. in %	+0,9	+0,3	+0,5	+0,1	+0,5	+1,1	+1,9	+1,7	+1,9	+2,2	+1,6	+2,0	+1,5
Waren	Index	107,9	107,0	106,6	106,8	106,4	107,7	108,5	108,0	108,0	108,6	108,8	109,1	108,8
	gg. Vj. in %	+0,2	-0,8	-0,4	-0,9	-0,5	+0,8	+2,8	+1,8	+2,7	+3,2	+2,5	+2,2	+1,8
Verbrauchsgüter	Index	111,7	110,0	108,8	108,9	108,8	109,9	111,5	110,6	111,3	112,1	111,2	111,6	111,2
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,5	-1,1	-2,0	-1,1	+0,8	+3,5	+2,1	+3,5	+4,3	+3,0	+2,9	+2,0
darunter:	Index	111,5	112,4	113,3	113,2	112,7	114,0	116,8	115,2	116,0	118,2	116,3	115,9	115,9
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,8	+0,2	+0,8	+1,2	+3,3	+2,5	+3,2	+4,4	+2,3	+1,8	+2,4
darunter:	Index	119,5	112,8	107,8	108,0	107,5	108,7	109,8	109,6	109,8	110,0	109,5	109,9	109,1
Haushaltsenergie [2]	gg. Vj. in %	-0,9	-5,6	-4,4	-5,7	-4,2	-1,5	+2,7	+0,8	+2,8	+3,3	+2,0	+2,4	+0,8
Gebrauchsgüter,	Index	104,8	105,5	106,3	106,8	105,2	108,3	106,2	107,5	104,7	105,0	109,0	109,3	109,0
mittlere Lebensdauer	gg. Vj. in %	+0,7	+0,7	+0,8	+0,9	+0,4	+1,1	+1,3	+1,6	+1,1	+1,1	+2,1	+1,2	+1,8
Gebrauchsgüter,	Index	96,9	97,3	98,4	98,4	98,4	98,7	99,0	98,7	98,8	99,1	99,2	99,3	99,4
langlebig	gg. Vj. in %	-0,5	+0,4	+1,1	+1,2	+1,1	+0,9	+0,8	+0,8	+0,8	+0,9	+0,9	+0,9	+1,0
Dienstleistungen	Index	105,5	106,8	108,2	107,5	108,8	108,7	108,8	109,5	108,3	109,0	109,1	108,8	108,9
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,2	+1,3	+1,1	+1,4	+1,3	+1,1	+1,5	+1,2	+1,3	+0,7	+1,7	+1,2
darunter:	Index	105,4	106,7	108,0	107,7	108,1	108,6	109,1	108,7	109,0	109,1	109,2	109,4	109,6
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,5	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+1,4	+1,6	+1,5	+1,6	+1,6	+1,6	+1,7	+1,8
Insgesamt ohne Energie	Index	105,6	106,8	108,1	107,8	108,3	108,8	109,1	109,3	108,5	109,2	109,5	109,4	109,4
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2	+1,3	+1,5	+1,6	+1,5	+1,7	+1,2	+1,7	+1,4
Energie	Index	115,5	107,4	101,6	102,0	101,7	103,4	105,3	104,5	105,4	105,7	104,7	105,6	104,1
	gg. Vj. in %	-2,1	-7,0	-5,4	-7,6	-5,6	-0,6	+6,1	+2,5	+5,9	+7,2	+5,1	+5,1	+2,0
Insgesamt (saisonbereinigt [3])	Index	106,6	106,9	107,4	107,3	107,6	108,2	108,8	108,5	108,7	108,9	108,7	108,9	109,0
	gg. Vj. in %	+0,9	+0,3	+0,5	+0,3	+0,6	+1,1	+2,1	+1,7	+2,0	+2,3	+1,8	+1,7	+1,6
HVPI [4]	Index	99,9	100,0	100,4	100,1	100,6	101,1	101,5	101,8	101,0	101,7	101,8	101,8	101,6
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,1	+0,4	0,0	+0,4	+1,0	+1,9	+1,7	+1,9	+2,2	+1,5	+2,0	+1,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte [5]														
Insgesamt	Index	105,8	103,9	102,1	101,7	102,2	103,0	104,2	103,4	104,1	104,3	104,3	104,7	-
	gg. Vj. in %	-1,0	-1,8	-1,7	-2,7	-1,6	+0,2	+2,8	+1,0	+2,4	+3,1	+3,1	+3,4	-
Vorleistungsgüter	Index	103,5	102,3	100,8	100,5	101,0	101,4	103,4	101,9	102,8	103,4	104,0	104,4	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,2	-1,5	-2,3	-1,6	+0,2	+3,2	+1,1	+2,4	+3,3	+3,9	+4,3	-
Investitionsgüter	Index	103,5	104,2	104,8	104,7	104,9	105,0	105,5	105,0	105,4	105,5	105,6	105,7	-
	gg. Vj. in %	+0,5	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,9	+0,6	+0,9	+0,9	+1,0	+1,0	-
Konsumgüter	Index	109,0	108,1	108,8	108,1	108,9	109,8	110,7	110,2	110,6	110,6	110,8	111,3	-
	gg. Vj. in %	+0,6	-0,8	+0,6	-0,1	+0,6	+1,5	+2,3	+1,9	+2,1	+2,2	+2,5	+3,1	-
Gebrauchsgüter	Index	105,7	107,1	108,4	108,4	108,6	108,6	109,3	108,7	109,1	109,3	109,5	109,5	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,3	+1,2	+1,3	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,0	+1,1	+1,2	+1,1	-
Verbrauchsgüter	Index	109,5	108,3	108,8	108,1	109,0	110,0	110,9	110,5	110,8	110,8	111,0	111,5	-
	gg. Vj. in %	+0,5	-1,1	+0,5	-0,3	+0,6	+1,6	+2,4	+2,1	+2,2	+2,3	+2,7	+3,2	-
Energie	Index	108,5	102,6	96,6	96,1	96,6	98,5	99,7	98,9	100,0	99,8	99,2	99,6	-
	gg. Vj. in %	-3,1	-5,4	-5,8	-7,7	-5,6	-1,2	+4,6	+0,2	+4,0	+5,4	+4,5	+4,6	-
Baupreise [6]														
Wohngebäude	Index	109,4	111,1	113,4	113,2	113,7	114,1	115,4	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,6	+2,1	+2,1	+2,1	+2,2	+2,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	110,3	111,4	112,4	112,1	112,7	113,1	114,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,0	+0,9	+0,7	+1,2	+1,3	+2,6	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise





Verbraucherpreise — Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2016			2017	2016	2017				
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Weltmarktpreise für Rohstoffe [1]														
Insgesamt	Index	172,4	100,1	87,4	87,9	90,7	100,9	106,7	107,3	108,6	109,2	102,3	103,5	99,4
	gg. Vj. in %	-7,1	-41,9	-12,7	-23,0	-6,7	+18,9	+52,4	+41,6	+62,3	+62,3	+34,8	+27,5	+12,2
Nahrungs- und Genussmittel	Index	121,6	100,0	102,1	105,3	105,0	104,4	104,7	102,4	106,2	105,9	101,9	98,4	98,5
	gg. Vj. in %	-1,5	-17,7	+2,1	+5,4	+6,8	+8,5	+11,9	+7,5	+14,9	+14,7	+6,1	-0,9	-6,5
Industrie-Rohstoffe	Index	135,2	100,1	97,3	95,2	97,5	108,8	123,1	116,7	119,5	125,8	124,1	115,3	109,6
	gg. Vj. in %	-13,4	-26,0	-2,8	-10,7	+1,0	+23,9	+40,4	+40,1	+44,5	+45,1	+32,4	+18,0	+15,6
Energie-Rohstoffe	Index	179,2	100,1	85,5	86,1	89,2	99,8	105,3	106,7	107,7	107,8	100,3	102,7	98,5
(Rohöl und Kohle)	gg. Vj. in %	-6,8	-44,1	-14,6	-25,7	-8,3	+19,2	+57,6	+44,6	+69,1	+69,0	+37,6	+31,0	+13,3
Außenhandelspreise [2]														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	103,6	100,9	97,8	97,2	97,8	99,8	102,5	101,3	102,2	102,9	102,4	102,3	-
	gg. Vj. in %	-2,2	-2,6	-3,1	-5,6	-2,8	+1,0	+6,5	+3,5	+6,0	+7,4	+6,1	+6,1	-
Güter der	Index	111,9	112,7	112,4	111,3	112,4	114,9	117,6	116,5	117,8	118,5	116,6	116,3	-
Ernährungswirtschaft	gg. Vj. in %	-0,6	+0,7	-0,3	-2,1	+0,7	+2,8	+6,1	+4,5	+6,4	+7,0	+5,0	+5,2	-
Güter der gewerblichen	Index	102,8	99,7	96,3	95,7	96,3	98,3	101,0	99,7	100,6	101,3	101,0	100,9	-
Wirtschaft	gg. Vj. in %	-2,4	-3,0	-3,4	-6,0	-3,2	+0,9	+6,5	+3,3	+5,9	+7,4	+6,2	+6,2	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	109,0	88,3	77,1	75,7	77,7	84,5	92,2	89,2	91,5	93,5	91,5	90,8	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-19,0	-12,7	-21,0	-10,1	+6,1	+30,9	+17,5	+30,3	+36,3	+26,4	+24,2	-
Fertigwaren	Index	100,9	103,3	102,2	102,0	102,1	102,6	103,7	103,0	103,4	103,8	103,9	104,1	-
	gg. Vj. in %	-0,4	+2,4	-1,1	-1,7	-1,4	-0,4	+1,3	+0,1	+0,7	+1,6	+1,8	+2,3	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,0	104,9	104,0	103,7	104,0	104,8	105,9	105,2	105,8	106,0	106,0	106,2	-
	gg. Vj. in %	-0,3	+0,9	-0,9	-1,6	-0,9	+0,4	+2,2	+1,1	+1,8	+2,5	+2,3	+2,6	-
Terms of Trade	Verhältnis	100,4	103,9	106,4	106,7	106,3	105,0	103,3	103,8	103,5	103,0	103,5	103,8	-
	gg. Vj. in %	+1,9	+3,5	+2,4	+4,2	+1,9	-0,6	-4,1	-2,4	-4,0	-4,5	-3,6	-3,4	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,11	1,11	1,13	1,12	1,08	1,06	1,05	1,06	1,06	1,07	1,07	1,11
	gg. Vj. in %	+0,1	-16,5	-0,3	+2,2	+0,4	-1,5	-3,4	-3,1	-2,3	-4,1	-3,7	-5,4	-2,2
in Yen	Kurs	140,4	134,3	120,3	122,0	114,3	117,9	121,0	122,4	122,1	120,2	120,7	118,3	124,1
	gg. Vj. in %	+8,3	-4,3	-10,4	-9,1	-15,9	-11,3	-4,7	-7,5	-4,8	-5,6	-3,8	-4,8	+0,7
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,73	0,82	0,79	0,85	0,87	0,86	0,84	0,86	0,85	0,87	0,85	0,86
	gg. Vj. in %	-5,0	-10,0	+12,8	+9,1	+18,4	+20,4	+11,6	+16,3	+14,1	+9,9	+10,9	+7,1	+10,0
Effektive Wechselkurse des Euro [3]														
nominal	Index	101,8	92,3	94,8	94,9	95,1	94,9	94,2	94,2	94,4	93,9	94,4	94,1	96,0
	gg. Vj. in %	+0,6	-9,3	+2,6	+4,0	+2,6	+2,7	+0,1	+1,8	+0,8	-0,9	+0,4	-0,7	+1,0
real, auf Basis von	Index	97,9	88,4	90,1	90,3	90,5	90,2	89,7	89,6	89,8	89,5	89,8	89,6	91,2
Verbraucherpreisen	gg. Vj. in %	-0,3	-9,7	+2,0	+3,2	+2,1	+2,1	+0,2	+1,5	+0,7	-0,5	+0,3	-0,5	+0,8
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft [4]														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,5	94,7	95,2	95,1	95,4	95,4	95,0	95,2	95,1	94,9	95,1	94,9	95,8
	gg. Vj. in %	+0,2	-3,9	+0,5	+0,7	+0,6	+0,9	+0,2	+1,0	+0,6	0,0	+0,1	-0,4	+0,6
56 Länder	Index	91,0	86,3	87,4	87,7	87,4	87,2	86,6	87,0	86,8	86,5	86,5	86,3	87,4
	gg. Vj. in %	+0,8	-5,1	+1,3	+2,6	+0,8	+0,7	-0,9	+0,5	-0,5	-1,4	-0,9	-1,4	-0,6

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

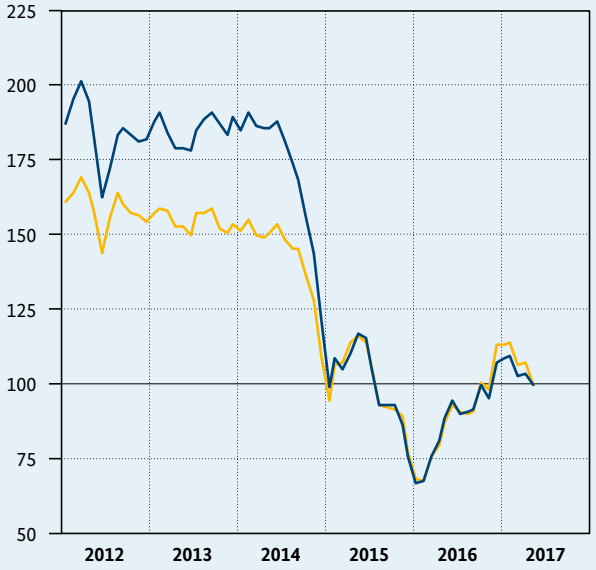
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

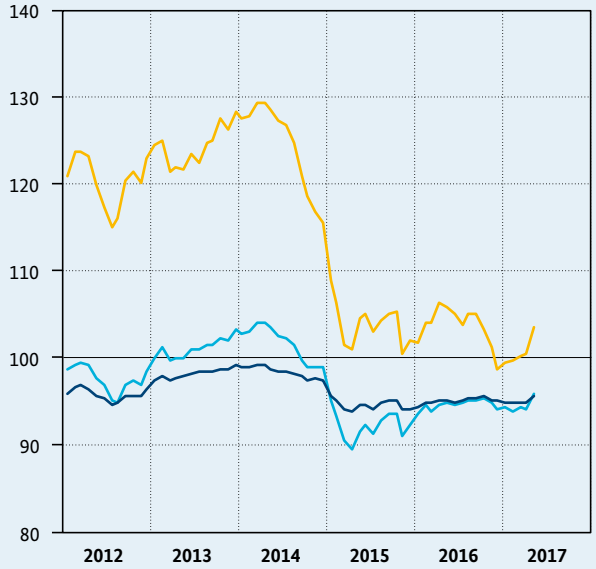
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

Index der Weltmarktrohstoffpreise (2015 = 100)



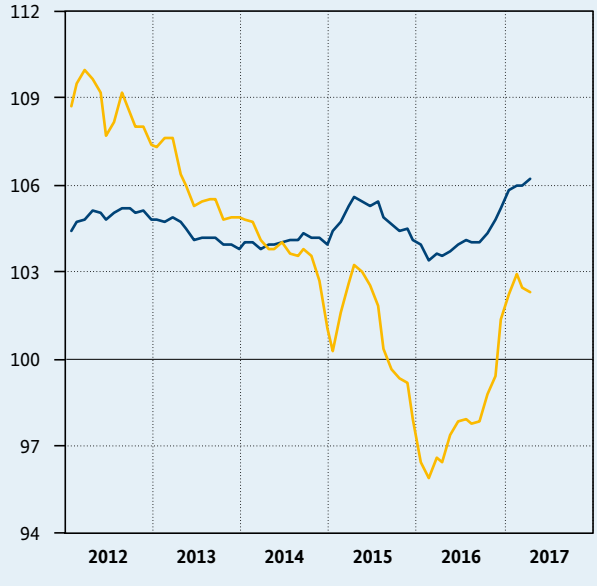
auf Euro-Basis
auf US-Dollar-Basis

Außenwert/Effektiver Wechselkurs des Euro



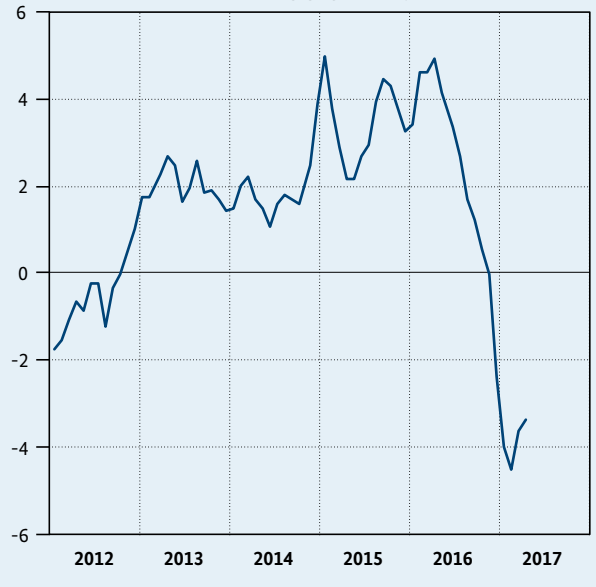
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro [1]; 1. Quartal 1999 = 100
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit [2]

Außenhandelspreise, Index 2010 = 100



Einfuhrpreise
Ausfuhrpreise

Terms of Trade, Veränderung gegen Vorjahr in %



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

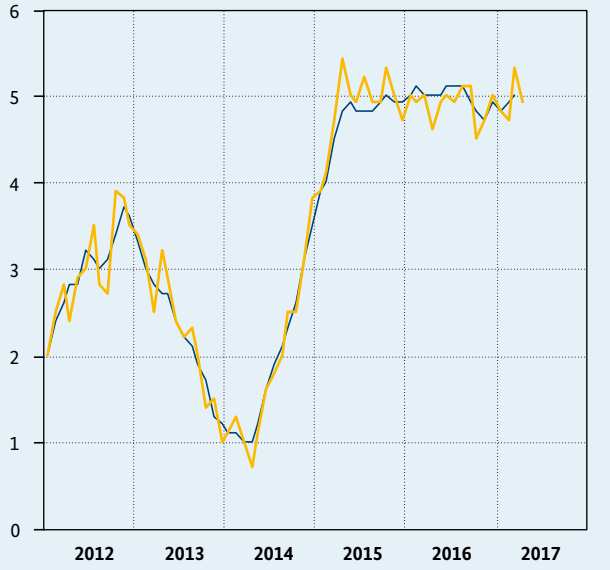
					2016			2017	2016	2017				
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz[1]	Zinssatz	0,12	-0,13	-0,37	-0,38	-0,40	-0,39	-0,41	-0,40	-0,40	-0,41	-0,42	-0,42	-0,42
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,21	-0,02	-0,26	-0,26	-0,30	-0,31	-0,33	-0,32	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,31	0,05	-0,16	-0,15	-0,19	-0,21	-0,24	-0,22	-0,24	-0,24	-0,24	-0,25	-0,25
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,48	0,17	-0,04	-0,02	-0,06	-0,07	-0,10	-0,08	-0,09	-0,11	-0,11	-0,12	-0,13
Differenz 3M-EURIBOR ./. 3M-Repo-Satz[1]	Zinssatz	0,09	0,11	0,11	0,12	0,10	0,08	0,08	0,08	0,07	0,08	0,09	0,09	0,09
Umlaufsrendite 3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,22	-0,12	-0,51	-0,48	-0,62	-0,57	-0,58	-0,60	-0,55	-0,63	-0,56	-0,60	-0,51
Umlaufsrendite 5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,64	0,13	-0,28	-0,27	-0,45	-0,27	-0,20	-0,22	-0,20	-0,23	-0,17	-0,26	-0,14
Umlaufsrendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,16	0,50	0,09	0,08	-0,12	0,15	0,29	0,25	0,25	0,26	0,35	0,22	0,34
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1[2]	gg. Vj. in %	6,0	10,9	9,1	9,2	8,6	8,4	8,6	8,8	8,4	8,4	9,1	9,2	-
Wachstum der Geldmenge M2[2]	gg. Vj. in %	2,6	5,0	5,1	5,0	5,0	4,8	4,9	4,8	4,7	4,8	5,1	5,1	-
Wachstum der Geldmenge M3[2]	gg. Vj. in %	1,9	4,8	4,9	4,8	5,0	4,7	4,9	5,0	4,8	4,7	5,3	4,9	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt[2]	gg. Vj. in %	1,9	4,7	5,0	5,0	5,0	4,8	4,9	4,9	4,8	4,9	5,0	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum[3]	gg. Vj. in %	-2,0	+0,4	+1,6	+1,4	+1,6	+2,3	+2,5	+2,4	+2,4	+2,3	+2,8	+2,6	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,6	+0,6	+1,4	+1,2	+1,5	+1,9	+1,8	+2,1	+1,8	+1,6	+2,0	+1,9	-
an den privaten Sektor in Deutschland[2]	gg. Vj. in %	+1,0	+2,5	+2,8	+2,9	+2,6	+3,3	+3,4	+3,3	+3,5	+3,2	+3,4	+3,4	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,8	+2,1	+3,0	+3,1	+3,2	+3,3	+3,4	+3,3	+3,5	+3,3	+3,4	+3,3	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D.[3]	gg. Vj. in %	-0,2	-0,6	+2,1	+2,2	+2,0	+2,4	+2,5	+2,3	+2,5	+2,4	+2,5	+2,8	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-2,9	-0,8	+0,1	+2,0	-1,3	-0,7	-3,2	-2,6	-1,7	-3,0	-4,7	-4,0	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	+1,1	-1,5	+2,3	+1,8	+3,4	+3,6	+2,4	+3,6	+2,7	+1,8	+2,8	+2,3	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	-0,4	+2,5	+2,4	+2,4	+2,8	+3,8	+3,2	+3,5	+3,7	+4,2	+4,5	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland[3]	gg. Vj. in %	+1,2	+2,1	+2,9	+2,9	+3,0	+2,9	+3,0	+2,9	+3,0	+2,9	+3,0	+3,0	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,2	+3,4	+3,7	+3,7	+3,7	+3,7	+3,8	+3,7	+3,7	+3,8	+3,9	+3,9	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30)[4]	Index	9537	10969	10196	9963	10332	10813	11804	11226	11620	11745	12048	12220	12651
	gg. Vp. in %	+14,8	+15,0	-7,1	+3,0	+3,7	+4,7	+9,2	+5,9	+3,5	+1,1	+2,6	+1,4	+3,5
Dow Jones Euro Stoxx (50)[5]	Index	3145	3445	3005	2975	2975	3093	3340	3210	3299	3293	3427	3487	3602
	gg. Vp. in %	+12,6	+9,5	-12,8	-0,1	0,0	+4,0	+8,0	+6,1	+2,8	-0,2	+4,1	+1,8	+3,3
Standard & Poor's 500[5]	Index	1931	2061	2093	2076	2161	2186	2324	2247	2273	2331	2367	2358	2396
	gg. Vp. in %	+17,6	+6,7	+1,5	+6,5	+4,1	+1,1	+6,3	+3,7	+1,2	+2,5	+1,5	-0,4	+1,6
Nikkei 225[5]	Index	15475	19166	16924	16389	16502	17935	19245	19082	19199	19189	19348	18736	19690
	gg. Vp. in %	+14,3	+23,8	-11,7	-2,9	+0,7	+8,7	+7,3	+7,9	+0,6	-0,1	+0,8	-3,2	+5,1

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
3 Ursprungszahlen;
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
5 Kurs- bzw. Preisindex.

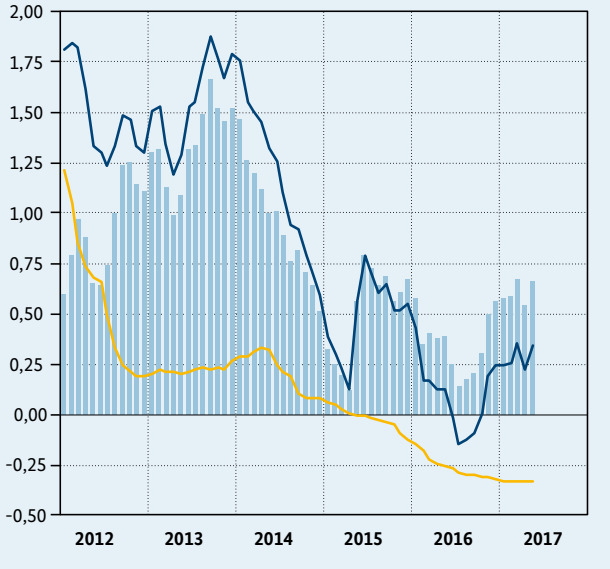
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur

Wachstum der Geldmenge M3 in der EWU



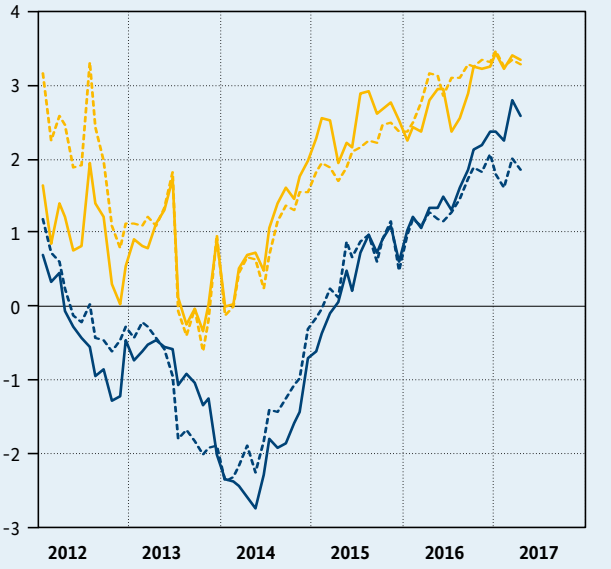
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in % [1]
- monatlich
- gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Umlaufsrendite, EURIBOR, in % p.a.



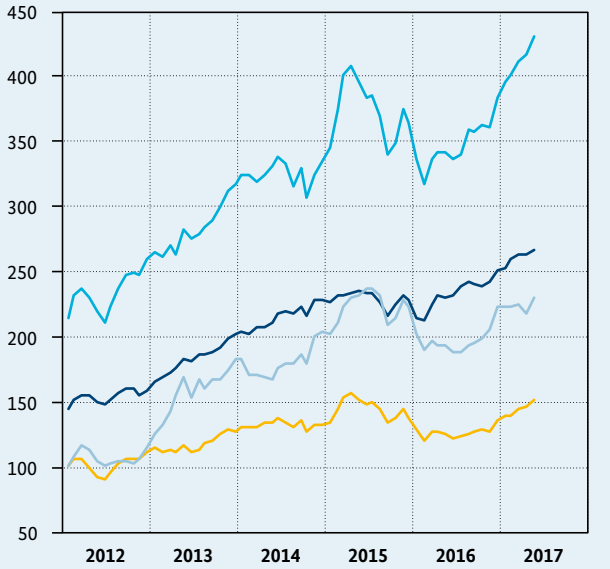
- EURIBOR 3-Monatsgeld [2]
- Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit [2]
- Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR

Kredite an Nichtbanken



Veränderung gegen Vorjahr in %
- Deutschland
- EWU
- Buchkredite Deutschland
- Buchkredite EWU

Aktienindizes



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
- DAX 30 [3]
- Dow Jones Euro Stoxx (50) [4]
- Standard & Poor's 500 [4]
- Nikkei 225 [4]

Quelle: Deutsche Bundesbank.
1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
2 Monatsdurchschnitte;
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzeltatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obgleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Alfred Garloff und Dr. Horst Würzburg
(Wie reagieren Betriebe auf Fachkräfteverknappung?)

Ralf Franke
(Safety und Security bei Mittelstand-Digital:
Sicherheit in kleinen und mittleren Unternehmen)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Juli 2016	Grünes Licht für zügigen Netzausbau 25 Jahre Sanierung der Uranerzbergbau-Gebiete in Sachsen und Thüringen Branchendialog mit der chemischen Industrie
August 2016	Datenschutz für das Digitale Zeitalter – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung Abschluss des Europäischen Semesters 2016: Rat der Europäischen Union nimmt neue länderspezifische Empfehlungen an Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung
September 2016	Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020
Oktober 2016	Investitionen und stabile Staatsfinanzen – kein Widerspruch Von Bitcoin zum Smart Contract Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“
November 2016	Bundesregierung nimmt neu Maß Deutsche Wirtschaft: Auf Kurs in schwierigem Fahrwasser Neues Aktionsprogramm Digitalisierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
Dezember 2016	10. Nationaler IT-Gipfel 2016 in Saarbrücken: Aufbruchssignale für digitale Bildung und digitale Transformation Wege zu mehr öffentlichen Investitionen mit einer Infrastrukturgesellschaft – Gutachten gibt Diskussionsanreize
Januar 2017	Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 – 1990 Offenheit zahlt sich aus – aus der Arbeit von Willkommenslotsen Internationaler Klimaschutz: Jetzt geht es ums Kleingedruckte
Februar 2017	Der Jahreswirtschaftsbericht 2017: Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa Energiewende – Fortschritte und Herausforderungen Das EEG wird europäischer
März 2017	Innovative Beschaffung – ein Weg zu mehr Innovationen in Deutschland Wissenschaftlicher Beirat: Internationale Klimaverhandlungen sollten CO_2-Mindestpreis zum Ziel haben Stärkere Fokussierung beim Ökodesign
April 2017	Eine digitale Ordnungspolitik für die Plattformökonomie Wege zu einem inklusiveren Wirtschaftswachstum Energiesteuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff wird bis Ende 2026 verlängert Bessere Datengrundlage für die amtliche Energiestatistik

Ausgabe	Fachartikel
Mai 2017	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Lichte der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen G20-Digitalministertreffen für eine digitale Zukunft Deutsche Wirtschaft wächst solide – trotz einiger Unwägbarkeiten Das Nationale Reformprogramm 2017 Umweltbonus: Erste Zwischenbilanz zur Kaufprämie für Elektrofahrzeuge Beschäftigungsmotor Gesundheitswirtschaft: Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft wächst
Juni 2017	Neue Regeln für den Wettbewerb im digitalen Zeitalter: Die 9. GWB-Novelle Neuer Schwung für weniger Bürokratie – das Bürokratieentlastungsgesetz II „Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre“ Grünbuch Energieeffizienz – Ergebnisse der öffentlichen Konsultation für eine mittel- bis langfristige Effizienzpolitik 40 Jahre Energieforschungsprogramm der Bundesregierung „Der Mittelstand muss die Schwelle ins 4.0-Zeitalter überschreiten“ Demografischer Wandel in Japan, China und Deutschland

Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html

www.bmwi.de